

AIB

D 74 26 E

DIE DRITTE-WELT-ZEITSCHRIFT

Nr. 11/November 1985

16. Jahrgang

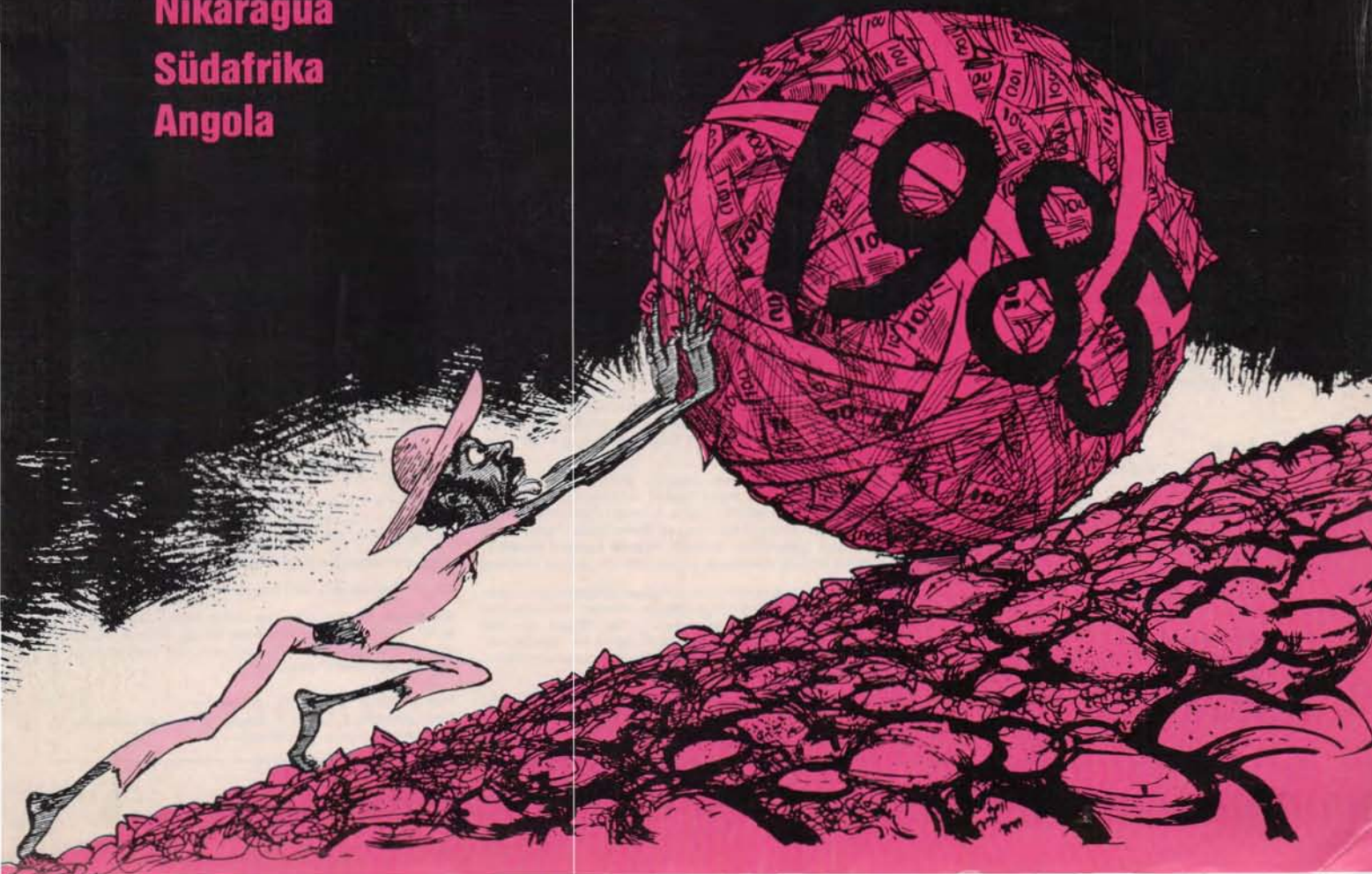
2,50 DM

Ausweg aus der Verschuldungskrise?

Nikaragua

Südafrika

Angola



Inhalt

Kommentar	
Weltkoalition gegen Rüstung im All!	3
Angola	
10 Jahre Unabhängigkeit und Krieg	4
Angola-Daten	5
Savimbi UNITA – alles im Griff?	8
Südafrika	
Risse im weißen Lager	11
Solidaritätsbewegung	
Kaffeeekampagne – ganz schön anregend	14
Nikaragua	
Eine Revolution, die fröhlich bleibt	15
Bolivien	
Die Armut wird festgeschrieben	19
Pazifik	
Frankreichs Ambitionen im Südpazifik	22
Indonesien	
20 Jahre „Neuordnung“ Suhartos	24
Indonesien-Daten	29
Palästina	
Verhaftungswelle in Beit Sahour	32
Aussagen betroffener Familien	33
Persischer Golf	
Die Ausschaltung der Ölnsel Kharg	35
Weltwirtschaft	
Vor einem Schuldnerstreik?	37
Fidel Castro: Die Schulden sind unbezahlbar!	38
Gewerkschaftskonferenz über die Verschuldungskrise	41
Julius Nyerere: Eine neue Schuldenregelung ist nötig	43
Sowjetunion und Dritte Welt	
Handel und Hilfe (II)	45
Kultur	
Roman zu Angola: „Mayombe“, die Mutter	48
Lesermeinungen, Standpunkte	48
BRD-Infodienst	49
Kurzinformationen	
Mittelamerika, Chile, Panama, Nichtpaktgebundene, Neukaledonien, Indien, Philippinen, Moçambique, Sudan, Israel-Palästina	50



Achtung Abonnenten!

Liebe Leser/innen!
Liebe Abonnenten/innen!

Seit nunmehr 5 Jahren haben wir die Preise des AIB konstant gehalten. Mit einem Abonnementpreis von 25 DM sind wir in der Dritte-Welt-Szene **konkurrenzlos**. Andere Dritte-Welt-Zeitschriften verlangen im Durchschnitt (umgerechnet auf die produzierten jährlichen Seitenzahlen) mehr als das Doppelte.

Durch die Kostensteigerungen in allen Bereichen (Druck, Satz, Porto, Verwaltung) übersteigen die Ausgaben nunmehr unsere Einnahmen. Allein die **Druck- und Versandkosten** erhöhten sich von 1980-85 um 50,2% (bei angenommener konstanter Seitenzahl und Auflagenhöhe). Zusätzlich haben wir aber die **Seitenzahl** des AIB um 25% erhöht (von 480 S. im Jahr 1980 auf 600 S. im Jahr 1984). Zum Jahresbeginn 1986 sind überdies neue Preiserhöhungen für Porto (Postzeitungsgebühr) und Druck angesagt.

Wir sehen uns deshalb gezwungen, ab dem 1.1.1986 den **Abonnementpreis** für das Inland auf **29 DM (zzgl. 4 DM Porto)** zu erhöhen. Der Preis für das Ausland steigt auf **29 DM (zzgl. 10 DM Porto)** und für Luftpost auf **29 DM (zzgl. 25 DM Porto)**. Den Preis des Einzelheftes heben wir von 2,50 auf 3 DM an. Allerdings kosten Doppelhefte weiterhin 5 DM und Sonderhefte 2 DM.

Beste Voraussetzung dafür, daß wir die neuen Preise auf längere Sicht halten können, ist natürlich eine weiterhin stetige Erhöhung der Abonnentenzahl, wozu Sie durch Werbung neuer Abonnenten beitragen können. Was uns außerdem sehr helfen würde, wäre die Überweisung von Spenden und die Übernahme von Förderabos durch einkommensstärkere Leser (50 DM und mehr).

Wir appellieren daher an alle Freunde des AIB:

Werben Sie neue Abonnenten und Förderabos!

Spenden Sie für das AIB!

Besten Dank

Ihre AIB-Redaktion

Impressum

AIB (Antiimperialistisches Informationsbulletin) – Die Dritte-Welt-Zeitschrift, gegr. 1970, erscheint monatlich

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Telefon 0 64 21 / 2 46 72

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Wolfram Brönnner, Bernd Gäbler, Prof. Günter Giesenfeld, Mechthild Jansen, Herbert Lederer, Heinz-Jürgen Nieth, Birgit Radow, Elisabeth Thölke, Peter Wahl, Prof. Erich Wulff

Redaktion: Wolfram Brönnner, (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Georg Diedrichs, Pia Grund, Ute Kampmann, Marianne Kolter, Andreas Krajczek, Ulrich Rupp, Hans-Erich Schäfer, Petra Sittig

Ständige Mitarbeiter: Joachim Becker, Rainer Falk, Klaus D. Fischer, Peter Garcia, Alfonso Gonzales, Dr. Lothar A. Heinrich, Ivesa Lübben-Pistofidis, Fiaza Makumbi-Kidza, Katja Maurer, Hans Mayer, Nima Mina, Jürgen Ostrowsky, Ricardo Ribera, Ludger Schmitz, Peter Schütt, Christoph Sodemann, Dr. Rainer Werning

Namentlich gezeichnete **Beiträge** geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion. Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Weitere Mitarbeiter dieser Ausgabe: I. Rein, B. Robben, U. Schnell, K.H. Schrömgens, V. Waltz, A. Wickel

Redaktionsschluß: 10. 10. 1985

AIB-Sonderhefte sind als **Nebenblätter** in der Regel einmal im Vierteljahr beigelegt.

Jahresabonnement (inklusive Porto): Inland 25,- DM; Ausland normal 29,80 DM; Luftpost 49,60 DM; Förderabos 50,- DM oder mehr. Einzelheft: 2,50 DM, Doppelheft: 5,- DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung.

Bestellungen unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst in Briefmarken), zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft.

Kündigungen nur zum Jahresende. Spätester Termin: 15. November

Adressenänderung bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg und bei der Post bekanntgeben.

Konten: AIB-Weltkreis-Verlag, Postgiro Frankfurt/M., Konto-Nr. 312 093 607, oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz (BLZ 533 900 00), Konto-Nr. 9660

Verlag: WeltkreisVerlags GmbH, Dortmund

Druck: Plambeck & Co., Neuss

Anzeigen: Solidaritätsshop Dritte Welt, Cuba Libre, BdWi, Team-Reisen, Weltkreis-Verlag, links, BUKO, EAST, Südostasien Informationen, antimilitarismus information, blätter des iz3w

Titel: Karikatur nach South, London

Fotonachweis: C. Suhan, S. Siegert, APN, Granma, South, Kommentar, Atrique-Asie, El Pais

Kommentar: Weltkoalition gegen Rüstung im All!



Allzu große Erwartungen in das amerikanisch-sowjetische Genfer Gipfeltreffen vom 19./20. November d.J. läßt die Reagan-Administration nicht aufkommen.

Berichte über Stimmen aus dem Weißen Haus, Ronald Reagan sei unter Umständen doch bereit, sein Weltraumrüstungsprogramm „Strategische Verteidigungsinitiative“ (SDI, verkündet 1983; siehe AIB/ASK-Sonderheft 4/1985, S. III ff.) im Austausch gegen sowjetische Abstriche bei strategischen Atomwaffen einzuschränken oder aufzugeben, dementierte der US-Präsident wiederholt.

Dabei hatte man sich in einer amerikanisch-sowjetischen Erklärung vom 8. Januar 1985 geeinigt, als „Ziel“ der unterdessen in die dritte Runde gehenden Genfer Verhandlungen „die Ausarbeitung effektiver Übereinkünfte“ festzuhalten, „die auf die Verhinderung des Wettrüstens im Weltraum und seine Beendigung auf der Erde, auf die Begrenzung und Reduzierung der nuklearen Rüstungen und auf die Festigung der strategischen Stabilität gerichtet sind“.

Dabei hat es die UdSSR im Zeitraum August bis Oktober 1985 an Gesten in Richtung Abrüstung wahrlich nicht fehlen lassen: Ihrem einseitigen Moratorium vom 6.8.1985 für Atomwaffentests ließ sie ein zweites für die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen vom Typ SS 20 und für deren Teilabbau folgen. Weiter unterbreitete sie – den Vereinten Nationen und den USA – Vorschläge zur breiten internationalen Zusammenarbeit bei der „Nichtmilitarisierung und friedlichen Erschließung des Weltraums“.

Schließlich offerierte KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow den beiderseitigen Abbau jener strategischen Atomwaffen, die das Territorium des anderen erreichen können (Interkontinentalraketen, Fernbomber und seegestützte Mittelstreckenraketen), um 50%. Dies solle kombiniert werden mit dem Stopp der US-Arbeiten an der Erforschung, Erprobung und Entwicklung von Weltraumwaffen.

Moskaus radikale Abrüstungsangebote beantwortete die Reagan-Administration mit der demonstrativen Fortsetzung von Atomexplosionen, mit dem ersten erfolgreichen Test einer Antisatellitenwaffe im All und mit der Erprobung von Laserkanonen gegen Trägerraketen im Weltraum. Die Reagan-Administration scheint somit ihr „Sternenkriegs“-Vorhaben wichtiger zu nehmen, als mögliche Verhandlungsergebnisse in Genf.

Was sich abzeichnet ist die akute Gefahr, daß das Wettrüsten nicht etwa eingedämmt, sondern auf den Weltraum ausgedehnt, also um eine neue Dimension erweitert wird. Dies aber zöge unweigerlich eine weitere weltpolitische Destabilisierung und Anhebung der Atomkriegsgefahr nach sich.

Dies ist so, weil Washington mit der Forcierung seiner Weltraummilitarisierung darauf abzielt, auf diesem Weg die strategische Überlegenheit gegenüber dem Kontrahenten UdSSR zurückzuerlangen.

Herstellung der „Weltkontrolle“ (Unterstaatssekretär Aldridge) oder besser Weltherrschaft, das hieße für die Reagan-Administration: Ermunterung zum „Test“ des atomaren Erstschlags gegen die UdSSR bzw. das sozialistische Lager; Erpreßbarkeit letzterer, was bedeuten würde, sich gegenüber jeder Diktat- oder Interventionspolitik der Westmächte, gerade auch in der Dritten Welt, künftig ohnmächtig zu fügen; Einschüchterung auch von westlichen Verbündeten und noch mehr der Dritten Welt, um optimale wirtschaftliche Expansions- und Ausbeutungsmöglichkeiten des US-Kapitals zu schaffen und die neokoloniale Abhängigkeit der Regionen Lateinamerika, Afrika und Asien zu vertiefen.

Andererseits gewinnt der Widerstand gegen die Militarisierung des Alls rasch an Breite. In Westeuropa ist die gegen die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles groß gewordene Friedensbewegung dabei, eine Kampagne gegen SDI zu ihrem Grundanliegen neben dem geforderten Atomraketenstopp bzw. -abzug zu machen. Hierzulande wird in einer landesweiten Informationswoche vom 11.-16. November d.J. für die Verhinderung der Weltraumrüstung und einer SDI-Beteiligung der BRD geworben.

Die SDI-Beteiligung wird von den Regierungsparteien CDU/CSU angestrebt, stößt aber bei der FDP, den Bonner Oppositionsparteien SPD und Grüne sowie dem DGB auf Ablehnung. Angesichts der Gegnerschaft von 2/3 der Bundesbürger zu einer Weltraumbewaffnung ist die Ausgangslage für eine Massenmobilisierung sogar günstiger als zu Anfang der Protestbewegung gegen die Raketen-

stationierung.

Auch in den USA selbst lehnt die Bevölkerungsmehrheit (53%) inzwischen, nach anfänglichen 65% für das vorgebliche „Verteidigungs“-konzept SDI, Reagans Weltraumpläne ab. Außerdem bröckelt aufgrund seiner Obstruktionspolitik im Vorfeld des Genfer Gipfels die Unterstützungsbereitschaft für SDI im US-Kongreß und in den Reihen der eigenen Bourgeoisie zusehends ab.

Die SDI-Absagen westlicher Verbündeter, wie Frankreich, Griechenland, Skandinavien und sogar Kanada, und die daran geknüpfte Befürchtung einer Erosion der NATO-Allianz dürften diesen Trend bestärken. Die bundesdeutsche Friedensbewegung könnte hier Ausschlaggebendes beisteuern, sollte sie beim auf Dezember d.J. vertagten Bonner Entscheid über eine SDI-Beteiligung ein Nein erzwingen.

Nicht zuletzt hängt die Aussicht auf eine Verhinderung der Rüstung im All davon ab, ob es gelingt, die große Mehrheit der Völker und Staaten der Dritten Welt dagegen zu aktivieren.

Beispielgebend riefen die Regierungschefs Indiens, Tansanias, Mexikos, Argentiniens, Griechenlands und Schwedens in der Delhi-Deklaration vom Januar 1985 (Wortlaut in AIB/ASK-Sonderheft 4/1985) zum Atomteststopp und zur Verhinderung des Wettrüstens im Weltraum auf. Die Nichtpaktgebundenen schlossen sich dieser Position ebenso an wie der auf eine Massenmobilisierung zielende Weltfriedensrat.

Dennoch könnte das Widerstandspotential in der Dritten Welt – wie auch in den Reihen der bundesdeutschen Solidaritätsbewegung – gegen SDI weit stärker ausgeschöpft werden, falls die direkten SDI-Auswirkungen, vorab erhöhter Interventionsdruck und verschärfte wirtschaftliche Krisenabwälzung auf die Entwicklungsländer, dort die Runde machten. Aufschrecken müssen gerade auch die Opfer der Verschuldungskrise und des Hungers, deren Perspektive ohne eine Einstellung des Wettrüstens mehr als düster ist.

Sie alle gilt es zusammenzuführen zu einer weltweiten Antikriegskoalition, die allen – revolutionären wie bürgerlichen – Gegnern der Weltraumrüstung offenstehen muß. Nur auf diesem Wege kann ein Übergewicht der Friedenskräfte gegen die SDI-Verfechter erkämpft und das Reagan'sche „Sternenkriegs“-Projekt zu Fall gebracht werden.

Die Befreiungskräfte in der Dritten Welt und die bundesdeutsche Solidaritätsbewegung sind in der internationalistischen Pflicht, hierzu einen energischeren Beitrag zu leisten. **Wolfram Brönnner**

Joachim Becker

10 Jahre Unabhängigkeit und Krieg



Der Krieg der UNITA-„Contras“ und Südafrikas zwingt zum ständigen Wiederaufbau

Am 11. November d.J. ist Angola 10 Jahre unabhängig. In dieser Zeit hat das Land keinen wirklichen Frieden gekannt.

Als die Volksbewegung für die Befreiung Angolas (MPLA) am 11.11.1975 die Unabhängigkeit erklärte, befand sie sich im Krieg gegen zairische und südafrikanische Truppen, die auf seiten der rechten Organisationen Nationale Front für die Befreiung Angolas (FNLA) und Nationale Union für die vollständige Unabhängigkeit Angolas (UNITA) intervenierten (siehe nachstehenden Artikel von P. Garcia).

Letztere, stark ethnisch orientierte Organisationen, welche die Unterstützung vor allem der USA, Chinas, Frankreichs und Großbritanniens besaßen, riefen die ausländischen Interventen zu Hilfe, als sie merkten, daß sie sich weder politisch noch militärisch allein gegen die MPLA durchsetzen konnten.

Im März 1976 besiegten die MPLA-Truppen mit kubanischer Unterstützung die Interventen endgültig. Das war das faktische Ende der FNLA, während Südafrika die Weiterexistenz der UNITA sicherte.

Die MPLA-Regierung war mit einem schweren Erbe konfrontiert: schwere Kriegszerstörungen, über 90% Analpha-

beten, durch den Abzug vieler Portugiesen noch verschlimmter totaler Mangel an Fachkräften – und eine an den portugiesischen und internationalen Kapitalinteressen ausgerichtete Wirtschaftsstruktur.

Die MPLA-Regierung sah sich vor die dringende Aufgabe des wirtschaftlichen Wiederaufbaus und damit auch des Aufbaus eines Staats- und Verwaltungsapparats gestellt, der der sozialistischen Orientierung der MPLA entspricht und die Bevölkerung in den Entscheidungsprozeß einbezieht. So wurde einerseits eine Verwaltung aufgebaut, andererseits institutionalisierte man die lokale „Poder Popular“ (Volksmacht), die während des 2. Befreiungskriegs 1975 entstanden war.

Neubeginn bei Null

Man bemühte sich auch um die Konsolidierung der MPLA, in der allerdings zunächst deutliche Konflikte auftraten, die in dem Putschversuch der Fraktion um Nito Alves am 27.5.1977 ihren traurigen Höhepunkt fanden (siehe AIB 7/1977, S. 11ff.)

Auf ihrem 1. Kongreß im Dezember 1977 konstituierte sich die MPLA als

MPLA-Partei der Arbeit – hiermit war der Schritt von der Bewegung zur marxistisch-leninistischen Partei getan. „Die MPLA wird ... die Partei der Arbeiterklasse sein, die in einem festen Bündnis die Arbeiter, die Bauern, die revolutionären Intellektuellen und andere Werktätige, die der Sache des Proletariats ergeben sind, vereint“, so der Bericht des Zentralkomitees für den 1. Kongreß der MPLA.¹

Die Führung der MPLA rekrutierte sich vor allem aus dem Kleinbürgertum und der Intelligenz. Sie übernahmen nach der Unabhängigkeit auch wichtige Positionen im Staatsapparat.

Aber auch Teile des Kleinbürgertums, die sich während des Befreiungskampfes nicht engagiert hatten, konnten wegen des Mangels an Fachkräften in hohe Positionen im Staatsapparat aufsteigen. Teile dieses bürokratischen Kleinbürgertums stehen der sozialistischen Orientierung Angolas ablehnend gegenüber.

Der 1979 verstorbene Präsident Agostinho Neto warnte daher immer wieder davor, gegenüber „kleinbürgerlichen Elementen, die danach streben die Revolution zu highjacken und die Macht in Partei und Staat zu usurpieren“, wachsam zu sein.² Daher versucht die Parteiführung verstärkt Arbeiter und Bauern für die Partei zu rekrutieren.

Es ist allerdings zu berücksichtigen, daß eine städtische Arbeiterschaft erst in den 60er Jahren entstanden und zahlenmäßig eine Minderheit ist (etwa 20% der Erwerbstätigen sind Lohnabhängige). Und obwohl die MPLA bei ihr schon immer eine große Sympathie besaß, spielten die städtischen Arbeiter erst im 2. Befreiungskrieg eine größere Rolle.

Die Arbeiter stellen heute ca. 40% der 30.000 Parteimitglieder.³

Probleme hat die Partei offensichtlich auf dem Land, wenn die Bauern auch einen großen Teil des Befreiungskampfes getragen haben.

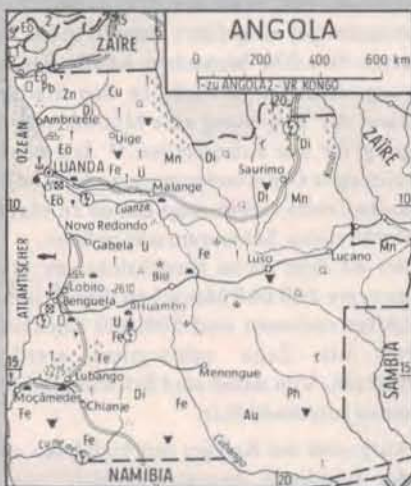
So kritisiert Roberto de Almeida, ZK-Sekretär für Ideologie, „die relative Schwäche der MPLA-Partei auf dem Land“.⁴ Das *Jornal do Angola* stellt in einem Leitartikel fest, Ziel der Parteiführung müsse es sein, „das hohe nationalistische und revolutionäre Potential einer Klasse wiederzugewinnen, die als Stütze für den Befreiungskrieg und die Erober-

...rung der Unabhängigkeit diente.“⁵ Ausdruck und ein Grund für diese Situation sind die Probleme in der Landwirtschaft. Entsprechend der Vorrangstellung der Partei wurde ihrer Konsolidierung zunächst der Vorrang vor dem Aufbau der „Poder Popular“ gegeben. Nach Problemen mit der lokalen „Poder Popular“ wurde die Volksmacht jetzt von oben nach unten organisiert. 1980 fanden unter lebhafter Beteiligung der Bevölkerung Wahlen zur Nationalversammlung und den Volksversammlungen der Provinzen statt. Hohe Priorität für die Regierung mußte die Reorganisation und Wiederankurbelung der Produktion besitzen. Nicht umsonst hieß die Parole: Produzieren, um Widerstand zu leisten. Nach den Kriegszerstörungen und dem Abzug der meisten Portugiesen lag die Produktion darnieder. Die Regierung mußte viele vernachlässigte und verlassene Betriebe übernehmen, auch wenn die nötigen Kader fehlten. Anfänglich waren daher Arbeiter sogar direkt in der Betriebsleitung zu finden. Wegen mangelnden Erfolges wurde dieses Modell für staatliche Unternehmen

Ende 1977 aufgegeben und durch orthodoxe Managementmethoden ersetzt. Aber auch die staatlichen Manager waren ihren Aufgaben zu einem großen Teil nicht gewachsen oder unterließen die Regierungspolitik. Der Gewerkschaftsverband UNTA (Anfang der 80er Jahre 400.000 Mitglieder) kritisierte 1980 scharf schlechtes Management und die mangelnde Umsetzung der Arbeitermitbestimmung.⁶ Verstaatlichungen wurden zudem in Schlüsselbereichen (z.B. Banken, Transport) durchgeführt. Im Mai 1979 waren 71% aller Produktionseinheiten staatlich, 7% waren Gemeinschaftsunternehmen von Staat und Privateigentümern.⁷ Die Verstaatlichungen betrafen zunächst nur portugiesisches Eigentum. Da die Volksrepublik Angola in Teilbereichen – z.B. wegen der Abhängigkeit von Patenten oder des Mangels an Fachkräften – mit Transnationalen Konzernen (TNK) zusammenarbeiten muß, ging sie hier vorsichtiger vor. Im Schlüsselsektor Erdöl wurde 1976 die staatliche Gesellschaft Sonangol gegründet, die 1978 ihren Betrieb aufnahm. Sie übernahm 51% der Anteile der angolani-

...schen Niederlassung von Gulf Oil (heute Chevron) und streute im folgenden ihre Zusammenarbeit bei der Entwicklung der Erdölförderung breit. Erdölfachkräfte werden gezielt ausgebildet. Die Erdölproduktion war ziemlich stabil und steigt derzeit stark an (Produktion in Mio t pro Jahr: 1973: 8,175; 1977: 8,2; 1982: 6,7; 1983: 9,5).⁸ Bei der Diamantengesellschaft Diamang, die von 1977-80 ihre Produktion stark steigerte (danach deutlicher Rückgang), übernahm man nur die 77% ausmachenden portugiesischen Anteile, während die Anteile der TNK's und die Kooperation mit ihnen im technischen Bereich erhalten blieben. Das Auslandsinvestitionsgesetz von 1979 ist Ausdruck der Bereitschaft, mit TNK's zusammenzuarbeiten, sofern diese sich in die Wirtschaftspläne einpassen. Bestimmte Sektoren sind jedoch für das Auslandskapital tabu, bei gemischten Firmen hält Angola in der Regel 51% der Anteile.⁹ Auch in der Landwirtschaft mußte die Regierung viele Betriebe übernehmen. Diese wurden meistens in Staatsfarmen umgewandelt und bevorzugt unterstützt.

Angola-Daten



Territorium: 1.246.700 qkm
Bevölkerung: 8,5 Mio (1985); Volksgruppen: Bantu-Völker 38%, Ndongo-Ngola 23%, Kongo 14%, Tschokwe 9%
Hauptstadt: Luanda (über 1 Mio Einwohner)
Religion: Katholiken 40%, Protestanten 12%, Anhänger von Naturreligionen
Sprachen: Amtssprache ist Portugiesisch; als Umgangssprachen verbreiteter sind die afrikanischen Sprachen
Währung: Kwanza (Kz); 1 Kz = 0,602 DM (Juni 1985)
Staatsordnung: Angola ist eine Volksrepublik. Die führende Rolle in Staat und Gesellschaft hat die Volksbewegung für die Befreiung Angolas – Partei der Arbeit (MPLA-PT). Seit 1980 gibt es eine gewählte Nationalversammlung mit gesetzgebender und Kontrollfunktion sowie gewählte Provinzvolksversammlungen.

Wirtschaft und Soziales: Das Bruttosozialprodukt (BSP) pro Kopf betrug 1980 407 Dollar. 1982 entstand das BSP zu 30,5% im Erdölsektor, von dem die hochgradig außenhandelsabhängige angolansische Wirtschaft getragen wird. Die stark importabhängige verarbeitende Industrie trug 8,2% und die Landwirtschaft 13,9% bei. Hingegen leben etwa 80% der Bevölkerung von der Subsistenzlandwirtschaft bzw. einer erweiterten Subsistenzproduktion.

1984 wurden etwa 90% der Exporteinnahmen durch den Erdölsektor erzielt, während Diamanten mit 5% und Kaffee mit 4% beteiligt sind. Mit den USA werden 32% des Außenhandels abgewickelt. Andere wichtige Außenhandelspartner sind die Niederlande, Großbritannien, Brasilien, Portugal und Frankreich. Die Auslandsschulden betragen etwa 2 Mrd Dollar (1984), der Schuldendienst entspricht etwa 20% der Exporte. Die Lebenserwartung beträgt 43 Jahre (1983).

Geschichte:

14. Jh. Entstehung des Königreichs Kongo
 1520 Erste portugiesische Küstenniederlassungen
 1550-1850 Export von etwa 3 Mio Sklaven aus Angola und den benachbarten Regionen
 Ca. 1930 Abschluß der kolonialen Eroberung
 1956 Gründung der nationalen Befreiungsbewegung MPLA
 1958 Gründung der UPA (Union der Bevölkerung Angolas), der wichtigsten Vorläuferin der 1962 gegründeten Nationalen Front für die Befreiung Angolas (FNLA)

1961 Beginn des bewaffneten Kampfes der MPLA. Von der UPA inspirierte Volksaufstände in Nordangola
 1966 Gründung der Nationalen Union für die vollständige Unabhängigkeit Angolas (UNITA)
 1975 Im Januar Abkommen von MPLA, FNLA und UNITA für Verhandlungen mit Portugal und Bildung einer Übergangsregierung der 3 Organisationen. FNLA und UNITA gehen militärisch gegen die MPLA vor und organisieren ihre ausländische militärische Unterstützung (Südafrika, Zaire, Söldner). Einfall der südafrikanischen Aggressionstruppen im Oktober. Proklamation der Unabhängigkeit und Bildung der ersten MPLA-Regierung am 11. November
 1976 Sieg über Südafrika mit Hilfe kubanischer Truppen im März
 1977 Niederschlagung eines Putschversuchs. 1. Kongreß und Konstituierung der MPLA-Partei der Arbeit
 1979 Tod Agostinho Netos, des ersten Präsidenten Angolas. José Eduardo dos Santos wird sein Nachfolger
 1980 Wahlen zur Nationalversammlung und Provinzvolksversammlungen
 1981 Beginn verstärkter militärischer Angriffe Südafrikas
 1984 Übereinkunft von Lusaka mit Südafrika, das seine Truppen im Widerspruch zu dem Übereinkommen erst mit gut einjähriger Verzögerung im April 1985 aus Angola abzieht

Ihre Produktion ist jedoch u.a. wegen des Mangels an Fachkräften sehr unbefriedigend. Ende der 70er Jahre umfaßten sie etwa das Neunfache an Fläche der Genossenschaften.¹⁰

Die mangelnde „politische Sensibilität“ des Staatsapparats, so Präsident José Eduardo dos Santos, habe „zu einem Rückgang und einer Desorientierung der Kooperativbewegung geführt, die 1978 eine gewisse Stärke erreicht hatte“.¹¹ Die landwirtschaftliche Produktion blieb sehr unbefriedigend. Die Kriegszerstörungen und der Zusammenbruch des Austauschs Stadt-Land wirkten sich auf die Landwirtschaft besonders negativ aus.

Pretorias Aggressionsdruck

Insgesamt konnte jedoch von 1977 bis 1981 die Produktion deutlich erhöht, ein beträchtlicher Teil der Kriegsschäden beseitigt werden. Es gab ferner erhebliche Verbesserungen im Gesundheits- und Ausbildungsbereich.

Im August 1981 weitete Südafrika seine ständigen kleinen Angriffe der Vorjahre zu einer regelrechten Invasion aus, der bis Dezember 1983 noch weitere folgten. Bis zum April d.J. hielt es Teile Südafrikas besetzt.

Auf die stärkere Rolle der UNITA – inzwischen faktisch eine Filiale der südafrikanischen Armee – waren die angolanischen Streitkräfte zunächst nicht vorbereitet. Ab 1982 errangen sie jedoch erhebliche Erfolge gegen die Südafrikaner und die UNITA.

Wie auch gegen Moçambique gehen Südafrika und die USA – nicht zufällig fiel das Jahr des Regierungsantritts Reagans (1981) zusammen mit Südafrikas verstärkter Aggressivität – arbeitsteilig vor: Die Südafrikaner führen Krieg, zumal sie wirtschaftliche Druckmittel wie gegen Moçambique gegen Angola nicht haben. Die USA kümmern sich um die diplomatische Seite. Das gemeinsame Ziel Washingtons und Pretorias: Verhinderung des Aufbaus einer alternativen Gesellschaft in Angola, möglichst Durchsetzung einer Regierungsbeteiligung der UNITA, Beendigung der Unterstützung der Befreiungsbewegungen Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO) und Afrikanischer Nationalkongreß Südafrikas (ANC).

Die materiellen Zerstörungen sind weiter enorm – allein die südafrikanischen Angriffe von 1975-81 hatten Schäden in Höhe von 7,6 Mrd Dollar verursacht, was dem Bruttoinlandprodukt von 3 Jahren entspricht. Mehrere 10.000 Tote und ungefähr 600.000 Kriegsvertriebene in Angola forderte die erneute Kriegeskalation.¹²

Unglücklicherweise fiel die Eskalation des Krieges mit einem starken Rückgang der Erdölpreise zusammen. Das Erdöl machte aber 1981 82% der Exporte aus, 1984 waren es sogar schon ca. 90%.¹³

Das Erdöl verschafft Angola zwar wesentlich größere Spielräume als sie Moçambique besitzt, aber Angola befindet sich hier in einer hohen Abhängigkeit vom kapitalistischen Weltmarkt. Nur 7% der Exporte gingen 1980 in Staaten des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) und 8,5% der Importe kamen von dort.¹⁴

Um nicht von Auslandsschulden erdrückt zu werden, ergriff die Regierung harte Sparmaßnahmen. Die Auslandsschulden konnten auf etwa 2 Mrd Dollar (1984) und der Schuldendienst auf ca. 20% der Exporterlöse begrenzt werden,¹⁵ so daß Angola von Programmen des Internationalen Währungsfonds (IMF) verschont bleibt (es ist auch nicht IMF-Mitglied). Dafür mußten die Importe 1981 um 8% und 1982 um 32% gesenkt werden.¹⁶ Von den verbleibenden Importen mußten viele auf den Militärbereich umgelenkt werden.

Die Folgen ließen nicht auf sich warten. Das Angebot an Konsumgütern ging zurück, die Versorgung der hochgradig importabhängigen Industrie mit Vorprodukten wurde unsicherer. Die Auslastung der Produktionskapazität ging von den 1980 erreichten 60% wieder auf etwa 40% zurück.¹⁷ Die einzelnen Industriebereiche sind hiervon unterschiedlich betroffen.

Die Krise der Landwirtschaft wurde in dieser Situation dann noch einmal besonders deutlich. Allein 1981 ging die Nahrungsmittelproduktion um 26% zurück, die gesamte landwirtschaftliche Produktion 1984 um 7%.¹⁸

Kritische Wirtschaftslage

„Der Hauptgrund unserer Schwierigkeiten“, so Planungsminister Lopo do Nascimento, „liegt sowohl auf dem Gebiet der Produktion wie der Kommerzialisierung im Kriegszustand und der Unsicherheit, die daraus in den am meisten betroffenen Regionen resultiert. Dennoch darf das nicht die Verantwortung, die dem Zustand der Desorganisation des Großteils der staatlichen Einheiten zukommt, vergessen machen.“

Der Mangel an Kadern machte sich dort sehr bemerkbar.¹⁹ Außerdem habe man anfangs der Familienlandwirtschaft, die mehr als 60% der Nahrungsmittel produziert, nicht genug Aufmerksamkeit geschenkt.²⁰ Ein Zustand, der inzwischen geändert wurde.

Da der totale Mangel an Konsumgütern auf dem Land ein Grund für die unzurei-



Fachkräftemangel, Transportschwierigkeiten und der Krieg verringerten die Kaffee-Ernte

chende landwirtschaftliche Überschubproduktion ist, wird seit 1982 teilweise ein direkter Austausch landwirtschaftlicher gegen Konsumgüter organisiert. Der Austausch Stadt-Land ist u.a. wegen des Krieges noch nicht wieder hergestellt. Diesem Problembereich widmet die MPLA-Regierung jedoch hohe Aufmerksamkeit.

Die unzureichende Produktion hat dazu geführt, daß etwa die Hälfte der Nahrungsmittel eingeführt werden muß. Bei etwa 500.000 Menschen ist die Ernährungssituation kritisch. In den Städten kann die Regierung eine Minimalversorgung für alle sicherstellen.²¹ Die unzureichende Güterversorgung und die hohe umlaufende Geldmenge haben zu einem florierenden Schwarzmarkt geführt. Bei all dem ist zu berücksichtigen, daß mehrere 100.000 Menschen ihre Heimatdörfer verlassen und 300.000 Rückkehrer aus Zaire reintegriert werden mußten. Von daher sind Schwierigkeiten umso verständlicher.

Aufgrund des Krieges mit Südafrika und der ständigen Aggressionsgefahr sowie der Aktionen der UNITA gab die Regierung dem Verteidigungsbereich den absoluten Vorrang.

Im Dringlichkeitsplan 1983-85 wurden die Investitionen drastisch gekürzt (wichtige Ausnahme: Erdölsektor). Die Hälfte des Staatshaushalts wird von den Verteidigungsausgaben aufgeessen. Viele Fachkräfte wurden in den militärischen Bereich abgezogen. Die Kooperanten aus Kuba und anderen RGW-Staaten wurden so eher noch wichtiger. Außerdem arbeiten 20.000 Portugiesen – allerdings gegen Devisenzahlung – in Angola.²²

Ein Abgehen Angolas von seiner sozialistischen Orientierung vermochten die westlichen Länder nicht zu erreichen.

doch haben die ständigen Aggressionen den Aufbau außerordentlich behindert. Eine Zusammenarbeit mit der UNITA kommt für niemanden in der MPLA in Frage. In diesem Punkt hat die Partei die Bevölkerung auch gezielt mobilisiert.

Entgegen gewissen Presseberichten akzeptiert Angola auch nicht die von den USA ins diplomatische Spiel gebrachte Koppelung („linkage“) zwischen einem Abzug der über 20.000 kubanischen Soldaten aus Angola und der Unabhängigkeit Namibias (siehe AIB 1/1985, S. 32ff.).

In seinem Brief an den UN-Generalsekretär vom 20.11.1984 präzisierte Präsident dos Santos die angolanische Position: Rückzug der Kubaner erst nach Anwendung der Resolution 435, die zur Unabhängigkeit Namibias führt, Rückzug und Ende der Aggression der Südafrikaner und Beendigung jeder logistischer Unterstützung der Südafrikaner für die UNITA.²³

Auch das Übereinkommen von Lusaka vom 16.2.1984 mit Südafrika, in dem sich der Apartheidstaat zum Abzug seiner Truppen aus Angola verpflichtete, bedeutete keine Verminderung der Unterstützung für SWAPO und ANC (siehe AIB 5/1984, S. 4ff.). Vielmehr ist Angola für ANC und SWAPO unter den Frontstaaten eine besonders starke Stütze.

Stütze für ANC und SWAPO

Der Rückzug der Südafrikaner aus Angola (vgl. AIB 6/1985, S. 54) im April d.J. bedeutet kein Ende ihrer aggressiven Einstellung. Dies wird durch das fehlgeschlagene Kommandounternehmen im Mai d.J., den erneuten Angriff gegen Angola ab dem 16.9.1985 sowie die fortgesetzte Unterstützung für die UNITA deutlich.

Die NATO-Staaten haben nie ernsthaften Druck auf Südafrika ausgeübt, Namibia in die Unabhängigkeit zu entlassen und die Aggressionen gegen Angola einzustellen. Während z.B. Frankreich und Italien wenigstens gute zwischenstaatliche Beziehungen zu Angola unterhalten, findet die angolanische „Contra“ vor allem in konservativen Kreisen der USA, Portugals (hier bis in die Spitze der Sozialistischen Partei hinein) und der BRD Unterstützung.

CDU- und CSU-Kreise unterhalten umfangreiche Kontakte zur UNITA.

Das vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit herausgegebene Journalistenhandbuch 1985 faßt die Beziehungen zu Angola so zusammen: „Nach der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen im Jahre 1979 stehen die beiden Regierungen in einem intensiven Meinungsaustausch über die politischen Voraussetzungen für die Auf-

nahme der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit.“ (S. 61) Die Ausweisung einer Gruppe von UNITA-Leuten, die in Bonn residierten, nach Lissabon im Frühjahr d.J. und die jüngsten Regierungskontakte können nicht als Durchbruch in den bilateralen Beziehungen gewertet werden, da die UNITA-Vertretung in München fortbesteht.²⁴

Mit der Aufhebung des sog. Clark-Amendments von 1976, das die direkte US-Unterstützung für die angolanische „Contra“ untersagte, im Juli d.J. haben die USA ihre Eingriffsmöglichkeiten erweitert – möglicherweise, um die Südafrikaner ersetzen zu können, wenn diese einmal ihre bisherige Rolle nicht mehr spielen können. Die Unterstützung der UNITA könnte dann auch über Zaire laufen.

Der für Angola so wichtige Frieden ist noch nicht in Sicht. Aber dennoch ist Finanzminister Augusto Teixeira de Matos optimistisch: „Wir wollen Frieden; wir wollen unser Land entwickeln, aber wir müssen uns verteidigen. Und obwohl ich nicht weiß, wie lange der Krieg dauern wird, bleibe ich optimistisch für die Zukunft. Wir sind dabei die Bedingungen zu schaffen, um jenen Optimismus zu rechtfertigen.“²⁵

Anmerkungen:

- 1) AIB 2/1978, S.23
- 2) Africa, London, November 1979
- 3) Siehe: Guardian, London, 19.10.1984
- 4) West Africa, London, 5.8.1985
- 5) Zit. nach: cadernos do terceiro mundo (ctm), Lissabon, März 1985
- 6) Vgl. J. Bergerol/M. Wolfers, Angola in the Frontline, London 1985, S. 120 und ctm, Januar 1985
- 7) J. Bergerol/M. Wolfers, a.a.O., S. 133
- 8) P. Kivouvou, Angola. Vom Königreich Kongo zur Volksrepublik, Köln 1980, S. 215; Marchés Tropicaux (MT), Paris, 27.11.1984 und Afrique Asie (AA), Paris 31.12.1984
- 9) Gesetzestext auszugsweise in: M.R. Bhagavan, Angola: Prospects for Socialist Industrialisation, Uppsala 1980, S. 29ff.
- 10) Vgl. bfai-Marktinformation: Angola. Wirtschaftliche Entwicklung 1980/81, Köln 1981, S. 13
- 11) AA, 11.3.1985
- 12) Vgl. informationsdienst südliches afrika (ISSA), Bonn, Nr. 9/1983
- 13) Vgl. MT, 18.11.1983 und Guardian (G), New York, 16.1.1985
- 14) Vgl. MT, 18.11.1983
- 15) Vgl. G, 16.1.1985
- 16) Angaben nach: Le Monde Diplomatique (LMD), Paris, März 1984 und MT 18.11.1983
- 17) Vgl. West Africa, 8.12.1983 und AA, 31.12.1984
- 18) Vgl. AA, 14.6.1982 und ctm, Mai 1985
- 19) AA, 5.12.1983
- 20) L. do Nascimento gegenüber ctm, Mexiko, Mai 1981
- 21) Siehe: Windhoek Advertiser, 21.6.1985 und G, 16.1.1985
- 22) Vgl. LMD, März 1984
- 23) Abgedruckt in: ctm, Januar 1985
- 24) Vgl. ISSA, Nr. 1/1984; MT, 10.5.1985 und AA, 3.6.1985
- 25) African Business, London, April 1985

FORUM Wissenschaft

Das linke
Wissenschaftsmagazin

Geht der Wissenschaft die Arbeit aus?

Nr. 3/85 ist erschienen
zum Schwerpunkt
Akademiker-
arbeitslosigkeit.



Inhalt u. a.:

- U. Engelen-Kefer
Akademikerarbeitslosigkeit
und Perspektiven
- I. Biermann/L. Ziebell
Leben mit kurzfristigem
Denken
- C. Schulz
Karrierebruch
- H. Winkler
Hochschulabsolventen
und Beschäftigungssystem
- C. Oehler
Die Marginalisierung
der Gebildeten
- M. Buttgerit
Sowjetisierung als Alternative?

**Forum Wissenschaft kann
abonniert werden über BdWi,
Postfach 543, 3550 Marburg.
Jahresabonnement 20.- DM
Student./Arbeitsl. nur 10.- DM**



In der Nähe von Jambe wird nach einem UNITA-Angriff ein „Contra“ gefangengenommen (l.); über Angola abgeschossenes südafrikanisches Flugzeug

Peter Garcia

Savimbis UNITA – alles im Griff ?

Am 16. September d.J. fielen zum wiederholten Male südafrikanische Truppen in den Süden Angolas ein. Angeblich sollten sie gegen Kämpfer der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) vorgehen. Ein Vorstoß bis 400 km ins Landesinnere und Bombardierungen gegen angolanische Truppen, die auch nach dem Rückzug der südafrikanischen Einheiten am 22.9.1985 fortgesetzt wurden, ließen indessen bald die wahre Zielsetzung des Überfalls erkennen.

Die Streitkräfte Pretorias eilten nämlich den bedrängten „Contras“ der Union für die vollständige Unabhängigkeit Angolas (UNITA) des Jonas Savimbi zu Hilfe. Diese müssen sich seit Jahresbeginn einer Großoffensive der angolanischen Truppen erwehren, die – nach Angaben aus Luanda – auf Seiten der UNITA bis Ende September mehr als 4.000 Mann Verluste verursachte. Allein im August und September d.J. kamen mehr als 1.300 „Contras“ ums Leben.

Bei diesen Kämpfen fiel auch ein südafrikanischer Soldat auf Seiten der UNITA, der von Pretoria als Sanitäter ausgegeben wurde. War die Unterstützung des Rassistenregimes für die UNITA schon seit 1975 kein Geheimnis mehr, so hat der südafrikanische Verteidigungsminister Magnus Malan am 20.9.1985 erstmals zugegeben, daß die UNITA ein wichtiger Verbündeter im Kampf gegen die „kommunistische Aggression“ sei. Daher leiste ihr Pretoria „humanitäre, materielle und moralische Hilfe“. Der Frage, inwieweit Pretoria der UNITA auch durch Spezialeinheiten unter die Arme griff und ob die Geldgeber der „Contra“ auch in Washington und Bonn sitzen, geht Peter Garcia nach.

Am 21.5.1985 zerschlugen angolanische Truppen ein Spezialkommando der regulären südafrikanischen Armee. Ort der Handlung: Angolas nördlichste Provinz Cabinda. Zwei Soldaten Pretorias wurden getötet, der kommandierende Offizier Captain Wynand Petrus Johannes de Toit gefangengenommen.

Ziel der Kommandogruppe war die Zerstörung des Malembó-Erdölkomplexes, der zu 51% Angola und zu 49% der US-amerikanischen Erdölgesellschaft Chevron gehört. In diesem Komplex werden 6/7 des angolanischen Erdöls und damit über 80% der Deviseneinkünfte des Landes produziert. Ein Erfolg der Mission wäre für Angolas Wirtschaft zur Katastrophe geworden.

Was hat das alles mit der UNITA zu tun? Nun, wir verdanken Captain de Toit eine der wichtigsten Enthüllungen über die Art und Weise, wie die UNITA in der Presse der westlichen Welt zu „Ruhm und Ehre“ gekommen ist.

Bei den Saboteuren waren nicht nur 16 hochexplosive Haftminen gefunden worden, sondern auch jede Menge Propagandamaterial der angolanischen „Contra“-Bande UNITA.

Falls das Unternehmen geglückt wäre, hätte man seine Urheberchaft mit Hilfe der Flugblätter der UNITA zugeschoben. Die Welt, die Anfang 1984 Angola bereits in den Händen der UNITA sah,¹ hätte wieder Grund zum Feiern gehabt. Selbst die angolanischen Behörden hatten bisher nicht bezweifelt, daß die UNITA zu solchen Kommando-Unternehmen fähig wäre und daß sie die Verantwortung für die Zerstörung der Ölraffinerie PETRANGOL in Luanda trug, sowie für viele andere spektakuläre Aktionen, wie die Anschläge auf das Brennstofflager bei Lobito, auf die Cabinda-Pipeline und auf die Frachtschiffe im Hafen von Luanda. Hatte doch die UNITA vor aller Welt damit geprahlt.

Nachdem de Toit sein Geständnis abge-

schlossen hatte, brach das UNITA-Lügenreich wie ein Kartenhaus in sich zusammen. Es stellte sich heraus, daß diese Attentate und Sabotageakte in Wirklichkeit von Sonderkommandos der südafrikanischen Armee waren.² Und wem das Geständnis von de Toit nicht ausreicht: Der Oberkommandierende der südafrikanischen Streitkräfte, General Constand Viljoen, mußte ebenfalls vor Reportern eingestehen, daß kleine Kommandogruppen der Südafrikanischen Streitkräfte (SADF) ständig in Angola operieren.³ So schlüpfte aus der geplatzten UNITA-Larve unerwartet ein südafrikanischer Käfer.

Allerdings war auch schon vorher bekannt, daß die UNITA keine eigenständige Existenz hat.

Der Gründer dieser Organisation, Jonas Malheiro Savimbi, hatte von Anfang an im Trüben gefischt. 1960 wollte er in die Volksbewegung für die Befreiung Angolas (MPLA), die spätere Regierungspartei Angolas, eintreten – per Brief und unter der Bedingung, gleich Leitungsmitglied zu werden. Die MPLA lehnte verständlicherweise ab.

Kollaboration mit Südafrikanern

Darauf wandte er sich mit der gleichen Forderung an die Nationale Befreiungsfront Angolas (FLNA) des CIA-Agenten Holden Roberto. Der machte ihn 1961 zum „Außenminister“ seiner Organisation. Diese Funktion erfüllte Savimbi bis 1964, als er aus der FLNA austrat, weil es ihm nicht gelungen war, Roberto zu verdrängen und selbst Vorsitzender der Gruppierung zu werden.

Von da an versuchte Savimbi, seinen Einfluß unter Ausnutzung der ethnischen Vorurteile im Land zu erweitern. Die drei wichtigsten Völker Angolas sind die

Bakongo im Norden, die Mbundu um Luanda und die Ovimbundu im Süden. Die Ovimbundu hatten unter den portugiesischen Kolonialherren am meisten zu leiden: Zur Erntezeit wurden sie als Saisonarbeiter in den Norden Angolas verschleppt, wo sie im Vergleich zur bodenständigen Bevölkerung untergeordnete Tätigkeiten verrichten mußten. Dagegen hatten die Mbundu bevorzugt Zugang zu portugiesischen Bildungseinrichtungen. Der Ovimbundu Jonas Savimbi nutzte daraus resultierende Vorurteile bewußt zu dem Versuch, sich zum Anführer seines Volkes aufzuschwingen. Da die MPLA es sich zur Aufgabe gemacht hatte, unabhängig von der ethnischen Zugehörigkeit ganz Angola zu befreien, stand sie Savimbis Plänen im Wege. Der suchte deshalb nach Bündnisgenossen gegen die MPLA.

Er fand sie bei der portugiesischen Kolonialarmee – obwohl er angeblich gegen sie kämpfte. Die geheime Zusammenarbeit begann 1972 und lief bei den Kolonialherren unter dem Decknamen „Operação Madeira“.

Unwiederlegbarer Beweis dafür ist die briefliche Korrespondenz zwischen dem portugiesischen Oberkommando und Savimbi. Am 26.9.1972 schrieb er General Joaquim da Luz Cunha: „...Die MPLA ist das Haupthindernis für einen Frieden nicht nur im Ostteil, sondern in ganz Angola... Um Frieden im Ostteil zu erreichen, ist es notwendig, ...die MPLA-Kräfte in Angola bis zu ihrer vollständigen Vernichtung zu schwächen. Das kann durch die vereinten Anstrengungen der (portugiesischen) Streitkräfte und der Streitkräfte der UNITA erreicht werden...“⁴

Die Kolonialmacht wurde 1975 vertrieben, die UNITA und die mit ihr verbündeten Truppen der FNLA, Südafrikas und Zaires 1976 von der MPLA-Regierung vernichtend geschlagen. Trotzdem war Savimbi auch danach nicht allein. Voraussetzung für die Wiederaufstehung der UNITA auf angolanischem Boden war die Besetzung der Cunene-Provinz durch südafrikanische Truppen im Jahr 1981.

Aber Savimbis Zusammenarbeit mit dem Rassistenregime in Pretoria begann bereits 6 Jahre davor. Im November 1975 schickte die südafrikanische Regierung etwa 100 Militärberater und -ausbilder in den UNITA-Stützpunkt Silva Porto und zu anderen „Contra“-Gruppen.⁵ Seitdem erhält die UNITA Waffen, Munition, Lebensmittelrationen, Benzin und sogar Giftgasgranaten von Südafrika – kostenlos, versteht sich.⁶

Savimbis Dank an die südafrikanischen Rassisten blieb denn auch nicht aus. Am 14.9.1983 erklärte er dem südafrikanischen Rundfunk auf die Frage, wie er zu

den Weißen in Südafrika stehen würde: „...Es gibt keinen Grund, warum wir uns gegen sie erheben sollten, da wir sie als weiße Afrikaner betrachten. Sie sind unsere Brüder...“⁷

Wo die portugiesischen Faschisten und die südafrikanischen Rassisten hilfreich die Hand ausstrecken, dürfen selbstverständlich die Rechtsaußenpolitiker der Bundesrepublik nicht fehlen.

1979 hatte Savimbi ein Treffen mit F.J. Strauß. Als sichtbares Ergebnis durfte die UNITA in München ein Propagandabüro einrichten. Wichtiger ist jedoch für diese Terrororganisation, daß sie seitdem von den CDU/CSU-nahen Adenauer- und Seidel-Stiftungen mit Geld und Medikamenten unterstützt wird.⁸

Wie hoch diese Beträge sind, ist unbekannt. Sie dürften aber kaum ausreichen – auch nicht zusammen mit der materiellen Unterstützung aus Südafrika –, um die UNITA am Leben zu halten.

Im Bunde mit Strauß, CIA

Zum Glück für Savimbi gibt es ja auch noch die USA. Der frühere CIA-Mann mit Angola-Erfahrung John Stockwell sagte über Savimbis Verhältnis zum stärksten Land der westlichen Welt: „Er liebte die Amerikaner.“⁹

Seine Zuneigung hat ganz konkrete Hintergründe. Seit 1969 unterhielt Savimbi enge Kontakte zur US-Botschaft in Lusaka, Sambia. Sein Vertrauensmann war der Botschaftsangehörige und CIA-Agent James S. Cunningham.

Ziel dieser Kontakte war es, ein von der CIA ausgedachtes Programm zur Verhinderung des MPLA-Sieges in die Tat umzusetzen.

1975 bewilligte US-Präsident Ford im

Rahmen dieses Programms, das den Code-Namen „I.A.Feature“ trug, 32 Mio Dollar für die Unterstützung der konterrevolutionären Organisationen UNITA und FLNA. Gegen Ende 1975 wurden UNITA und FLNA zusätzlich CIA-Spezialisten als Militärberater zur Seite gestellt.¹⁰ Aber bereits im Februar 1976 war Washingtons Traum ausgeträumt und die UNITA zerschlagen.

MPLA-Sieg verhindern!

Savimbi hatte die kläglichen Reste seiner Mannen unter südafrikanischem Schutz nach Namibia in Sicherheit gebracht. Die Kontakte zur USA ließ er dabei zu keiner Zeit abbrechen. 1979 z.B. führte er in Washington Gespräche mit dem Ex-Außenminister Henry Kissinger und CIA-Chef Schlesinger. Etwas später beschloß der US-Senat, die 1976 verbotene Finanzhilfe für die UNITA und die FLNA wiederaufzunehmen. Das Repräsentantenhaus zog jedoch noch nicht mit.

Als Trostpflaster richtete die US-Regierung der UNITA in Washington ein PR-Büro ein, das aus US-Steuermitteln bezahlt wird.¹¹ Im Dezember des letzten Jahres traf sich Savimbi in Kinshasa, Zaire, mit 14 US-Spezialisten für paramilitärische Aktionen. Ebenfalls anwesend waren Agenten des südafrikanischen Geheimdienstes.¹²

Im Juni d.J. beschloß der US-Senat mit 63:34 Stimmen erneut, die Sperre für die Finanzierung der UNITA-Banden aufzuheben. Trotz der demokratischen Mehrheit unterstützte das Repräsentantenhaus diesmal diesen Beschluß mit 236:186 Stimmen.

Es ist nicht verwunderlich, daß Angola

Internationales „Contra“-Treffen in Angola (v.l.n.r.): Wardak (Afghanistan), Lehrman (US-Millionär), Calero (Nicaragua), Savimbi (Angola)



3/85

Das Thema: Die USA unter Reagan: Konservative Hege- monie? – Aspekte der politischen Kultur

1. Gesellschaftlicher Strukturwandel und politische Macht: Immigration; Gewerkschaften; Militarisierung der Hochschulen; Computerwelt.

2. Politische Willensbildung: Die »Moral Majority«; Krise des Parteiensystems?; Die Anti-Vietnam-Bewegung.

3. Kultur und Politik: Kulturpolitik; Black Political Culture; »Star Wars« und Science Fiction; Linke Zeitschriften.

Es schreiben u.a.: H. Ahlemeyer, H.-J. Alpers, R. van Capelleveen, H. Dippel, B. Greiner, H.G. Helms, H.J. Kleinstenber, K.H. Pütz, J. Riedl, K.L. Shell

... außerdem ein Archiv (Teil I) zur literarischen Zensur in Südafrika; Meinungen, Positionen, Analysen zu literarischen, kulturellen und politischen Themen: z.B. Gore Vidal, Duluth; Bruce Cockburn im Interview; William Morris; »Labour is Peace« – Die Chartisten.

Weitere Themen- schwerpunkte 1985: Sprachlehremethodik (1), Englischunterricht in der Erwachsenenbildung (2), Literarische Erziehung (4).

USA in EASt – z.B.: American Dream (3/79), Deutsch-amerikanische Beziehungen (1,2/84). Informationsmaterial anfordern!

Wer jetzt abonniert – oder einen Abonnenten vermittelt – erhält als Prämie: Carolyn Niethammer, *Tücher der Erde. Legende und Wirklichkeit der Indianerinnen* (Lamus). Ich bestelle gegen Rechnung

1) Heft: () Jg 84 () Abzahl () kostl.
44,- 85-44,- Probestift

Name/Vorname

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Datum/Unterschrift

Diese Bestellung kann ich innerhalb einer Woche widerrufen
EASt Postfach 2565 D-4400 Münster

4x im Jahr über 600 Seiten

daraufhin alle Kontakte mit den USA abbrach. Jegliche Hilfe für die UNITA ist ein Beitrag zu Mord, Sabotage, Attentaten und Entführungen. Auch wenn es sich inzwischen – wie oben beschrieben – herausgestellt hat, daß die ganz spektakulären Aktionen von südafrikanischen Spezialeinheiten im Namen der UNITA begangen wurden, so kommen auf das Konto dieser Bande immerhin noch Hunderte ermordeter angolischer Lehrer, Ärzte und Beamte, unzählige verbrannte Felder und Lagerhallen in den Provinzen Malnaga, Huambo, Moxico und Cuanza-Sul, zerstörte Brücken und Strommasten, in die Luft gesprengte Fahrzeuge sowie verminten Straßen und Eisenbahnstrecken.

Bei Überfällen auf abgelegene Dörfer wird von den UNITA-Banditen geraubt, geplündert und gemordet.¹³

Abgerundet wird das Bild dieser „ernsten Gesprächspartner für die westlichen Staaten“ (Die Welt)¹⁴ durch Flügelkämpfe und Rassismus in den eigenen Reihen.

Rassismus in den eigenen Reihen

Im November 1984 liefen in der Provinz Cunene 331 UNITA-Leute über. Sie berichteten von Massenhinrichtungen an UNITA-Mitgliedern, die den Cuanhama-, Guenguela- und Cholove-Völkern angehören. U.a. sind 15 führende Offiziere aus diesen ethnischen Gruppen umgebracht worden.

Bestätigt wurden diese Berichte im April 1985 durch den leitenden UNITA-Offizier Antonio Equele, der in der Provinz Malange bei einem geheimen Waffenlager geschnappt worden war. Nur die Ovimbundu, denen auch Savimbi angehört, könnten noch Offiziere und vor allem Kommandanten werden. „Die, die anderen ethnischen Gruppen angehören, verlassen die UNITA.“¹⁵

Aufgrund des Zerfallsprozesses innerhalb der UNITA gibt es eine nennenswerte militärische Präsenz dieser Bande nur noch in der südöstlichen Provinz Cuan-do-Cubango. Und wiederum ganz im südöstlichen Zipfel dieser Provinz – fast an der namibischen Grenze – liegt das Dorf Jamba, von Savimbi großspurig zur „Hauptstadt der befreiten Gebiete“ erklärt.

Hier fielen sich Mitte Juni 1985 Savimbi und der nikaraguanische „Contra“-Abgesandte Adolfo Calero in die Arme, um eine Internationale der Terroristen aus der Taufe zu heben. Mit von der Partie war noch ein Vertreter der afghanischen „Rebellen“ und ein ähnlich gesinnter Laote. Pol Pots Killerbande ließ nur schön grüßen.

Organisiert und bezahlt wurde das ganze Spektakel von Lew Lehrmann, US-Mil-

lionär, gescheiterter republikanischer Gouverneurskandidat für New York und Vorsitzender der rechtsradikalen Vereinigung „Citizens for America“. Südafrika sorgte für den Transport Lehrmanns und der „Contras“ von und nach Johannesburg.

Die neue Organisation erhielt den unverfänglichen Namen „Demokratische Internationale“. Ihr erklärtes Ziel ist der Aufbau einer Einheitsfront gegen die Sowjetunion.

Internationale der „Contras“

Selbstverständlich wurde die Gründung öffentlich gefeiert.

Nachdem Savimbi – wahrscheinlich aus Ärger über den mißglückten Anschlag auf den Malemo-Erdölkomplex – die Chevron Oil Company zum „wahren Feind der UNITA“ erklärt hatte, beschloß er seine Rede mit den bewegenden Worten „Hoch lebe Ronald Reagan, der beste Freund der UNITA!“.

Diese Verbindung ist nicht zufällig: Reagan wollte schon lange, daß die Chevron Oil ihre Aktivitäten in Angola einstellt. Nachdem auch die Gäste gesprochen hatten, ließ Savimbi einige Hundert UNITA-Söldner in Reih und Glied vorbeidefilieren. So beeindruckt glaubten ihm seine überseeischen Freunde gerne die Lüge, daß er 50.000 Mann unter Waffen hätte. Adolfo Calero sagte später der Presse: Die UNITA hat mir gezeigt, daß „die Kubaner besiegt werden können“.

Man könnte über dieses Treffen lachen, gäbe es da nicht eine bestimmte Grußbotschaft, die im Anschluß an die Reden verlesen wurde. Der Verfasser ist US-Präsident Ronald Reagan höchstpersönlich. Er ließ die versammelten Mord- und Sabotagespezialisten wissen: „Eure Ziele sind unsere Ziele.“¹⁶

Anmerkungen:

- 1) Vgl. Die Welt, 20.1.1985
- 2) Siehe: Granma, Havanna, 28.5.1985; Newsweek (NW), New York, 10.6.1985; Afrique-Asie (AA), Paris, 17.6.1985 und Cadernos do Terceiro Mundo, Lissabon, Nr. 6/1985
- 3) Siehe: Financial Times, London, 24.5.1985
- 4) AA, Juli 1974
- 5) Vgl. Sunday Telegraph, London, 23.11.1984
- 6) Siehe: Granma, 18.1.1985 und Expresso, Lissabon, 1.9.1984
- 7) AA, 5.12.1983
- 8) Siehe: Der Spiegel, 4.8.1980
- 9) J. Stockwell, In Search of Enemies, London 1979
- 10) Siehe: ebenda
- 11) O Jornal, Lissabon, 29.3.1984
- 12) Vgl. Diario de Lisboa, Lissabon, 4.12.1984
- 13) AA, 1.6.1985
- 14) Die Welt, 20.1.1985
- 15) Cadernos..., Nr. 2/1985 und AA, 26.8.1985
- 16) NW, 17.6.1985; AA, 17.6. und 29.7.1985

Christoph Sodemann

Risse im weißen Lager



G. W. H. Rely, Vorsitzende der Anglo American Corporation und Befürworter des Dialogs mit dem ANC

Selten wohl hat in Südafrika ein Zeitungsinserat so viel Aufsehen erzeugt. Was den südafrikanischen Zeitungslesern am Sonntag, den 29. September 1985, vor ihrem Kirchgang auf den Frühstückstisch flatterte, war schon starker Tobak für die „verkrampfte“ Burensesele.

Mit gleichlautenden ganzseitigen Anzeigen verlangten insgesamt 92 leitende Manager großer südafrikanischer Wirtschaftsunternehmen Reformen zum Abbau der Apartheid. Im einzelnen forderten die Wirtschaftsbosse: Beseitigung der Rassendiskriminierung, wo immer sie noch in gesetzlichen Bestimmungen existiert, Verhandlungen der Regierung mit anerkannten schwarzen Führern über die Teilung der politischen Macht, Zuerkennung voller Staatsbürgerrechte für alle Menschen in Südafrika und Wiederherstellung und Verankerung der Rechtsprinzipien in Südafrika.

Die Unterzeichner repräsentierten die englischsprachige Geschäftswelt, während die Namen von bedeutenden afrikanischsprachigen, burischen Unternehmern unter dem Appell fehlten. Zu den Mitunterzeichnern gehörten auch Walter Haselkus und Peter Searle, die Chefs der

südafrikanischen Niederlassungen von BMW und Volkswagen sowie eine Reihe von Vertretern weiterer internationaler Konzerne.

Die auch im Ausland viel beachtete Annonce der Manager enthält die bislang weitestgehenden Vorschläge aus den Reihen des weißen Establishments zur Beseitigung der Apartheid im politischen und wirtschaftlichen System Südafrikas.

Besorgniserregendes

Im weißen Lager ist der Konsens über die Fortsetzung der Apartheidherrschaft zerbrochen. Noch im November 1983 hatte Botha die Unterstützung der zunächst unschlüssigen Konzernbosse für sein Verfassungsreferendum und sein Konzept der „totalen Strategie“ zur Verewigung der weißen Minderheitsherrschaft in der Republik Südafrika mobilisieren können.

Von Unternehmerseite waren an Bothas „Reformpolitik“ zahlreiche Erwartungen geknüpft worden: Das häßliche Antlitz der Apartheid sollte durch den Abbau diskriminierender Bestimmungen

verschönert werden. Schwarzen sollte der Zugang zu qualifizierten Arbeitsplätzen erleichtert und durch eine Liberalisierung von Eigentums- und Besitzrechten sollte der Absatzmarkt für schwarze Konsumenten geöffnet werden.

Doch statt solchen Veränderungen im Sinne einer weiteren wirtschaftlichen Entwicklung unter kapitalistischen Vorzeichen mußten die Unternehmer aus ihrer Sicht zunehmend Besorgniserregendes registrieren.

Die mißglückten Wahlen vom August 1984 zum Dreikammerparlament brachten nicht nur die Verfassungsreform zu Fall, sondern auch einen Stein ins Rollen, der landesweit den Aufstand der Schwarzen auslöste und das Apartheidssystem in seine bislang schwerste Krise stürzte.

In einem Ende August d.J. verfaßten dringenden Appell an die Regierung – als „Zusammenfassung all dessen, was wir für wichtig halten“, machten mehrere Wirtschaftsverbände unmißverständlich ihre Einschätzung der aktuellen Situation deutlich: „Unser Überleben hängt davon ab, daß die notwendigen strukturellen Änderungen vollzogen werden“, heißt es in dem gemeinsamen Papier der Vereinigung der Handelskammern (ASSOCOM), des Verbands der Industrie (FCI) und des Zusammenschlusses der schwarzen Handelskammern (NAFCOC), die zusammen 70% der südafrikanischen Wirtschaft vertreten.¹

Als ersten unabdingbaren Schritt sollte die Regierung gleichberechtigte Verhandlungen mit den schwarzen Führern aufnehmen, auch mit denen, die derzeit noch in Haft seien. Für diese Gespräche dürfe es keine Vorbedingungen oder zeitliche Terminierungen geben. Doch gerade in dieser Frage schaltete das Botha-Regime auf stur und zeigte keinerlei Bereitschaft zu ernstgemeinten Gesprächen.

Für Teile des weißen Kapitals war nun der Punkt gekommen, ihre eher zurückhaltende Politik des Herumnörgelns an der Regierung aufzugeben, um mit eigenen, in aller Öffentlichkeit vollzogenen, politischen Schritten Pretoria zum Handeln zu zwingen. Den letzten Anstoß dazu bot die Ende August d.J. einsetzende rasante Talfahrt der Landeswährung Rand und der daraufhin drohende Kapitalabfluß aus dem Land.

Die akute Finanz- und Währungsfrage war ein unübersehbares Sturmsignal, daß nach der Ausrufung des Ausnahmezustands das Vertrauen des ausländischen Kapitals in die politische Stabilität der Regierung Botha erheblich erschüttert war.

So ereignete sich dann am Freitag, dem 13. September 1985, was noch wenige Monate zuvor völlig undenkbar gewesen wäre.

In Sambia trafen Delegationen der süd-afrikanischen Wirtschaft und des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) zu einem Dialog zusammen. Die sechsstündigen Gespräche in der Nähe der Stadt Mfuwe fanden in einem Landhaus des sambischen Präsidenten Kaunda statt, der als Vermittler der Gesprächsrunde zeitweise auch anwesend war.

An dem Gedankenaustausch, bei dem es noch nicht um die konkrete „Formung künftiger Strukturen“ gehen sollte, nahmen auf Seiten des ANC sechs Mitglieder des Nationalen Exekutivkomitees unter Leitung von ANC-Präsident Oliver Tambo teil. Der Delegation der Johannesburg Hochfinanz gehörten an: Gavin Relly, Vorstandsvorsitzender der größten südafrikanischen Rohstoff- und Finanzkonzerns, der Anglo-American-Corporation, und dessen Direktor Zac de Beer sowie der Direktor des Nahrungsmittelkonzerns Premier Milling, Tony Bloom; mit ihnen erschienen waren die einflußreichen Zeitungsherausgeber von Leadership S.A., Murray, Die Vaderland, Pakendorf, und der Sunday Times, Myburgh sowie der Vorsitzende der South Africa Foundation, Peter Sorour. Die Ergebnisse der Gespräche, die nach Meinung beider Seiten fortgesetzt werden sollen, wurden anschließend in getrennten Stellungnahmen ausgewertet. Einvernehmen herrschte bei den Delegationen darüber, eine zusammenhängende und menschliche Gesellschaft in Südafrika aufzubauen.

Nein zum Kantonalismus

Für die Konzernbosse erklärte Relly: „Wir waren uns nicht ganz einig, wie dies geschehen soll. Und das war ja wohl auch zu erwarten... Aber die Positionen sind vielleicht nicht ganz so gegensätzlich, wie man erwarten könnte.“²

Oliver Tambo, der insgesamt auch ein „beträchtliches Verständnis“ konstatierte, erläuterte mit Blick auf die Wirtschaft die Positionen des ANC. Er kündigte eine staatliche Kontrolle der größten Wirtschaftsunternehmen, insbesondere der Banken und im Bergbau, an. In einer „gemischten Wirtschaft“ könnten daneben auch private Sektoren existieren. Aber, so Tambo weiter, „wir erklärten, daß die großen Unternehmen nicht mehr in der Art weiterarbeiten könnten wie bisher, denn sie repräsentieren einen ungeheuren Reichtum inmitten unaussprechlicher Armut.“³

Darüber hinaus unterstrich ein weiterer ANC-Sprecher, daß für den ANC die Durchsetzung demokratischer Verhältnisse Priorität habe. Nur in wirklich demokratischen Institutionen könnte diskutiert werden, ob Südafrika ein kapitalistisches, sozialistisches oder irgend-



Militär und Polizei – letzte Zuflucht der Rassisten

ein anderes Wirtschaftssystem haben solle, und darüber ein breiter Konsens hergestellt werden.

Obwohl die Wirtschaftsbosse überraschenderweise ihre Zustimmung zu dem Prinzip „one man – one vote“ (ein Mann – eine Stimme; d. Red.) äußerten, wurden auch hier unterschiedliche Vorstellungen über die Realisierung dieses Prinzips deutlich.

Relly sprach sich gegen die „vereinfachende Idee einer natürlichen Mehrheit aus“. Er bevorzugte eine Einteilung des Landes in Kantone, ähnlich wie in der Schweiz, bei der dann z.B. ein Kanton Johannesburg eine schwarze Mehrheit hätte (in anderen Regionen umgekehrt, versteht sich).⁴

Ein derartiges Kantonalismus bedeutet nichts anderes als das von weißen Gruppierungen schon in verschiedenen Varianten geforderte Recht auf Minderheitenschutz, d.h. der verfassungsmä-

ßen Garantie eines fortdauernden Einflusses der Weißen in Politik und Ökonomie. Vom ANC wurde dies zurückgewiesen mit dem Hinweis darauf, daß in einem nicht-rassistischen Südafrika, in dem alle Personen gleiche Rechte haben sollen, die Verfassung Rechte des Individuums schützen könne, aber nicht die einer ethnischen Gruppe.⁵

Vorsorge der Anglo-American

Der herausragende Wert dieses Treffens liegt sicherlich darin, daß führende Kräfte des weißen Establishments die politische Bedeutung des ANC anerkennen mußten. Daß es dazu vor allem durch den Druck des schwarzen Widerstands gekommen ist, mußte auch Gavin Relly eingestehen, als er auf die Frage, warum er sich nicht schon vor 10 Jahren mit dem ANC getroffen habe, freimütig bekannte: „...weil die Strukturen der Apartheid damals noch nicht begonnen hatten zusammenzubrechen, so wie sie es heute tun.“⁶

Für die Konzernbosse ging es in erster Linie wohl darum, sich an authentischer Quelle zu informieren, welche Entwicklungen sie unter einer repräsentativen schwarzen Regierung gewärtigen müssen.

In einem von der Apartheidherrschaft befreiten Südafrika wird das Wirtschaftsimperium der Anglo-American Henry F. Oppenheims naturgemäß zu den ersten Konzernen gehören, deren wirtschaftliche Macht beschnitten wird. So verwundert es nicht, daß die Initiative für die Gespräche aus der Vorstandsetze der Anglo-American kam, die im übrigen etwa 27% der westlichen Goldproduktion fördert. Man hofft dort – so weiß die Zeitschrift *AfricaAsia* zu berichten – auf eine ähnliche Entwicklung wie in Sambia, wo das Unternehmen nach der

Nein Premier Bothas zu Gesprächen mit dem ANC



Nationalisierung seiner großen Kupferbergwerke für die Regierung das Management der Minen übernahm und die Gewinne in andere Sektoren der sambischen Wirtschaft reinvestierte.

Von der Azanischen Volksorganisation (AZAPO, siehe AIB 10/1985, S. 9ff.; d. Red.) und ultralinken Kräften hierzulande wurden der ANC und seine Kontakte mit Vertretern der Weißen kritisiert und Befürchtungen geäußert, der ANC könnte zugunsten von Maßnahmen zur Beseitigung der Apartheid weitgehende wirtschaftliche und politische Kompromisse mit dem weißen Kapital schließen. Demgegenüber erklärte ANC-Informationssekretär Thabo Mbeki zum grundsätzlichen Charakter der Gespräche, daß sie in keiner Weise einen Ersatz des bewaffneten Kampfes für einen Wandel in Südafrika darstellen könnten. Und weiter: „Wir träumen nicht davon, daß die Geschäftsleute jemals unsere festen Verbündeten sein werden, aber sie können die Regierung Botha kritisieren und Druck ausüben. Das wollen wir fördern.“⁷

In der Tat wächst der Druck auf das Botha-Regime. Nur 36% der Weißen sollen laut einer Umfrage noch glücklich mit der Apartheid sein, während 63% ein Ende des Systems innerhalb der nächsten 10 Jahre erwarten.⁸

Zu den bemerkenswertesten Erosionserscheinungen im weißen Lager gehören, neben dem Eintreten einiger prominenter Parlamentarier der regierenden Nationalpartei (NP) für einschneidende Reformen, insbesondere ein „Schuldkenntnis“ von 16 Theologen aus Stellenbosch, in dem die Apartheid in klaren Worten verdammt wird. Die Theologen, deren „Bekanntnis“ ein breites Echo fand, gehören alle der staatstragenden Niederduitse Gereformeerde Kerk

(NGK) an, die eine der wichtigsten ideologischen Stützen des Apartheidsystems ist.⁹

Bei einer nüchternen Betrachtung läßt sich jedoch nicht übersehen, daß viele der Weißen, die sich heute gegen die Apartheid stellen – die Zeit schätzt ihren Anteil auf 20-25%¹⁰ – nach dem Motto handeln: „Retten, was noch an Privilegien zu retten ist.“

Suche nach einem „dritten Weg“

Mehr als deutlich wird dies bei einer am 21. September d.J. neugegründeten Allianz von sog. „gemäßigten“ Führern der schwarzen und weißen Opposition. Auf einem Treffen vor rund 200 Teilnehmern machten sich der Chef der weißen Oppositionspartei im Parlament, Progressive Föderative Partei (PFP), Frederik van Zyl Slabbert, und der vom Regime bezahlte „Homeland-Führer“ Gatscha Buthelezi (siehe nachstehenden Beitrag von J. Frederikse) für einen „dritten Weg“ und Veränderungen durch Verhandlungen stark.¹¹

Ihr Vorschlag einer Nationalversammlung aller Bevölkerungsgruppen, der seit einiger Zeit schon vom ANC als irrelevant abgelehnt wird, könnte indes bei einer weiteren Zuspitzung der Lage die auseinanderstrebenden Interessengruppen der Weißen zumindest vorübergehend vereinheitlichen.

Doch noch ist bei dem Regime in Pretoria, das im übrigen auch wachsenden Beschuß von Ultrarechten erfährt, die Bereitschaft selbst zu dieser Art von reduziertem Dialog nicht zu erkennen.

Die Gespräche mit dem ANC wurden von Botha heftig kritisiert. In preußischer Obristenmanier wurden die Teilnehmer runtergekanzelt, sie hätten

„Schwächen vor den Feinden Südafrikas“ gezeigt.¹² Am 1. Oktober d.J. unternahm Botha in einer Rede vor dem Kap-Provinzialkongreß der NP einen neuen Vorstoß, sein völlig demontiertes Reformimage zu restaurieren.

Doch alles, was sich aus dieser und anderen Reden herausfiltern läßt, sind Vorschläge, die nun zwar zum ersten Mal regierungsamtlich der wachsenden schwarzen Verstärkung Rechnung tragen, dabei aber Veränderungen im Rahmen des Systems bleiben: Verbesserung der Infrastruktur in den Vorstädten (wie immer nach Unruhen); Lockerung der Paßgesetze, indem etwa 4 Mio ausgebürgerte Schwarze, die heute Bürger der „unabhängigen Homelands“ sind, aber im „weißen“ Gebiet leben, ihre südafrikanische Staatsbürgerschaft zurückerhalten sowie durch die Legalisierung einiger bisher „illegaler“ Ghettosiedlungen.

Darüber hinaus soll auf nationaler Ebene ein Gremium geschaffen werden, in dem auch Schwarze sitzen sollen.¹³ Kommentar von Bischof Tutu: „Wir haben ein Stadium erreicht, in dem uns jede Versprechung kalt läßt.“¹⁴

Anmerkungen:

- 1) Zit. nach: Süddeutsche Zeitung (SZ), 1.9.1985
- 2) Nach: Frankfurter Rundschau (FR), 16.9.1985 und AfricAsia, Paris, Nr. 22, Oktober 1985
- 3) Ebenda
- 4) Vgl. International Herald Tribune (IHT), Paris/Zürich, 23.9.1985
- 5) AfricAsia, a.a.O.
- 6) Ebenda
- 7) Ebenda
- 8) Newsweek, New York, 16.9.1985
- 9) Financial Mail, 6.9.1985
- 10) Die Zeit, 6.9.1985
- 11) Vgl. die tageszeitung (taz), 24.9.1985
- 12) FR, 16.9.1985
- 13) IHT, 2.10.1985
- 14) SZ, 24.9.1985

Informationswoche der Friedensbewegung

Vom 11.-16. November 1985 findet bundesweit die „Informationswoche der Friedensbewegung“ statt. Dabei soll die Bevölkerung vor allem auch über die Weltraummilitarisierungspläne der USA und ihre Konsequenzen informiert werden. Die Auswirkungen der Weltraumbewaffnung und einer neuen Runde des Wettrüstens auf die Länder der Dritten Welt sollen Thema in dieser Woche, insbesondere am Tag der internationalen Solidarität (Do., 14. November), sein.

Das AIB/ASK-Sonderheft 4/1985 „Rüstung im All – Gefahren für die Dritte Welt“ eignet sich hierfür als Einführungsmaterial, das zudem preiswert ist, um zum Erfolg dieser Aktion beizutragen. Bestellen Sie bitte rechtzeitig unser Sonderheft für den Freiverkauf. Fordern Sie Werbeflyerblätter an.

Damit helfen Sie unserer gemeinsamen Sache – und Ihrer Gruppe. Ab 10 Exemplaren gewähren wir Ihnen 33% Rabatt. Bei Abnahme von mindestens 20 Exemplaren schenken wir Ihnen eines der folgenden beiden Bücher:

D. Engels/J. Scheffran, E. Sicker, Die Front im All, Köln 1984, Pahl-Rugenstein, 256 S., 10 DM

K.P. Wolf, Tage, die wie Wunden brennen, Dortmund 1985, Weltkreis, 208 S., 14,80 DM
Benutzen Sie bitte die Bestellkarte in der Heftmitte!

Sonderheft 4/1985 zur Weltraumrüstung bestellen!

Rüstung im All – Gefahren für die Dritte Welt



AIB/ASK-Sonderheft 4/1985
28 Seiten, Preis 2 DM



Bernd Robben

Kaffeekampagne – ganz schön anregend

Vom 21.-28. Oktober und in der Vorweihnachtszeit, Mitte Dezember d.J., führ(t)en Mittelamerikakomitees, Dritte-Welt-Läden und Kaffee-Gruppen bundesweit Aktionstage durch, genannt Kaffeekampagne. Mit Ständen und Protestaktionen vor Kaffee-Filialen u.a. Einrichtungen von Kaffee-Konzernen, dem Verkauf von Nikaragua-Kaffee usw. soll auf die Ausbeutungspraktiken der Konzerne und das Mitprofitieren Bonns aufmerksam gemacht sowie der US-Interventionismus in der Region und das Handelsembargo gegen Nikaragua angeklagt werden. „Gegen die Macht der Kaffeekonzerne. Die Gewinne denen, die den Kaffee anbauen... Kauft keinen Kaffee der Konzerne!“ lautet die Orientierung der Trägergruppen (Koordinationsstelle: Informationsbüro Nicaragua, Postfach 101320, 5600 Wuppertal 1, Tel. 0202-760527).

B. Robben geht der Frage nach: Warum gerade eine Kampagne gegen die Kaffee-Konzerne und weshalb Konzentration auf Mittelamerika?

Seit dem 19. Jahrhundert wird in Mittelamerika Kaffee angebaut. Das klingt harmlos: Die landwirtschaftliche Produktpalette wurde erweitert. In Wirklichkeit verbirgt sich dahinter eine radikale Umgestaltung der Wirtschaft der dortigen Länder.

In den Hochland-Gebieten, wo guter Kaffee gedeiht, wohnte zu dieser Zeit die indianische Bevölkerung, die vom Anbau von Mais und Bohnen lebt. Von staatlicher Seite wurden Gesetze erlassen, die die Indianer von ihrem Land vertrieben. Hatten die spanischen Kolonialherren die Indianer als Sklaven in die Silberminen Potosi verkauft, so perfektionierte die moderne Kaffeepflanzenwirtschaft die Zerstörung ihrer Kultur. „Nur scheut sich der Indianer aus Faulheit, sich auf Plantagen zu verdingen; er zieht es vor, als freier Mann sich seinen unglaublich geringen Bedarf zum Lebensunterhalt zu beschaffen... Nur dadurch daß man ihm Bedürfnisse angewöhnt, ist es möglich, ihn zur Arbeit zu erziehen, und auf diesem Weg wird fortgefahren werden müssen, um die häufigen Klagen über Arbeitermangel verstummen zu lassen.“¹

Es waren in Mittelamerika überwiegend deutsche Kaffeehändler, die die Ausbeutung der Bevölkerung für den Markt der europäischen Metropolen zu organisieren begannen.

1913 gab es in Guatemala 1.675 Kaffeepflanzen, 419 waren im Besitz von Ausländern, davon 170 Deutsche. Diese 170 produzierten 70% der Gesamtkaffee-Ernte. Noch wichtiger ist, daß der Kaffee-Handel zu fast 100% in deutscher Hand lag.²

Kaffee – Welthandelsware Nr. 2

Später mußten sich die Deutschen dieses Geschäft mit den US-Multis teilen, aber beispielsweise ist die Hamburger Kaufmanns-firma Nottebohm & Co. immer noch eine der reichsten Familien des Landes.

Der Anbau der ökologisch schädlichen Kaffee-Monokulturen und die Exportabhängigkeit von diesem Agrarrohstoff bestimmen auch heute noch die Ökonomie der Länder Mittelamerikas.

Davon kann auch Nikaragua, das seit der Revolution von 1979 seinen eigenen Weg zu gehen versucht, sich nicht befreien. Auf die Devisen aus dem Kaffee-Export ist das Land zwingend

angewiesen. Deshalb ist die Kaffee-Ernte auch ein bevorzugtes Ziel der „Contra“-Anschläge. Kaffee ist nach Erdöl die Welthandelsware Nummer 2. Ohne Ausnahme sind Kaffee-Produktionsländer Entwicklungsländer, die stark vom Kaffee-Export abhängig sind.

Der Anteil des Kaffees an den Gesamtexport-Erlösen beläuft sich bei den mittelamerikanischen Ländern zwischen 24% (Kostarika) und 55% (El Salvador).³ Tendenziell produzieren die Anbauländer zu viel Kaffee, was immer wieder zu Preisverfall und regelrechten Preisstürzen bei Wirtschaftskrisen führt. Kaffeeabkommen zur Begrenzung des Weltangebots gibt es seit fast einem halben Jahrhundert.

Multis gegen Abkommen

Aus politischen Erwägungen duldeten die USA während des 2. Weltkrieges eine Art Kartellpolitik der Kaffeelieferanten. Bis etwa 1960 torpedierten die europäischen Kolonialmächte (u.a. Frankreich und Portugal) mit der Kaffeeproduktion ihrer Kolonien jegliches weitere geschlossene Vorgehen der Produzenten.

Erst unter dem Eindruck der kubanischen Revolution – als man Vorbote für eine gesellschaftliche Umwälzung auch in anderen Ländern sah – unterstützten die USA, die damals 40% des Weltkaffee-Exports verbrauchten, ein internationales Abkommen.⁴ Dieses trat 1963 in Kraft, verfiel aber 1972 wegen der Abwertung des Dollars und der internationalen Währungskrise.

Erst der Jahrhundertfrost in Brasilien, dem 1975 fast die gesamte Ernte des größten Kaffee-Produzenten der Welt zum Opfer fiel, wodurch die Preise für Rohkaffee in die Höhe schnellten, brachte die Industrieländer wieder an den Verhandlungstisch.

1976 kam es zu einem neuen Kaffeeabkommen, das 1980 durch die Einführung einer Quotenregelung an Bedeutung gewann. Der Internationalen Kaffeeorganisation gehören alle wichtigen Kaffee-Anbauländer (43) und die bedeutendsten Kaffee-Abnehmerländer (24) an, mit Ausnahme der Staaten des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) und der arabischen Länder.

Insgesamt bestimmen die Industrieländer im Rat der Internationalen Kaffeeorganisation das Geschehen, da sie mit dem enormen Kapi-

taleinsatz der Multis den Kaffeemarkt bestimmen, zumal die Anbauländer untereinander zerstritten sind. Seit neuem polemisieren die deutschen Kaffee-Multis in ihrem Verbandsorgan „Kaffee & Tee-Markt“ immer stärker gegen das Kaffee-Abkommen, weil sie sich von einem „freien“ Spiel von Angebot und Nachfrage noch höhere Gewinne versprechen.

Die BRD ist nach den USA immerhin das zweitwichtigste Kaffee-Import-Land der Welt. Schließlich ist Kaffee noch vor Bier das beliebteste Getränk der Bundesdeutschen. Früher gab es unzählige kleine Kaffee-Firmen, heute teilen sich sechs Firmen 80% des Röstkaffeemarktes.

Für die neuere Entwicklung des Kaffee-Geschäftes spielt die Berlin-Förderung eine besondere Rolle. Mit dem Argument Arbeitsplätze in Westberlin zu schaffen, will es mit Subventionen Firmen anziehen. Die Kaffeemultis nützen das für den Aufbau neuer supermoderner Röstereien in Westberlin, wodurch a) Arbeitsplätze vernichtet werden und b) der gesamte jetzt nicht mehr in den Hafenstädten Hamburg oder Bremen geröstete Kaffee zu-



Kaffee, an dem Blut klebt

Karl Heinz Schrömgens Eine Revolution, die fröhlich bleibt

nächst nach Berlin transportiert wird, bevor er den Verbraucher erreicht.

Die Kaffee-Multis beherrschen noch andere Tricks, um auf Kosten des Steuerzahlers Geschäfte zu machen. So verlegte Jacobs seinen Firmensitz offiziell in die Schweiz, womit er neben der Steuerersparnis auch noch die westdeutschen Mitbestimmungsgesetze umgeht.

Bei Kaffee-Multis denkt jeder an Jacobs, Tchibo, Eduscho usw. In der Tat sind das auch die Großen im Kaffeegeschäft, aber der größte ist nahezu unbekannt: Rothfos in Hamburg, der größte Rohkaffeehändler der Welt.

Es gibt keinen Rothfos-Kaffee als Marke, aber Rothfos ist der Großimporteur, der viele bekannte Firmen wie ARKO, CO OP, EDEKA, ALDI-SÜD, MELITTA und vor allem EDUSCHO in Bremen mit Rohkaffee beliefert. Rothfos kontrolliert 27% des westdeutschen Kaffeemarktes. Außerdem beherrscht Rothfos hohe Anteile des Kaffeehandels mit Skandinavien und den RGW-Staaten.

Besonders gute Beziehungen hat Rothfos zu Mittelamerika: Das guatemaltekkische Unternehmen Nottebohm & Co. (deutscher Abstammung) ist auf vielfältige Weise mit dem Rothfos-Imperium verwoben; Cuno Rothfos ist Honorar-Konsul von El Salvador in Hamburg.

Wer ist Rothfos?

Unter der Nummer von Ibero de El Salvador ist Herr Papenhagen zu erreichen, Bruder des Geschäftsführers und Rothfos-Compagnions Herrn H. Papenhagen in der Kaffeeagentur GmbH in Hamburg. Diese Verbindung ermöglichte 1982 ein Geschäft ganz besonderer Art. Als die Kaffee-Oligarchie die Gefahr sah, daß die Ernte in den salvadorianischen Lagern von der Befreiungsfront FMLN angegriffen würde, vermittelte Rothfos, daß der Kaffee im Hamburger Hafen eingelagert wurde, eigentlich entgegen den Bestimmungen der Internationalen Kaffeeorganisation. Auch der SPD dominierte Hamburger Senat machte sich durch die Subventionierung der Liegegebühren, für die Junta von El Salvador (die nominell nach den Bestimmungen der Internationalen Kaffeeorganisation Besitzer des Kaffees blieb) mitschuldig am Völkermord in El Salvador.

Mit der Kampagne gegen die Kaffee-Konzerne sollen die beschriebenen ökonomischen Ausbeutungsstrukturen des Imperialismus wieder stärker zum Thema gemacht werden. Gleichzeitig soll am Beispiel Kaffee der Zusammenhang der Ausbeutung in Mittelamerika mit den Machtstrukturen bei uns deutlicher werden.

Angestrebt ist eine langfristige Kampagne, die nicht mit der Aktionswoche im Oktober endete, sondern am Beispiel des Kaffees das Thema beständig wachhält. Wichtig ist auch, daß durch verschiedene Aktionsformen sich die unterschiedlichsten Gruppen an der Kampagne beteiligen können.

Neben den Mittelamerikakomitees tragen jetzt schon die Arbeitsgemeinschaft der Dritte-Welt-Läden und viele Kaffee-Gruppen die Kampagne aktiv mit.

Anmerkungen:

- 1) Zit. nach: Guatemala Nachrichten, Nr. 4/1981
- 2) Ebenda
- 3) Zahlen nach: P. Hadwiger/J. Hippler/H. Lotz, Kaffee – Gewohnheit und Konsequenz, Wuppertal 1984
- 4) Ebenda

Karl Heinz Schrömgens, der Autor der folgenden Reportage, weilte von Mai bis August d.J. in Nikaragua. Er nahm teil an der Arbeit einer Solidaritätsbrigade, die in San Martin im Süden Nikaraguas eine Siedlung baut.

„Nikaragua ist ein sehr armes Land. Es geht um das Überleben. Wir müssen die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln sicherstellen, die durch die Kriegsfolgen schwieriger geworden ist. Wir brauchen keine Lebensmittelgeschenke, aber Hilfe zu ihrer Produktion. So haben wir in der Region Matagalpa-Jinotega z.B. genügend Schweine, es fehlt aber an Weiterverarbeitungsstätten. Ausrüstung und Know-how für Fabrikationsstätten zur Fleischverarbeitung in kleinen Maßstäben würden uns helfen, die Versorgung der Bevölkerung zu verbessern“, erklärt mir Carlos Arguello, Verantwortlicher der Region VI für internationale Zusammenarbeit.

Das Kennenlernen verschiedener Regionen Nikaraguas zeigt mir, daß es in dieser Armut noch große Abstufungen gibt. Städte wie Matagalpa und Jinotega wirken wohlhabend gegenüber einer „Stadt“ wie Nueva Guinea, die erst vor 20 Jahren gegründet wurde. Der Westen und der Nordwesten verfügen über eine entwickelte Infrastruktur.

In Nueva Guinea sind die Einrichtungen einer Nähwerkstatt mit 15 Nähmaschinen und einer Reparaturwerkstatt für landwirtschaftliche Maschinen (beides Projekte der bundesdeutschen und Westberliner Solidaritätsbewegung) schon Ereignisse von hohem Rang, während das in Jinotega zur Struktur der Stadt und des Lebens selbstverständlich gehört.

Doch hier fehlt es weitgehend an Einrichtungen zur Weiterverarbeitung (Veredelung) von landwirtschaftlichen Produkten. Diese sind, wenn vorhanden, in Managua konzentriert oder aber als Folge der ungleichen internationalen Wirtschaftsbeziehungen in den entwickelten kapitalistischen Industrieländern belassen worden.

Wie in der Region V im Süden gibt es auch in der Region VI im Nordosten viele Ideen für die Weiterentwicklung.



19. Juli 1985: 500000 feiern den 6. Jahrestag der Revolution

Carlos erzählte mir von den Plänen, eine ausgedehnte Fischzucht aufzubauen.

Die topografischen Bedingungen sind günstig. Ein großer Stausee bei Jinotega und viele kleine Lagunen, oft Ergebnis der vulkanischen Tätigkeit der Erde, sind über die Region verstreut.

„An dem Ausbau dieses Plans hindert uns nicht nur der Krieg“, Carlos lacht, „sondern auch die Gewohnheiten der Nikaraguaner. Viele Menschen hier mögen Fisch nicht. Er gehört nicht zur gewohnten Ernährung. Sie begnügen sich eher mit Reis und Bohnen. Es wird Zeit brauchen, den Fisch zum Bestandteil des Speisezettels werden zu lassen.“

Bis dahin könne man Fisch mehr zur Viehfütterung herstellen. Scherzend weise ich darauf hin, daß der natürliche Geschmack des Schweinefleisches bei Zu-



Die Verteidigung der Revolution ist eine Sache von Jung und Alt.

viel des Guten mit der Zeit nach Fisch schmeckt und dann das Problem gelöst sei, die Menschen hier an den Fischgeschmack zu gewöhnen.

Doch immer wieder stoßen Ideen und Pläne auf Grenzen, die der Krieg setzt. Mehr als 40% des Staatshaushaltes gehen in die Verteidigung. Und hier wie im Süden fehlt es an Arbeits- und Fachkräften.

Gerade die Besten und Bewußtesten werden für die Verteidigung des Vaterlandes gebraucht.

Guerillero der Alphabetisierung

Immer wieder treffe ich auf unvorstellbare Schicksale: Ich sitze mit zwei jungen Soldaten in einem einfachen Restaurant beim Abendessen. Einer, Guillermo, trägt das Abzeichen „Guerillero de la alfabetización“.

Ich frage ihn, ob er an der Kampagne, die 1980 nach dem Triumph der Revolution durchgeführt wurde und innerhalb eines Jahres die Analphabetenquote von 50% auf 13% senkte, teilgenommen hat. „Ja“, sagt er, „Juan und ich“, er weist auf seinen Nachbarn, „stammen aus Nueva Segovia im Norden und sind 1980 für ein Jahr in die Berge (Berge ist in Nicaragua das Synonym für undurchdringliche Wildnis, fern jeder Infrastruktur; d. Verf.) gegangen, um den 'Campeños' Lesen und Schreiben beizubringen und von der Revolution zu erzählen.“

Ich frage sie erstaunt nach ihrem Alter. „Heute sind wir 18, damals waren wir 13 Jahre. Seit Abschluß der Kampagne sind wir permanente Mitglieder des EPS (San-

dinistisches Volksheer).“ Stolz fügen sie hinzu, daß sie schon 1978/79 mit der Waffe in der Hand am Volksaufstand gegen das verbrecherische Somoza-Regime teilgenommen haben.

Ich versuche, mich zu erinnern, was ich mit 11 Jahren gedacht und gefühlt habe. Ich war Pfadfinder. Ist es das gleiche? Eine Art Pfadfinderspielen? Der Gedanke ist abstrus.

Dieser Tage las ich im *Nuevo Diario*, einer demokratischen Tageszeitung, die Überschrift: „Jung sein in El Salvador ein Verbrechen.“ In dem Artikel wurden Vergleiche zwischen der Situation in El Salvador heute mit der Situation zur Zeit des Somoza-Regimes gezogen. Jung zu sein, 10, 12 oder 14 Jahre alt zu sein, reichte für die Nationalgarde aus, jemanden für einen Kämpfer der Sandinistischen Front der Nationalen Befreiung (FSLN) zu halten.

Der somozistische Terror zwang Kinder und Jugendliche zum Kämpfen. Nikaraguas junge Generation zwischen 15 und 30 Jahren ist eine Generation, die ihre Erfahrungen nie wieder vergessen kann. „Muerte al somozismo, muerte al Yanki-imperialismo“ (Tod dem Somozismus, Tod dem Yankee-Imperialismus), für sie ist das keine Phrase, es ist ihre grundlegende Lebenserfahrung. Am Beispiel dieser beiden „cacharros de Sandino“, wie diese jungen Kämpfer liebevoll genannt werden, wurde mir erneut bewußt, wie tief und ernsthaft ihre Losung ist: „Patria libre o morir!“ (Freies Vaterland oder Tod)

Der unerklärte Krieg der Herrschenden der USA tobt in diesem Land. Die letzte Woche war voller Nachrichten über den

„Contra“-Terror und erfolgreiche Schläge der sandinistischen Streitkräfte. Beunruhigende und beruhigende Nachrichten. Zwischen Sebaco und Esteli an der Panamericana, 140 km nördlich von Managua überfiel eine „Contra“-Einheit von 150 Mann die Kleinstadt La Trinidad und zerstörte Busse, Gesundheits- und andere öffentliche Einrichtungen. Im Gegenschlag wurde diese Einheit weitgehend aufgerieben.

Beunruhigend: Als ich vor 3 Wochen von Sebaco in Richtung La Trinidad fuhr, wurde die Gegend als frei von „Contra“-Truppen bezeichnet. Ähnliches geschah in Chuapa, in der Nähe von Juigalpa, 140 km südöstlich von Managua. Mit Kommandounternehmen versucht die „Contra“ ihre zunehmende Zurückdrängung in den Grenzgebieten zu begegnen.

In der ersten Hälfte des Jahres sind 2.500 „Contra“-Angehörige gefallen. Ihre Gesamtzahl wurde im vergangenen Jahr auf 16-18.000 geschätzt.

Im Süden, am Rio San Juan, zwischen El Castillo und der Atlantikküste, wurden die Basen des CIA, der sich hier ARDE nennt, wie es in der „Barricada“ hieß, „Contra“-Einheiten unter Führern vom Schläge Alfonso Robelos (früher Unternehmervorstandspräsident) und Eden Pastoras (früherer FSLN-Kommandant und heute Verräter an der Revolution), weitgehend vernichtet.

Schläge gegen die „Contra“

Entlarvend die zeitweise Entführung von 29 US-amerikanischen Christen der „acción permanente por la paz“ (Permanente Aktion für den Frieden) und von 18 Journalisten, die als „Flotille für den Frieden“ unbewaffnet den Rio San Juan hochfuhren, durch eine „Contra“-Einheit von kostarikanischem Boden aus. Eilig versuchte sich Pastora von der Gewaltaktion zu distanzieren. Er fürchtet um die Dollars aus dem Fonds des CIA.

Die militärischen Erfolge in der Zerstörung der Basen, soweit sie sich auf nikaraguanischem Boden befinden, verhindern aber noch nicht den Rückzug der „Contra“-Banden zu ihren Stützpunkten auf kostarikanischem Boden — hier zeigt sich, wie wichtig die Forderung der nikaraguanischen Regierung nach einer entmilitarisierten Zone entlang beider Seiten der kostarikanisch-nikaraguanischen Grenze unter internationaler Kontrolle ist. Und sie verhindern auch nicht die feigen Überfälle von tiefer im Inneren des Landes operierenden kleineren „Contra“-Banden.

Die letzten beiden Tage vor meiner Abreise aus San Martin und der Zone Nueva Guinea führten mir erneut die Scherben dieses schmutzigen Krieges vor Augen.

In Nueva Guinea treffe ich in einem Krankenhaus auf ein Ehepaar mit ihrer 5jährigen Tochter. Sie waren für 1 1/2 Jahre in den Händen der „Contra“ gewesen. Seit 2 Wochen sind sie frei. Sie konnten ihren Entführern entkommen, als die Bande durch eine BLI-Einheit (Bataillone des irregulären Kampfes – Spezialeinheiten zur „Contra“-Bekämpfung) gestellt wurde.

Es handelt sich um eine Bauernfamilie, die zwei Tagesmärsche von Nueva Guinea entfernt, ihren eigenen Hof besessen hatte. Eines Nachts wurde der Mann von „Contra“-Söldnern verschleppt, anschließend das Haus zerstört, und seine Frau und zwei Töchter ebenfalls mitgenommen. Sie wurden in die Berge gebracht und gezwungen, für die „Contra“ zu schuften.

Ein Entkommen war nicht möglich, da – ihrem Bericht zufolge – die „Contras“ in der Wildnis Postenketten aufgezogen haben. Zudem sei die Bande in der Regel genau über Bewegungen des EPS in der Gegend informiert gewesen. Was waren das für Leute? „Es waren bekannte Leute aus der Gegend.“ Waren Ausländer darunter? „Nur vereinzelt Kostarikaner und Panamesen, Yankees habe ich keine gesehen.“ Warum sind Leute aus der Gegend bei der „Contra“?

„Sie sind Räuber, sie leben vom Raub. Sie bestehlen die Bauern in den Bergen und zwingen diese, sie zu ernähren. Sie leben, ohne zu arbeiten, durch Terror.“ Einen Tag später, kurz bevor wir den Bus besteigen, um Nueva Guinea zu verlassen, hören wir von Gefechten. Aus dem Süden ist Mörserfeuer zu hören. Doch die Nachricht aus dem Norden erschreckt mich ungleich mehr. 4 km von unserem Haus in San Martin entfernt, an der Abzweigung des Fahrweges zwischen Jacinto Baca und Talolinga nach San Martin, tobt ein Gefecht. Es gibt Tote und Verletzte.

Einer der Toten ist der Kommandeur des dort stationierten Bataillons, Daniel Esquivel. Ich hatte ihn persönlich kennengelernt. Er war ein Kommandant, der nicht nur seine Soldaten motivierte, sondern sich auch um die Menschen und ihre Sorgen in den anliegenden Dörfern kümmerte. Erst vor kurzem war er 2 Tage in San Martin gewesen.

Ich merke, wie mich die Nachricht ungleich härter trifft. Es ist das erste Mal in dem Vierteljahr meiner Anwesenheit, daß ich einen durch die „Contra“ Ermordeten persönlich kannte.

Die Unterstützung der Politik der FSLN ist schwer zu fassen. 2/3 der Stimmen für die FSLN bei den Präsidentschaftswahlen im vergangenen November waren ein deutliches Zeichen.

Ein Teil der Menschen entscheidet ihre Unterstützung nach konkreten Fragen, nicht generell. So gibt es in der Ableh-

nung des Terrors der „Contra“ und der US-amerikanischen Politik eine weitgehende Übereinstimmung im Volk. Doch es gibt auch eine innere Opposition. Sie gruppiert sich um den Unternehmerverband COSEP, um die katholische Amtskirche, repräsentiert durch den kürzlich zum Kardinal ernannten Obando y Bravo, und um die Tageszeitung La Prensa.

Die Suspendierung der drei Minister Ernesto und Fernando Cardenal und Miguel d'Escoto von ihren Priesterämtern und die Ernennung Obandos zum Kardinal durch den Papst war eine deutliche Parteinahme des Vatikans gegen das neue Nicaragua.

Der Kardinal setzte auf seine Weise Zeichen. Auf dem Rückflug von Rom machte er Zwischenstation in Miami (USA), um dort seine erste Messe als Kardinal zu lesen – für die im Ausland lebenden Nicaraguaner. In der ersten Reihe versammelte sich selbstverständlich die Creme der „Contra“-Führer. In der Zwischenzeit trommelte La Prensa in ganzseitigen Aufrufen für die Teilnahme an der Begrüßungsmesse in Managua unter freiem Himmel.

Der ungeliebte Kardinal

In Miami verkündete Obando y Bravo, er erwarte 150.000 Leute. Doch es versammelten sich lediglich 20.000 Christen.

Dies war ein Zeichen dafür, daß viele Christen, bei allem Respekt, den sie nach wie vor den Strukturen der römisch-katholischen Kirche entgegenbringen, nicht diese die Konterrevolution unterstützende Haltung billigen wollen. Viele Christen fühlen sich den christlichen Basisgemeinden verbunden. Sie stehen für die Kirche der Armen.

Einer ihrer Vertreter ist der Priester Uriel Molina, Leiter des ökumenischen „Centro Ecuménico Antonio Valdivieso“. Seine Messen in der Kirche Santa Maria de los Angeles im Stadtteil Maximo Jerez in Managua sind klare Parteinahmen für



29 US-amerikanische Christen, die am Rio San Juan von ARDE-„Contras“ entführt wurden.

die Armen und Unterdrückten in der Welt. Er predigt für die Unterstützung der sandinistischen Revolution, für den Widerstand gegen die Greuel der „Contra“, für das gemeinsame Handeln des Volkes gegen die äußere Aggression. Er weiß, daß der Weg des neuen Nicaragua eine Hoffnung der Armen der Welt ist.

Die Zeitung La Prensa hat nichts mehr mit der demokratischen Oppositionszeitung während der Somoza-Zeit gemein. Der fortschrittliche Teil der Journalisten und Arbeiter hat die Zeitung verlassen und die neue Tageszeitung Nuevo Diario gegründet.

La Prensa, nachgewiesenermaßen aus Quellen des CIA mitfinanziert, ist ein Blatt, das der von außen finanzierten Konterrevolution dient. Makaber, wenn in ihren Spalten in großer Aufmachung von Kämpfen zwischen afghanischen Freischärlern und sowjetischen Truppen berichtet wird, der alltägliche Krieg im Innern des Landes aber keine Erwähnung findet. Kein Wort der Anklage gegen den ständigen Terror. La Prensa ist ein Musterbeispiel für bürgerliche Desinformationspolitik.

Für das einmonatige Fasten des Außenministers und vom Papst suspendierten Priesters Miguel d'Escoto, mit dem dieser gegen die US-Aggression protestierte,





Außenminister d'Escoto beim Hungerstreik

fand La Prensa folgende Motive: Die sandinistische Propaganda wolle der wachsenden Popularität des kürzlich zum Kardinal ernannten Obando y Bravo etwas entgegensetzen; Miguel d'Escoto sei zu fett und müsse Diät machen; sein Selbstbewußtsein sei gestört, er wolle noch einmal im Mittelpunkt stehen; er sei ein Instrument der Iglesia Popular, der Kirche des Volkes, die einen Helden brauche.

Druck auf die Basiskirche

Obwohl von der Amtskirche nicht getragen, fand dieses Fasten für den Frieden breite Unterstützung hier im Land wie außerhalb. In der Kirche eines Stadtteils Managuas, in der Miguel sein Fasten und Beten durchführte, trafen täglich neue Delegationen ein, die ihre Solidarität bekundeten oder das Fasten begleiteten. Die katholische Kirche ist keine Einheit. Viele Katholiken unterstützen den Weg der Revolution und sind doch gefangen im traditionellen Katholizismus. Das bietet Ansatzpunkte für die Reaktion und macht es ihr auch schwierig, denn je mehr Kirchenführer in reaktionärer Richtung überziehen, desto unglaublicher werden sie in der Sicht von vielen Gläubigen.

Die kirchliche Propaganda präsentiert Obando als Kardinal für den Frieden, der die Einheit Nikaraguas garantiere. Und diese Floskel meint, Einheit unter Einbeziehung der „Contra“, d.h. unter Einbeziehung des CIA und der Reagan-Administration.

Um dieses Bild durchzusetzen, verstärkt sich der innerkirchliche Druck auf fortschrittliche Priester und auf die kirchlichen Basisgemeinden, die die Volkskirche ausmachen. Priester, die in ihrem Wirken die Theologie der Befreiung verkörpern, werden in konservativ geprägte Gemeinden versetzt. In Jinotega gibt es acht Gruppen der Basisgemeinden – sie müssen im Geheimen arbeiten, sie sehen sich nicht in der Lage, dem konservativen Bischof in der Kirchenöffentlichkeit entgegenzutreten.

Einer der vier Priester der Stadt, der sich der Volkskirche zugehörig fühlt, steht vor einem ständigen Balanceakt. Er sieht das Elend und die Notwendigkeit, das freie Nikaragua, den Weg der Revolution zu unterstützen.

Er erzählte mir, daß es bis vor 2 Jahren noch ein Priesterseminar mit nahezu 40 Angehörigen gegeben habe. Es sei gegenwärtig geschlossen, da bis auf einen alle anderen Seminaristen in das sandinistische Volkshier eingetreten sind, um mit der Waffe die Zukunft der Menschen gegen die Konterrevolution zu verteidigen. Immer wieder solche Beispiele, die das tiefe Vertrauen vieler Jugendlicher, die immerhin 50% der Gesamtbevölkerung ausmachen, zur Politik der FSLN ausdrückt. Es geht um ihre Zukunft.

Mich erschreckte deshalb auch nicht, daß ich beim sonntäglichen Übungsschießen, für die Bevölkerung Jinotegas angesetzt, viele Jugendliche und Kinder das Schnellfeuergewehr, das aus der Sowjetunion stammt, handhaben sehe. Beeindruckend hierbei das Kennenlernen des Genossen Jesus Pineda Cordero Pikado, 77 Jahre alt, der schon mit General Sandino für die Befreiung gekämpft hat-

te, und mir stolz die 16 Gefechte aufzählt, an denen er seit 1979 in der Verteidigung der Freiheit des Landes teilgenommen hat.

Einen prägenden Eindruck von der Übereinstimmung der Bevölkerung mit der FSLN, der Partei der Arbeiter und Bauern, hat der 19. Juli d.J., der 6. Jahrestag des Triumphes über das Somoza-Regime, hinterlassen. Schon in der Nacht davor zogen die Menschen durch die Straßen. An vielen Punkten wurden Autoreifen verbrannt, ein Symbol für den Aufstand in Managua. Und in den frühen Morgenstunden formierten sich die Menschen aus den Stadtteilen Managuas und die, die aus dem ganzen Land gekommen waren, zu endlosen Zügen zur Plaza Carlos Fonseca Amador – darunter auch eine kleine Abteilung von einigen hundert Internationalisten.

Vertrauensbeleg für die FSLN

500.000 Menschen, das ist 1/6 der Bevölkerung des Landes (in der BRD müßten demnach 10 Mio zusammenkommen, um ähnliches auszudrücken), trafen sich, um der Rede des Präsidenten der Republik, Daniel Ortega, zuzuhören. Fast überflüssig zu erwähnen, daß La Prensa nur 200.000 gezählt hat, hierin wiederum sehr der Zählweise der Frankfurter Allgemeinen ähnelnd.

Ich erlebte eine Manifestation, aufmerksam, ernst, und doch so voller Leben, Leichtigkeit, Fröhlichkeit, Ungezwungenheit, von der ein Mitteleuropäer einfach nur fasziniert sein kann. Immer wieder branden Sprechchöre auf, wird gesungen, wiegen sich die Hunderttausenden zu Salsa-Rhythmen und karibischen Klängen.

Der 19. Juli demonstrierte, daß diese Revolution, trotz des großen Ernstes der Lage, trotz des tiefen Leides, eine fröhliche Revolution bleibt, die leben, lieben, tanzen will.

Klaus-Peter Wolf

Tage, die wie Wunden brennen Roman

Dies ist die Geschichte von Robin, der aus einem für ihn sinnlos gewordenen Leben als Arbeitsloser ausbricht und seine Sachen verkauft, um in Nicaragua beim Aufbau zu helfen. Doch Robin ist sich selbst nicht klar: Kommt er als Entwicklungshelfer oder als Aussteiger?

Klaus-Peter Wolf ging mit nach Nicaragua und schloß sich der Brigade „Carlos Fonseca“ an. Er beteiligte sich am Aufbau einer Druckerei für die Sandinistische Jugend. Seine Erlebnisse und Eindrücke liegen dem Roman „Tage, die wie Wunden brennen“ zugrunde.

Klaus-Peter Wolf
TAGE, DIE WIE WUNDEN BRENNEN
208 Seiten, illustriert, 14,80 DM



Gesamtverzeichnis anfordern Weltkreis-Verlag, Postf. 789, 4600 Dortmund 1

Martin Schuck

Die Armut wird festgeschrieben

Als Anfang August d.J. Victor Paz Estenssoro vom Parlament zum neuen Präsidenten Boliviens gewählt wurde (vgl. AIB 10/1985, S. 45f.), war jedem klar, daß dieser Präsident eine Sanierung der am Boden liegenden Wirtschaft des Landes auf Kosten der Ärmsten – der Bauern, der Minenarbeiter und der Tagelöhner – anvisieren würde.

Weniger als einen Monat nach seinem Amtsantritt erließ Paz Estenssoro dann auch seine „neue Wirtschaftsordnung“.¹ Am 29. August d.J. traten folgende Maßnahmen in Kraft:

Freigabe des Peso-Wechselkurses (der bisher auf 75.000 Pesos festgelegte Dollarkurs glich sich durch eine Aufwertung um 2.000% dem Schwarzmarktkurs von etwa 1.500.000 Pesos an), Abschaffung von Lebensmittel- und Treibstoffsubventionen (der Benzinpreis stieg innerhalb eines Tages um 700%, der Brotpreis gar um 1.000%), Einfrieren der Löhne und Gehälter im Staatsdienst bis zum Dezember d.J., Abschaffung der Mindestlöhne und der staatlichen Lohnfestsetzungen für den Privatsektor. Das Defizit im Staatshaushalt soll mit der Entlassung etwa der Hälfte der Beschäftigten im öffentlichen Dienst verringert werden.²

Zudem wurden sämtliche Import- und Exportbeschränkungen beseitigt und das



Wegen der galoppierenden Inflation ist es Schwerarbeit, Geld zur Bank zu bringen

Staatsmonopol für die Luftfahrt, die anderen Verkehrsbetriebe, die Energieversorgung und das Fernmeldewesen aufgehoben. Einige dieser Betriebe sollen privatisiert werden. Die staatliche Minengesellschaft COMIBOL und die Erdölgesellschaft YBFB sollen in mehrere Firmen aufgeteilt werden.

Mit der Auflösung des COMIBOL ist auch die Abschaffung der „Pulperias“ verbunden, jener staatlich subventionierten Konsumläden, wo die Minenarbeiter billig ihre Waren des täglichen Bedarfs kaufen konnten.³

Generalstreik im September d.J.: Armee-Einheiten stürmen eine Textilfabrik



Die Auflösung von COMIBOL und vor allem der „Pulperias“ löste wohl die meisten Emotionen aus. Dies waren Errungenschaften der Revolution von 1952, auf die die Menschen hier heute noch sehr stolz sind.

Wer es wagt, die Revolution anzugreifen, muß in Bolivien mit dem breitesten und entschiedensten Widerstand rechnen. Besonders schmerzhaft ist für die Bolivianer aber die Tatsache, daß ausgerechnet Paz Estenssoro, der Revolutionär von 1952, heute alles um 180 Grad wenden will.

Die sozialen Auswirkungen dieser Wirtschaftsmaßnahmen werden nur deutlich vor dem Hintergrund der Verarmung großer Teile der Bevölkerung in den letzten Jahren. Die Inflation hat in diesem Jahr bereits 20.000% erreicht, ohne daß die Löhne entsprechend schnell stiegen.

Das Bruttosozialprodukt ging von 1981-84 um 35% zurück und wird sich in diesem Jahr um weitere 7% verringern. Die Arbeitslosigkeit überschreitet 40% und die Auslandsschuld beträgt über 4,8 Mrd Dollar.⁴

Vor dem 26. Juli d.J. verdiente ein Bergarbeiter 6,24 Mio Pesos. Der Dollar war zu diesem Zeitpunkt etwa 1 Mio Pesos wert. Dieser Kurs änderte sich von Tag zu Tag, damals noch zusätzlich mit den Hochrechnungen der Parlamentswahl (war die Präsidentschaft des Ex-Diktators Hugo Banzer wahrscheinlich, dann war der Kurs relativ stabil, als Paz Estenssoros Sieg abzusehen war, verlor der Peso schlagartig an Wert).

Der Lohn reicht für 2 Wochen

Nach Verhandlungen der Gewerkschaften mit der damals noch amtierenden Regierung des Präsidenten Hernan Siles Zuazo wurde am 26.7.1985 der Mindestlohn um 63% auf 10,17 Mio Pesos erhöht. Bis die erste Lohnauszahlung stattfand, hatte die Inflation diese Lohn-erhöhung längst wieder aufgeessen. Immerhin konnte mit dieser Maßnahme einen Monat lang der Reallohnverlust gestoppt werden – ein Tropfen auf den heißen Stein.

Man muß einmal von dieser Seite aus die Maßnahmen Paz Estenssoros zur „Wirtschaftssanierung“ betrachten. Als der neue Präsident sein Amt übernahm, betrug der Mindestlohn umgerechnet etwas weniger als 30 DM. Einen Monat später, bei der Verkündung dieser Wirtschaftsmaßnahmen, zu denen der Lohnstopp bis Ende des Jahres gehört, verdiente ein Bergarbeiter nur noch etwa 20 DM.

Schon Anfang August d.J. stellte sogar der Korrespondent der Frankfurter Allgemeinen Zeitung fest, ein Monatssalarie reiche allenfalls noch für 2 Wochen.⁵

Was er nicht erwähnte, war, daß eine Minenarbeiterfamilie diese Wochen nur dann überleben konnte, wenn sie die Möglichkeit hatte, subventionierte Lebensmittel zu kaufen und wenn außerdem die Kinder beim Zuerwerb zum späteren Lohn des Vaters mithalfen.

Es ist erschreckend mitanzusehen, wieviele Kinder im Alter von etwa 8-12 Jahren als Schuhputzer oder Tagelöhner auf der Straße und auf dem Markt arbeiten. Kinder, die in die Schule gehören, aber meist nur 1-2 Jahre Zeit dafür hatten, weil sie dann alt genug waren, um beim Unterhalt der Familie mitzuarbeiten.

Wir haben Bolivien groß gemacht

Die Frauen der Bergarbeiter sitzen täglich auf dem Markt und verkaufen Orangen oder Bananen. Auch sie müssen bei der Versorgung der Familie mithelfen. Sie wissen genau, daß sie in gewissem Sinne „Luxuswaren“ verkaufen. Wenn die Mehrheit der Bevölkerung immer weniger Geld zur Verfügung hat, wird als erstes bei diesen Produkten gespart.

Noch schlimmer ist die Situation derer, die nicht mehr arbeiten können. Viele Bolivianer erlitten schon als Kinder oder später als Erwachsene Krankheiten, die auf Unter- oder Mangelernährung zurückzuführen sind. Sie werden niemals bzw. nie mehr arbeiten können. Aufgrund der mangelhaften Sicherheitsvorkehrungen in den Minen sind viele Männer durch Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten arbeitsuntüchtig.

Einer von ihnen ist Alfonso. Ich traf ihn in La Paz spät abends in einer Kneipe. Er kann nicht mehr richtig gehen und hat nur noch ein Auge in einem völlig entstellten Gesicht.

Vor 6 Jahren ging in der Mine, in der er arbeitete, eine Sprengladung los, bevor er in Deckung war. Sein Gesicht wurde von herumfliegenden Steinen getroffen und die Druckwelle schleuderte ihn an die Wand des Stollens, wobei seine rechte Kniescheibe zerschmettert wurde.

Heute ist er obdachlos und muß betteln gehen. Die COMIBOL zahlte ihm noch nicht einmal eine Abfindung.

Obwohl er nicht mehr in der Mine arbeitet, ist die Bergarbeitergewerkschaft FSTMB seine einzige Hoffnung.

Die Minenarbeiter sind ein starker Machtfaktor. An ihnen kommt auf Dauer keine Regierung vorbei. Alfonso geht sogar noch einen Schritt weiter: „Bolivien wurde das was es ist, nur durch uns Bergarbeiter. Wir haben Bolivien groß gemacht.“

Daß die Gewerkschaften kein Vertrauen in die neue Regierung haben, war nur wenige Tage nach dem Amtsantritt des neuen Präsidenten schon klar.

Bei einem Gespräch mit David Garcia



Beim Urnengang die Autoritätspolitik gewählt (1.); Gewerkschaftsführer im Hungerstreik kurz vor ihrer Verbannung: J. Lechin, Exekutivsekretär der COB (1. v.l.) und W. Delgadillo, Generalsekretär der COB (2. v.l.)



Surco, Öffentlichkeitsreferent der FSTMB, fragte ich nach der Stellung der Gewerkschaften zur neuen Regierung. Seine Antwort: „Die Regierung repräsentiert die Rechten unseres Landes und somit den weltweiten Kapitalismus und Imperialismus. Die Gewerkschaften haben kein Vertrauen in diese Regierung.“ Auf meine Frage, was zu tun sei im Falle einer ernsthaften Gefährdung der Demokratie, wird konsequente gewerkschaftliche Gegenwehr angekündigt:

„Wir werden mit den Mitteln, die uns als Gewerkschaft bleiben, reagieren. Im we-

Der neue Präsident Victor Paz Estenssoro hat ein Bündnis mit Ex-Diktator Banzer geschlossen



sentlichen durch Streik bis hin zum Generalstreik und durch Blockaden. Trotz der gegenwärtigen Spannungen hofft die FSTMB, daß sich der Demokratisierungsprozeß weiter konsolidiert. Dies ist aber nur dann möglich, wenn die Arbeiterschaft angemessen an Regierungsentscheidungen beteiligt wird. Es wäre an der Zeit, daß die Regierung den Arbeitern diese Möglichkeit endlich anbietet!“

Zu „Konzertierung und Dialog“ erklärte sich der neue Präsident einen Tag nach seiner Wahl vom 5.8.1985 nur bereit, um den Streiks ein Ende zu setzen. Dazu sei es auch nötig die Gewerkschaften zu „entpolitisieren“.⁶

Paz Estenssoro wollte mit den Gewerkschaften einen „Burgfrieden“ schließen. Die Bedingungen: er dürfe bis zum Jahresende seine wirtschaftspolitischen Maßnahmen durchführen und die Gewerkschaften sollten sich in dieser Zeit mit ihrem Widerstand zurückhalten.

Sollten seine Maßnahmen bis Ende Dezember d.J. nicht fruchten, dann könnten die Gewerkschaften wieder den Kampf aufnehmen.

Vom General- zum Hungerstreik

Er wußte wohl selbst, daß dieser Vorschlag unannehmbar war. Kurz nach den einschneidenden Wirtschaftsbeschlüssen trat die Belegschaft der Ölfirma YPFB in den Ausstand.

Am 4. September d.J. rief die Einheitsgewerkschaft COB zu einem 48stündigen Generalstreik auf, der dann um 3 Tage verlängert und schließlich unbefristet ausgedehnt wurde. Als nach 2 Wochen Generalstreik immer noch kein Ergebnis abzusehen war und die Regierung zu kei-



nerlei Rücknahmen der verheerenden Maßnahmen bereit war, trat die gesamte Führung aller Gewerkschaften in den Hungerstreik.

Nun sah sich Paz Estenssoro gezwungen zu härteren Mitteln zu greifen, um den Widerstand zu brechen. Unterstützt von der stärksten Partei des Landes, der Demokratischen Nationalistischen Aktion (ADN) des Ex-Diktators Banzer, und von der Armee, verhängte er am 19.9.1985 für die Dauer von 90 Tagen den Ausnahmezustand.

In einer Reihe mit Banzer

Militäreinheiten besetzten alle wichtigen Stellen in La Paz sowie die Rundfunksender und Versammlungsräume der Gewerkschaften.⁷ Trotz der Verhaftung von Gewerkschaftsführern konnte die Regierung nicht verhindern, daß 8.000 Menschen im ganzen Land sich dem Hungerstreik anschlossen. Mehrere tausend Bergarbeiter verbarrikadierten sich in den Schächten der Zinnminen.

Bereits 2 Tage nach Beginn des Hungerstreiks waren 2.000 Menschen verhaftet worden. 144 Gewerkschaftsführer, darunter der Exekutivsekretär der COB, Juan Lechin, wurden in entlegene Urwaldgebiete verbannt. Die restliche Gewerkschaftsspitze ging in den Untergrund.

Alle wichtigen Universitäten des Landes wurden geschlossen. Nach Amtsübernahme Paz Estenssoros sollte das neue Semester beginnen.

Zunächst sah es nach einer „normalen“ Verzögerung aus: Das Uni-Personal und die Professoren streikten, weil ihnen die Regierung keine Gehälter auszahlte. Statt einer Gehaltsfortzahlung und der

Wiederaufnahme des Universitätsbetriebs folgte die gewaltsame Schließung durch das Militär.

Das sind Methoden, die sowohl Banzer als auch Garcia Meza (1980-82) zur Zeit ihrer Diktaturen angewandt hatten. Die Universitäten sind Zentren des Widerstands und Hochburgen der linken Opposition. Unter den Studenten war der Wähleranteil für die Sozialistische Partei-Eins (PS-1) und die Front Vereinigtes Volk (FPU) besonders hoch. Die Studenten gehören ebenfalls in einer Reihe mit den Bergarbeitern und Bauern zu den vehementesten Gegnern der Wirtschaftspolitik der neuen Regierung.

Während der Diktaturen unter Banzer und Garcia Meza zeigten die Studenten, daß es ihnen beim Widerstand am langen Atem nicht fehlt, und daß sich die Universitäten als Zentren der politischen Opposition bewährt haben.

So hat es geradezu symbolische Bedeutung, wenn Paz Estenssoro die Universitäten des Landes schließt. Er steht damit – zumindest in diesem Punkt – in einer Reihe mit diesen beiden Diktatoren.

Wie ihnen gelang es Paz Estenssoro zunächst auch, der Arbeiterbewegung eine Niederlage beizubringen. Am 2. Oktober d.J. willigte die Bergarbeitergewerkschaft nach Verhandlungen mit der Regierung ein, den Ausstand zu beenden. Einziges Zugeständnis der Regierung war die Zusage, die Verhafteten und Verbannten freizulassen.

Diese schwere Niederlage der Gewerkschaftsbewegung ist vor allem auf die ungünstigen Kampfbedingungen zurückzuführen.

Die Linke hatte bei den Wahlen große Verluste erlitten und ist weiterhin in mehrere verfeindete Tendenzen aufgespalten. Dies behinderte auch die Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften. Auf der anderen Seite konnte Paz Estenssoro nicht nur auf die Unterstützung seiner eigenen Partei, sondern auch auf die der ADN und der Armee zählen. Die Verhaftungswelle gegen die Gewerkschaftsaktivisten trug schließlich entscheidend zum Mißerfolg des Streiks bei.

Ob die Rechtsregierung jetzt für längere Zeit Handlungsspielraum gewonnen hat, wird u.a. davon abhängen, wie schnell sich die COB von ihrer Niederlage erholen wird und ob sie ihre Einheit stärken kann.

Anmerkungen:

- 1) Handelsblatt, 1.9.1985
- 2) Auflistung des Maßnahmenkatalogs u.a. in: Frankfurter Rundschau, 12.9.1985
- 3) Siehe: Süddeutsche Zeitung (SZ), 10.9.1985
- 4) Angaben nach Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 3.9.1985
- 5) Vgl. W. Otten, Philippengracht in: FAZ, 3.8.1985
- 6) Die Tageszeitung, 7.8.1985
- 7) Vgl. SZ, 20.9.1985



südostasien informationen

Heft Nr. 3/85

Frauen in Südostasien

Inhalt u.a.

- Industrialisierung und Prostitution
- Das Bild der Südostasiatin in BRD-Medien
- Frauenorganisationen in Thailand
- Frauen in Malaysia
- Die Frauendekade in Singapur
- Frauenarbeit in Indonesien
- Die philippinische Frauenbewegung
- Auswahlbibliographie zum Thema und wie immer:

Nachrichten und Literaturhinweise, zusammengestellt aus z. T. schwer zugänglichen Publikationen, zur Gesamtregion und zu einzelnen Ländern: Indochina, Thailand, Malaysia, Singapur, Brunei, Indonesien/Osttimor, Philippinen.

Schwerpunkt des nächsten Heftes

4 – REGIONALE KONFLIKTE (Dez. 85)

südostasien informationen

erscheinen vierteljährlich

Einzelverkaufspreis

6 – DM

Jahresabonnement

70 – DM für Einzelpersonen

40 – DM für Institutionen

Herausgeber und Verlag

Südostasien

Informationsstelle

Josphinenstr. 71

4630, Bochum

Tel. (0234) 502746



Was wir von team reisen unter dem Begriff angewandte Friedensarbeit verstehen:

● Ermöglichung von tausendfacher Begegnung zwischen Mitteleuropäern und Lateinamerikanern

● Durchführung von Solidaritäts-, Studien-, Informations- und Begegnungsreisen gerade in die bedrängten Regionen,

– um den Menschen in Lateinamerika zu zeigen, daß sie nicht allein stehen, ihnen moralische Unterstützung zuteil werden zu lassen,

– um über die so ermöglichten Begegnungen um mehr Verständnis für die Bevölkerung Lateinamerikas zu werben (kaum jemand, der "drüben" war, ist nicht voller Tatendrang zurückgekehrt...)

– um nicht zuletzt auch materielle Unterstützung für die hoch verschuldeten Länder aufzubringen (einmal durch die Reisen selbst, zum anderen aber – und dies vor allem – durch das Engagement derjenigen, die anschließend wieder nach Mitteleuropa zurückkommen.)

Wenn Sie mehr wissen wollen, schreiben Sie uns oder rufen Sie uns an (auch wenn Sie "nur" reisen wollen – denn preisgünstig sind wir auch).
* P.S. über team reisen sind übrigens 1984-85 mehr als 1000 Menschen nach Cuba/Karibik gefahren.

Eppendorfer Weg 105 • 2000 Hamburg 20
Tel. 040 / 491 60 66



Der französische Präsident Mitterrand mit seinem inzwischen zurückgetretenen Verteidigungsminister Hernu (2. v.r.) am 14. 9. 1985 auf Mururoa

Nico Biver

Frankreichs Ambitionen im Südpazifik

Das Wort von einem französischen „Watergate“ macht die Runde. Bereits jetzt hat der Bombenanschlag gegen die „Rainbow Warrior“, das Schiff der internationalen Friedens- und Ökologieorganisation „Greenpeace“, den der französische Geheimdienst DGSE am 16.6.1985 in Neuseeland verübte, zum Abtritt des Verteidigungsministers Charles Hernu und des Spionagechefs Pierre Lacoste geführt.

Ob der terroristische Akt, bei dem ein Mitglied von „Greenpeace“ ums Leben kam, sogar Premierminister Roland Fabius oder Präsident François Mitterrand um Amt und Würden bringen wird, scheint allerdings zweifelhaft.

Pariser „Watergate“

Denn die französische Rechtsopposition marschiert mit der sozialistischen Regierung in einer Reihe, wenn es darum geht, die kolonialen und militärischen Interessen zu wahren. Empörung herrscht allenfalls über den Anschlag, weil damit den Zielen des französischen Imperialismus schwerer Schaden zugefügt wurde.

Das Attentat gegen „Greenpeace“ ist symptomatisch für die gewachsene Entschlossenheit Frankreichs, seine noch verbliebenen kolonialen Positionen zu erhalten. Vor allem strategische, aber auch wirtschaftliche Interessen sind es, die auch die beiden anderen Kolonialmächte USA und Großbritannien an ihren Restkolonien festhalten lassen. Dies wurde besonders deutlich mit dem britischen Falkland/Malwinenkrieg und mit der Weigerung der USA, das Selbstbestimmungsrecht seiner pazifischen Territorien (siehe AIB 11-12/1984), Diego Garcias im Indischen Ozean und Puerto

Ricos in der Karibik anzuerkennen.

Frankreichs Kolonien sind wie Konfetti unter der Bezeichnung Überseedepartements und -territorien (DOM-TOM) rund um den Globus verstreut: Französisch-Guyana, Guadeloupe und Martinique in der Karibik; Réunion und Mahoré im Indischen Ozean, Saint Pierre et Miquelon östlich von Kanada; Neukaledonien, Französisch-Polynesien, Wallis et Futuna im Pazifik.

In einer Studie des Generalstabs der französischen Armee, die in der Zeitschrift *Armées d'aujourd'hui* erschien, verdeutlichte man, welchen dieser Gebiete die größte Bedeutung zukommt: „Am Vorabend des 21. Jahrhunderts entscheidet sich das Schicksal Frankreichs als mittlere Weltmacht in der pazifischen Hemisphäre.“¹ Die Prioritäten der Pariser Regierung machte Präsident Mitterrand auch durch zwei Blitzreisen deutlich, die ihn in im Januar d.J. nach Neukaledonien, Mitte September d.J. nach Französisch-Guyana und zur Atomtestinsel Mururoa im Südpazifik führten.

Hier gab er die Gründung eines Koordinierungsausschusses für den Südpazifik bekannt, dem die Hochkommissare der einzelnen Kolonien, die Kommandeure der Pazifikstreitkräfte und die Botschafter aus den Anrainerstaaten angehören. Er kündigte gleichzeitig ein Programm zur Förderung der französischen Sprache und Kultur in der Region an.

Die größten Kopfschmerzen bereiten dem Präsidenten vor allem die Entwicklung auf Neukaledonien und die Proteste gegen die französischen Atomversuche im Südpazifik.

In Neukaledonien hat die Sozialistische Kanakische Nationale Befreiungsfront (FLNKS) den Kampf für die Unabhängigkeit der Insel verstärkt. Der Wider-

stand Frankreichs und der weißen Siedler haben das Land fast an den Rand eines Bürgerkrieges gebracht (siehe AIB 2/1985, S.29).

Dieser Unabhängigkeitskampf wird von den anderen Südpazifikstaaten, darunter auch Australien und Neuseeland, unterstützt. Frankreich ist lediglich bereit, dem Land eine begrenzte Unabhängigkeit zu gewähren und will die militärischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten selbst in der Hand behalten.

Ebenso hartnäckig hält Frankreich an Französisch-Polynesien fest. Dort führt die französische Armee auf den Inseln Mururoa und Fangataufa seit 1966 überirdische und später unterirdische Atomtests durch (siehe AIB 9/1985, S. 24ff.). Dies wird von allen Anrainerstaaten, die Anfang August d.J. den Südpazifik zu einer atomwaffenfreien Zone erklärt haben (siehe AIB 10/1984, S.16), scharf kritisiert.

Gegen diese Versuche sollte auch die „Rainbow Warrior“ protestieren, bevor der Anschlag auf sie verübt wurde. Die Enthüllung, daß höchste Pariser Regierungsstellen für das Attentat verantwortlich waren, hat nicht nur die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die fortgesetzten Aktionen gegen die Atomtests gelenkt, sondern auch zu einem Sturm der Entrüstung in der südpazifischen Region geführt.

Mitterrands Mururoa-Provokation

Die Vertuschungsversuche, die Weigerung sich bei Neuseeland zu entschuldigen und die demonstrative Reise Mitterrands nach Mururoa am 14.9.1985, die von Australien und Neuseeland als Provokation bezeichnet wurde, haben die Position Frankreichs noch weiter erschwert.

„Die Souveränität Frankreichs kann nicht wieder in Frage gestellt werden“, ließ Mitterrand durch seinen Sprecher erklären. „Wenn es um die Interessen im Pazifik geht, kann niemand, der nicht als Gegner erscheinen will, Frankreich die Entscheidung aus der Hand nehmen.“² Durch diese Arroganz Frankreichs radikalisierte sich die Haltung der damit angesprochenen „Gegner“ Australien und Neuseeland in der Frage der Atomwaffen im Pazifik.

Neuseeland denkt mittlerweile laut über einen Austritt aus dem ANZUS-Pakt nach, dem außerdem Australien und die USA angehören. Dieser war bereits praktisch mit der Weigerung Neuseelands, keine US-Schiffe mit Atomwaffen und -antrieb in seine Häfen zu lassen, handlungsunfähig geworden.

Die Hartnäckigkeit, mit der Frankreich an seinen Territorien im Pazifik festhält, ist auf mehrere Beweggründe zurückzu-

führen. Das Atomtestgelände Mururoa und das Raumflugzentrum Kourou in der Karibik-Kolonie Französisch-Guyana sind von großer Bedeutung für die militärische Stärke Frankreichs.

Momentan werden auf Mururoa die ersten Prototypen der französischen Neutronenbombe getestet. Kourou ist Testgelände für die Mittelstreckenraketen und Startplatz für westeuropäische Satelliten. Hier wurden aber auch bereits militärische Nachrichtensatelliten ins All gebracht und es soll auch ein geplanter bundesdeutsch-französischer Aufklärungssatellit gestartet werden.

Kourou könnte zudem dazu dienen, eventuelle Weltraummilitarisierungspläne Westeuropas in die Tat umzusetzen. Ein Sieg der FLNKS in Neukaledonien, so befürchtet Paris, könnte den Organisationen, die für die Unabhängigkeit der beiden letztgenannten Territorien kämpfen, neuen Auftrieb geben.

Am 14.1.1985 erklärte General Jeannou Lacaze, damals noch Generalstabschef der Streitkräfte, daß die Präsenz Frankreichs im Pazifik wichtig sei für die Verteidigung Frankreichs und Europas:

„Die wichtigste Bedrohung in den DOM-TOM scheint mir die der inneren Destabilisierung zu sein, die durch Terror- und Guerillaaktionen unterstützt wird. Die Lage in Neukaledonien ist ein Beispiel, über das man nachdenken sollte. Wir müssen darauf besonders achten, denn das Zentrum für nukleare Experimente auf Mururoa im Pazifik und das Raumflugzentrum von Kourou in Guyana sind absolut notwendig für die Aufrechterhaltung unseres technologischen Niveaus und davon ausgehend für die Kohärenz unseres Verteidigungsapparats. (...)“

Wenn am Statut unserer Territorien oder unserer Departements in diesem Gebiet gerüttelt wird, könnte Frankreich dazu gezwungen sein, auf diesen beiden Schauplätzen seine Boden-, Luft- und See-Einheiten für eine längere Zeit zu verstärken.“³

Die pazifischen Territorien und vor allem Neukaledonien sind zudem von geostrategischem Interesse. In der Studie den Generalstabs der Armee heißt es da-

zu: „Dieses Territorium besitzt eine hervorragende Position zur Kontrolle der Schiffs- und Luftfahrtswege. (...) Neukaledonien ist wie ein mitten im Herzen des Pazifik verankerter Flugzeugträger.“⁴

Anfang 1985 hatte Präsident Mitterrand beschlossen, auf Neukaledonien den Flughafen und den Hafen für 350 Mio Francs zu einem Stützpunkt auszubauen. Bereits heute sind in Neukaledonien 6.000 Soldaten und in Französisch-Polynesien weitere 5.000 stationiert. Geeignet sind die Inseln somit auch, um im Eventualfall als Zwischenstationen für die neugebildete französische Schnelle Eingreiftruppe (65.000 Mann) benutzt zu werden.

Dies könnte gemeinsam mit den USA geschehen, die ebenfalls aus militärischen Gründen ein Interesse daran haben, daß diese Kolonien französisch bleiben. In Neukaledonien befindet sich eine US-Satellitenbeobachtungsstation. Und Washington hat darum gebeten, den USA die Militärbasis Hoa in Französisch-Polynesien als Landeplatz für ihre Raumfähre zur Verfügung zu stellen.

Basen für US-Weltraumrüstung...

Regierungs- und Militärkreise in Paris begründen die militärische Anwesenheit Frankreichs im Pazifik auch damit, sie verhindere, daß sich andere Mächte, allen voran die Sowjetunion, Kuba und Libyen dort festsetzen.

Zu einer Bedrohung werden bereits die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Kuba und Vanuatu, ein Fischereiabkommen zwischen der UdSSR und Kiribati und Kontakte einer Gruppe der FLNKS zu Libyen aufgebauscht. „Der Fall der französischen Flughäfen im Pazifik“, so der besonders weitblickende Kommandant der französischen Streitkräfte im Pazifik, Admiral René Hugues, „würde Amerika in Reichweite der sowjetischen Bomber bringen.“⁵

Schließlich will der französische Imperialismus sich auch eine Scheibe vom Kuchen der wirtschaftlichen Potenzen des pazifischen Raumes abschneiden.

Die Verfechter einer verstärkten militärischen und politischen französischen Präsenz im Pazifik glauben, daß damit Frankreich das Tor zu einer Zone geöffnet werden kann, die bereits zum „neuen Zentrum der Welt“ wurde.

Angesichts der abgelegenen Positionen Neukaledoniens und Französisch-Polynesiens dürften die handelspolitischen Effekte zwar relativ gering sein. Interessanter sind jedoch die Naturschätze.

...und den Zugriff auf Naturschätze

Neukaledonien besitzt die zweitgrößten Nickelreserven der Welt. Die 200-Meilen-Wirtschaftszone um die französischen Inseln gibt Frankreich das Recht, 7,7 Mio qkm (14fache Fläche Frankreichs) des Meeres wirtschaftlich auszubeuten. Ob Frankreich allerdings die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Region nutzen können, hängt nicht zuletzt davon ab, ob es weiterhin eine Politik betreibt, die im Widerspruch zu den Interessen der Völker und Staaten des südpazifischen Raumes steht.

Ein Ende der Atomversuche und die Entlassung Neukaledoniens und Französisch-Polynesiens in die Unabhängigkeit sind die Voraussetzungen für einen Abbau der Konflikte und für einen Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen mit den Anrainerstaaten. Bereits jetzt wird in Neuseeland und Australien der Boykott gegen französische Waren auf Regierungsebene diskutiert und von Gruppen der Friedensbewegung durchgeführt. Zudem könnte das unbeirrbar Festhalten Frankreichs an seinen Restkolonien zu einer Radikalisierung der Befreiungsbewegungen führen, die sich dann bei Erringung der Unabhängigkeit nicht nur politisch, sondern auch militärisch und wirtschaftlich von Frankreich lösen dürften.

Anmerkungen:

- 1) Zit. nach: Le Monde (LM), Paris, 29.11.1984
- 2) Süddeutsche Zeitung, 16.9.1985
- 3) Le Monde Diplomatique, Paris, März 1985
- 4) Zit. nach: LM, 29.11.1984
- 5) L'Express, Paris, 14.12.1984

ÖKOLOGIE UND DRITTE WELT

BUKO-MATERIALIEN

BUNDESKONGRESS ENT-
WICKLUNGSPOLITISCHER
AKTIONSGRUPPEN

Bevölkerungswachstum und
Ökologie

Folgen der weltweiten
Waldabholzung

Zwischen Agro-Industrie und
ökologischem Anbau

Auswirkungen der Atomtechnologie

Giftexporte in die Dritte Welt

Raubbau an Bodenschätzen

Ökologische Auswirkungen der
Großtechnologie

Umweltprobleme durch
Verstädterung

Nationale und internationale
Umweltpolitik

Ökologisch/soziale Krise im
Amazonasbecken

Ökologisch/soziale Krise im
Pazifik

Jg: Bundeskongress
entwicklungspolitischer
Aktionsgruppen
Nernstweg 32-34
2000 Hamburg 50
Tel.: 040/39 3156

8,-

Rainer Werning

20 Jahre „Neuordnung“ Suhartos



Indonesische Truppen – bereit, jede Opposition niederzuschlagen

Am 14. Mai d.J. wurde Mohammad Munir, Generalsekretär, der vor dem Putsch von 1965 größten indonesischen Gewerkschaft SOBSI und ehemaliges Politbüromitglied der Kommunistischen Partei Indonesiens (PKI) klammheimlich hingerichtet.

1968 war er gefangengenommen und 1973 zum Tode verurteilt worden. Internationaler Druck vermochte damals eine Aufschiebung der Urteilsvollstreckung zu erwirken. 17 Jahre saß Munir im Cipinang-Gefängnis, in einem Vorort der Hauptstadt Jakarta, ein. Weitere drei Führungsmitglieder der PKI wurden nach Informationen von amnesty international zwischen dem 1. und 3.7.1985 hingerichtet. Über mindestens 20 weiteren ehemaligen Führern politischer und Massenorganisationen schwebt jetzt das Damoklesschwert der Exekution.

Die Militärs zeigten damit einmal mehr, daß für sie nach 20 Jahren eines der blutigsten Kapitel indonesischer Geschichte noch immer nicht abgeschlossen ist, und daß Exempel statuiert werden müssen, um den Widerstand im Keim zu ersticken.

Am 30.9.1965 hatten linke Offiziere unter Führung des Oberstleutnants Untung einen Putschversuch unternommen, um einem geplanten Umsturz rechter Gene-

räle gegen die Regierung Sukarno zuzukommen. Doch bereits am 1. Oktober 1965 obsiegten rechte Militärs unter dem Generalleutnant Suharto (siehe AIB 7-8/1975, S. 14ff.).

Präsident Sukarnos Kaltstellung markierte den Prozeß einer umfassenden Militarisation der Gesellschaft. Nachdem die Militärs in einer ersten Welle wahren Blutauschusses gegen Kommunisten, Nationalisten und Demokraten zuschlugen, was nach niedrig angesetzten Schätzungen die Ermordung von mindestens 500.000 Menschen besiegelte, übernahm General Suharto Mitte März 1966 auch offiziell die Regierungsgeschäfte. Damit fand die „sozialistische Abenteuerpolitik Sukarnos“ ein jähes Ende.

Doppelfunktion des Militärs

Wesentliches Merkmal der von Suharto verkündeten „Orde Baru“ (Neue Ordnung) war die dem Militär zugewiesene und von ihm bis heute reklamierte „Doppelfunktion“ (dwi fungsi). Im Klartext: die Streitkräfte sind nicht nur für militärische, sondern auch für sozialpolitische und wirtschaftliche Angelegenheiten verantwortlich.

Nach der Zerschlagung der Kommunistischen Partei (PKI) wurden die restlichen noch bestehenden politischen Parteien in zwei Gruppen gepreßt: die Gruppe der konservativ-islamisch orientierten Partei für Entwicklung und Einheit (PPP) und die der nationalen und christlichen Indonesischen Demokratischen Partei (PDI). Dies ermöglichte eine effektive Kontrolle der gesamten Parteienlandschaft. 1982 wurden sie zudem bei Strafe ihrer Auflösung auf die bedingungslose Anerkennung der Pancasila-Staatsideologie – den fünf Pfeilern: Glaube an Gott, nationale Einheit, Humanität, Demokratie und soziale Gerechtigkeit – festgenagelt. Unangefochten bleibt die Stellung des auf Initiative des Militärs aus dem Boden gestampften Sekretariats der Funktionalen Gruppen (GOLKAR), in dem 1971 rund 200 Berufsverbände, Gewerkschaften und andere Gruppen zusammengeschlossen wurden.

Von den 460 Parlamentariern werden 96 Militärs unmittelbar von Suharto ernannt, während das Verhältniswahlrecht alle 5 Jahre mit brutaler Regelmäßigkeit der GOLKAR reichlich 60% der verbleibenden Parlamentssitze beschert. 28% der öffentlichen Ausgaben oder knapp 3 Mrd Dollar (1983) gestehen sich die Militärs ohne Umschweife selbst zu. Abgerundet wird der alles durchdringende Einfluß der Streitkräfte durch die Besetzung der wirtschaftlichen Kommandohöhen mit Generälen und ihnen ergebenden Technokraten sowie durch ein der Armeekontrolle unterstelltes Gerichtswesen. Die drei höchsten richterlichen Funktionen bekleiden Offiziere.

Von den im Verlauf des Putsches 1965 Verhafteten waren Zehntausende über 10 Jahre lang ohne Prozeß inhaftiert. Geringfügige Verdachtsmomente konnten jemanden für Jahre hinter Gitter verschwinden lassen.

Noch immer sitzen, wie der amnesty international-Bericht von 1984 erwähnt, Hunderte der damals Eingesperrten hinter Schloß und Riegel und harren womöglich der Schauprozesse, die in der Vergangenheit gegen solche „Kommunisten“ inszeniert worden sind. Die Insel Buru in Ostindonesien war das langjährig gefürchtetste Konzentrationslager. Hier befand sich auch der Großteil der „Kategorie A“-Gefangenen, jener Häftlinge

Schicken Sie bitte auf meine Rechnung
(25,- DM) ein Geschenkabo '84 an:

(Name)

(Straße und Hausnummer)

(PLZ, Wohnort)

(Mein Name)

(Meine Adresse)

(Datum, Unterschrift)



An

AIB-Weltkreis-Verlag

Liebigstr. 46

3550 Marburg 1

Der umseitig aufgeführte neue AIB-Abonnent wurde
von mir erworben:

Mein Name: _____

Meine Adresse: _____

Mein Prämienwunsch aus dem AIB-Angebot:



An

AIB-Weltkreis-Verlag

Liebigstr. 46

3550 Marburg 1



Kaffee-abo

Regelmäßig Kaffee aus Nicaragua trinken – ein einfacher Weg der praktischen Solidarität!

Das nicaraguanische Volk befreite sich von dem US-hörigen Somoza-Regime. Die Einkünfte aus der eigenen Arbeit fließen nicht mehr in die Kassen von Großgrundbesitzern und Konzernen. Sie kommen jetzt dem Volk selbst zugute, dienen dem Aufbau des Landes. Dabei spielt der Kaffee eine zentrale Rolle und unsere Solidarität.

Unsere Idee: Nicaragua-Kaffee im Soli-Abonnement. Regelmäßig und pünktlich entsprechend Eurem Monatsbedarf – natürlich frei Haus. Kein Vergessen, kein Suchen – und immer röstfrisch. Wir liefern zuverlässig. Einfach bestellen (3 Pfund oder ein Vielfaches davon) beim Solishop, Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt/Main 90 (Tel. 069/778863).

Neu



Wer wir sind:

Für die aktive Solidarität sind wir da. Mehr als 150 Artikel halten wir bereit. Für die aktive Solidarität mit den Völkern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas: Bücher und Broschüren, Buttons und Plakate, Postkarten und Aufkleber, Dia-Serien und Wandzeitungen, Schmuck und Kunstposter. Mit den Befreiungsbewegungen arbeiten wir zusammen. Auch ihre Materialien vertreiben wir. Und wir sind selbst Teil der Solidaritätsbewegung. Eng verbunden mit dem ASK (Antiimperialistisches Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika). Und wir tun auch was zur Steigerung des ASK-Spendenaufkommens, z.B. mit Kaffee, Nicaragua-Kaffee. Rund 300.000 DM konnte das ASK mittlerweile der FSLN zur Verfügung stellen. Zur freien Verfügung. Zum Einsatz dort, wo es am nötigsten ist. Das soll noch mehr werden. Unser „Solishop“ wird seinen Beitrag leisten. Helft mit. Fordert unseren neuen Gesamtkatalog an. Spendet auf das ASK-Konto: Sonderkonto Prof. Wulff, Postgiroamt Frankfurt/Main, Konto-Nr. 527 055-602, Kennwort „Nicaragua“.

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

POSTKARTE

Absender

Ich/Wir bestelle/n hiermit ein Solidaritäts-Abonnement röstfrischen, gemahlten NICARAGUA-KAFFEE. Es sollen regelmäßig monatlich ab Bestelldatum 3/6/... Pfd.* zum Preis von 40/80/... DM* incl. Versandkosten an die o.g. Anschrift geliefert werden. Rücktritt von dieser Bestellung ist jederzeit innerhalb einer Frist von 2 Monaten möglich. Die Zahlung erfolgt per Nachnahme/Überweisung/Scheck*.

(Ort, Datum) (Unterschrift)

*Nicht zutreffendes bitte streichen. Der Preis ist für min. 2 Monate ab Bestellung garantiert.

An
Solidaritätsshop
Dritte Welt

Hamburger Allee 52

6000 Frankfurt/Main 90



also, die während der Putschereignisse im Herbst 1965 aufgegriffen worden waren. Unter den auf Buru Eingesperrten befand sich der international anerkannte Schriftsteller Pramoedya Ananta Toer, dessen „Bumi Manusia: Garten der Menschheit“ (Berlin-West 1984) lobenswerterweise auch dem deutschen Leserkreis zugänglich gemacht wurde.

Seit 1983 eskaliert das Regime den Terror gegen die Zivilbevölkerung. Um staatlichen bzw. staatlich tolerierten Mord zu drapieren, hat es die „Operation Gali“ (Abkürzung für „Bande wilder Jugendlicher“) angeleiert – vorgeblich darauf abgestellt, dem organisierten Bandenwesen einen Riegel vorzuschieben. Todesschwadronen wurden zu diesem Zweck aufgestellt, auf deren Konto bislang mindestens 5.000 Lynchmorde gingen.¹

Diese außergerichtlichen Exekutionen lassen sich jedoch auch leicht zur Liquidierung politischer Gegner nutzen.² So

wurde Anfang Mai 1983 in Yogyakarta der sozial engagierte Anwalt Bustanul Arifin erschossen. In Ostjava gehen die Todeskommandos gezielt gegen lokale Bauernführer und deren Mitstreiter vor. Statt der grassierenden Arbeitslosigkeit (ca. 40%, in den Städten dürfte sie noch darüber liegen) Herr zu werden, geht es Jakarta darum, die daraus erwachsenden und wie auch immer gearteten Protestformen möglichst im Keim zu ersticken. Nahtlos fügt sich denn auch in dieses Muster die zynische Rechtfertigung ein: Der Justizminister, Generalleutnant Ali Said, bezeichnete all diese Morde als „chirurgischen Eingriff, um das Leben des Patienten zu retten“.³

Zu den Zielen des 1984 ausgelaufenen 3. Fünfjahresplans (REPELITA III) zählten die Förderung von wirtschaftlich schwachen Gruppen, die Weiterentwicklung des Genossenschaftswesens sowie die Verbesserung im Sozial- und Ausbildungsbereich.

Der kumulierte Betrag der Auslandsinvestitionen betrug von 1967-81 10,217 Mrd Dollar für insgesamt 807 Projekte. Das Auslandskapital rannte offene Türen ein. Jakarta bot Investoren im Laufe der Zeit eine beachtliche Palette von Anreizen – eine nahezu totale Steuerbefreiung, beschleunigte Abschreibungsmöglichkeiten, Freizügigkeit bei der Auswahl des Managements, offenen Devisentransfer und Befreiung von Import-Zollabgaben.⁴

Den „wichtigsten Aktivposten des Landes“, die 57 Mio Arbeitskräfte seiner 152 Mio Einwohner zählenden Bevölkerung (1982), stellte das Regime nicht unter den Scheffel. In Hochglanzbrochüren beschrieb es deren Vorzüge so: „Das Ministerium für Arbeitnehmerfragen ... bemüht sich mit Hilfe von Tarifverträgen um einen Ausgleich in den Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften und überwacht die Entwicklung von Schulungsprogrammen für Arbeitnehmer... Die Löhne in Indonesien gehören im Durchschnitt zu den niedrigsten in ganz Asien... Als Richtlinie können rund 1.000 Rupiah (ca. 1 Dollar) pro Tag für einen Arbeiter, 250.000 Rupiah pro Monat für qualifizierte Büroangestellte und Sekretärinnen angenommen werden.“⁵

Daß es bei diesen Niedriglöhnen bleibt, die selbst nach Untersuchungen der regierungshörigen Allindonesischen Arbeitsföderation (FBSI) nur zu 53% die Grundbedürfnisse eines Lohnarbeiters oder nur 19% die seiner Familie abzudecken vermögen (bei einem Lohn von 1.050 Rupiah pro Tag),⁶ dafür sorgen die Militärs mit offenem Terror, mit Streikverboten und der Kontrolle der Gewerkschaften.

Niedriglöhne mit Gewalteininsatz

Die Mitte November 1978 vollzogene Rupiah-Abwertung hatte eine Welle von Protesten ausgelöst, zu deren Zerschlagung Eliteneinheiten von Militär und Polizei aufgeboden wurden. Dazu zählte auch die eigens „zum Schutz vitaler Entwicklungsprojekte“ geschaffene Polizeitruppe Satpamprovit unter dem bereits im Oktober 1965 aufgebauten Operationskommando zur Wiederherstellung von Sicherheit und Ordnung (KOPKAMTIP). Dieses wurde 1967 umstrukturiert und schloß nunmehr regionale Militärbefehlshaber als sog. Sonderbevollmächtigte (Laksus) und auf direkte Weisung des KOPKAMTIP-Chefs gebildete Spezialeinheiten auf nationaler Ebene ein.

Chef des KOPKAMTIP wurde 1978 der ehemalige Marinestabschef Admiral Sudomo. Als die Rupiah im März 1983 auf Druck des Internationalen Wäh-

Indonesien-Daten

Territorium: 1,919 Mio qkm (8fache Fläche der BRD)

Bevölkerung: 160 Mio Einwohner (1984); ethnische Zusammensetzung: hauptsächlich malaiische Volksgruppen, 2% Chinesen
Hauptstadt: Jakarta; ca. 9 Mio Einwohner (1984)

Sprache: Bahasa Indonesia (Amtssprache); außerdem ca. 250 einzelne Sprachen und Dialekte der einzelnen Volksgruppen

Religion: 88% Moslems; 8% Christen; 2% Hindus

Währung: Rupiah (Rp); 100 Rp = 0,274 DM
Staatsordnung: Seit dem Putsch von 1965 übt ein Militärregime die Macht aus. Seit 1967 ist der Putschführer General Suharto Präsident und Regierungschef.

Wirtschaft: Indonesien ist ein schwach entwickeltes Agrar-Industrie-Land mit einem umfangreichen Bergbausektor. Das Brutto-sozialprodukt betrug 1984 493 Dollar pro Kopf. Struktur des Bruttoinlandsprodukts (1984): 25,7% Landwirtschaft, 21,0% Bergbau, 18,5% verarbeitende Industrie und Bauwirtschaft, 34,8% Dienstleistungssektor. Wichtigste Ausfuhrüter sind Erdöl und Erdölprodukte (70%) und landwirtschaftliche Erzeugnisse. Wichtigste Handelspartner (1983): Japan (35,9%), die USA (18,1%), Singapur (17,6%) und die EG (8,5%; davon

die BRD 2,6%). Die Auslandsverschuldung betrug am 31.3.1985 24,6 Mrd Dollar.

Soziale Kennziffern: Lebenserwartung: 53 Jahre (1982); Analphabetenrate: 38% (1976); Inflationsrate: 9% (1984); ca. 10 Mio Arbeitslose

Geschichte:

1602 Bildung der Niederländisch-Ostindischen Kompanie zur Kolonisierung des Landes

1942 Beginn der japanischen Okkupation
1945 Erklärung der Unabhängigkeit und Beginn des Befreiungskrieges gegen die niederländische Aggression. Sukarno wird Präsident

1949 Proklamierung der Vereinigten Staaten von Indonesien und der Union mit den Niederlanden

1950 Erklärung der Einheitsrepublik

1956 Auflösung der Union mit den Niederlanden

1963 Eingliederung Westirians in die indonesische Republik

1965 Putsch unter Suharto. Massaker vor allem gegen Kommunisten

1967 Sukarno wird abgesetzt und Suharto zum Präsidenten ernannt

1971 Parlamentswahlen

1975 Besetzung und Annexion Osttimors durch indonesische Truppen



rungsfonds (IWF) neuerlich abgewertet wurde, übernahm Sudomo – wohl kaum zufällig – das Ministerium für Arbeitskräfte. Ihm als Generaldirektor zur Seite gestellt wurde ein Mann, dessen Namensnennung viele Indonesier bereits schaudern läßt – Generalleutnant Sutopo Yuwono.

Yuwono erhielt seinen militärischen Schliff in Japan und den USA, bevor er Anfang der 70er Jahre zum KOPKAM-TIB-Sekretär aufstieg und an die Spitze des Koordinationsbüros für Staatssicherheit (BAKIN), der wichtigsten Geheimdienstorganisation des Landes, trat.

Sudomo und Yuwono bildeten fortan an der „Arbeitsfront“ das Dr. Jekyll-und-Mr. Hyde-Gespann. Eine der ersten Maßnahmen dieser Alchemisten des Terrors war ein mit der Industrie- und Handelskammer, dem Arbeitgeberverband und der FBSI ausgehandeltes Abkommen, das sämtliche Streikformen kriminalisiert.

Ohne großes Federlesen machte Sudomo klar, worum es ging: „Zu streiken, ist gewiß gesetzlich erlaubt. Doch viele Leute lesen nicht den ganzen Text des Gesetzes... Um zu streiken, bedarf es einer Genehmigung. Und die werde ich auf keinen Fall erteilen, weil m.E. ein Streik das Festhalten an liberalen Vorstellungen demonstriert, wo wir uns doch längst in einer Periode befinden, da Arbeitsbeziehungen im Geiste der Pancasila-Prinzipien zu lösen sind.“⁷

Sudomo schuf gleich nach seinem Amtsantritt innerhalb seines Ministeriums ein sog. Krisenmanagement-Zentrum. Dessen Aufgabe ist es, sich nicht länger mehr in langatmigen Schlichtungen bei Arbeitskonflikten zu verschleißen, sondern durch die Integration der FBSI in das neue Zentrum Streiks buchstäblich vor ihrem potentiellen Ausbrechen einzudämmen. Deshalb war es nur konsequent, daß Sudomo sich einerseits für die Auflösung von „Relikten“ wie den Komitees für die Beilegung von Arbeitsfragen stark machte und zum anderen die im „harmonischen Betriebsgeist“ direkt getroffenen Vereinbarungen bei Tarifaufeinandersetzungen zwischen Arbeitern und Firmenleitung vorzog. Diesem Anliegen werden eifertig die Pancasila-Prinzipien zugrundegelegt. Stets als hervorstechende Merkmale „nationaler und kultureller Identität“ zelebriert, eignen sich diese Prinzipien auffallend immer dann, wenn es gilt, Ausbeutung und Unterdrückung mit der Gloriole zu umkränzen.

Ahmad Sarbini, Direktor von Philips Ralin Elektronik, präsentierte dafür ein besonders gelungenes Beispiel: „Die kollektiven Arbeitsvereinbarungen entstammen einer Situation, die durch Konflikte zwischen Arbeitgebern und Arbeitern geprägt war. Die Konflikttheorie stammt



„Suharto Ungläubiger“ – Proteste artikulieren sich heute vor allem durch moslemische Gruppen

von Karl Marx, der die Theorie des Klassenkampfes zwischen Arbeitgebern (Kapitalisten) und Arbeitern entwickelte. Auf der Grundlage dieser Philosophie sind die kollektiven Arbeitsvereinbarungen für Indonesien, das die Pancasila-Prinzipien vertritt, unangemessen.“⁸

Diese angebliche Harmonie zwischen Unternehmern und Arbeitern soll schließlich durch die Ausradierung des Begriffs „Arbeiter“ (buruh, was eine gewisse Identität der Arbeiter als Gruppe beinhaltet) und seine Ersetzung durch das Wort „Beschäftigter“ (karyawan, welches die Identität des Arbeiters leugnet) auch in der Sprache dokumentiert werden.⁹ All diese Maßnahmen stießen auf die offene Befürwortung durch die Spitze der FBSI.

Die Rezession und eine harte Auflagenpolitik seitens der IMF-Weltbank-Gruppe (so betrug allein die Rupiah-Abwertung im März 1983 gegenüber dem Dollar 27,5%), in deren Verlauf drastische Einsparungen im Staatshaushalt verordnet und die meisten Nahrungsmittelsubventionen (selbst bei Reis) vom Rotstift erfaßt wurden, haben die extreme Verwundbarkeit der Wirtschaft bloßgelegt und die Krise auf die Werktätigen abgewälzt. Was immer das Regime an Wachstumsraten vorweisen mochte – für die Masse der Bevölkerung haben sie keinerlei positive Effekte gehabt (siehe AIB 11-12/1981, S. 31ff.).

Der verarbeitende Sektor wurde durch die Abwertung und schwindende Binnennachfrage (relative und absolute

Suharto-Eigenwerbung: Verkörperung der industriellen Entwicklung des Landes



Kaufkraftminderung) arg gebeutelt.

Bislang hat das Regime ein extrem schnelles Auftürmen des Auslandsschuldenberges abwehren können, was sicherlich auch mit den Ölvorkommen zusammenhängt.

Mit ca. 26 Mrd Dollar steht es noch vergleichsweise gut da. Die Schuldentilgung verzehrt aber bereits 20% (1981: 10%) der Brutto-Export-Einnahmen und zeigt steigende Tendenz. Der Schuldenzuwachs durch Importe wird Ende 1985 etwa 8 Mrd Dollar (1981: ca. 3,3 Mrd Dollar) betragen und damit 21% (1981: 17%) der projektierten Gesamtverschuldung ausmachen.¹⁰ Für das laufende Haushaltsjahr sucht Suharto um neuerliche Kredite von ca. 4,5 Mrd Dollar (1983/84: 2,2 Mrd) nach.

An der fortgesetzt engen Bindung ans – vorwiegend amerikanische und japanische – Auslandskapital wird nicht gerüttelt, wie dies die 1983 erteilte Genehmigung weiterer 55 Projekte mit einem Kapitalinvestitionsvolumen von 2,5 Mrd Dollar seitens der Investitionsförderungs-Behörde (BKPM) unterstreicht. In dem Maße, wie dieser Prozeß die materielle Basis politischer Herrschaft der militaristischen Kompradorenbourgeoisie, technokratischen Staatsbürokratie und Großgrundbesitzer zementiert, läßt er aber auch die sozialpolitischen Konflikte virulenter werden.

Vieles deutet darauf bereits hin. Die Suharto-Clique favorisiert eine auf exportorientierte Verarbeitung in Freihandelszonen (wie auf der Insel Batam) sowie auf die Agrobusiness-Plantagenwirtschaft abgestellte Investitionspolitik.

Die dabei auftretenden Probleme – Zuspitzung der wirtschaftlichen Misere der Bevölkerung und Arbeitskräftemangel auf den als Standorte des Agrobusiness anvisierten relativ dünn bevölkerten Inseln – beabsichtigt sie durch eine zweigleisige Strategie in den Griff zu bekommen. Gedacht ist einmal an eine Neubelebung des „transmigrasi“-Programms, also an die Ansiedlung von Leuten (vornehmlich aus Java) in entfernt gelegene

Viktoria Waltz

Verhaftungswelle in Beit Sahour

In der von Israel okkupierten palästinensischen Westbank herrscht seit der Jahresmitte wieder einmal Spannungszustand. Auf Widerstandsaktionen gegen die Besatzer reagiert die Regierung Peres nicht nur mit verstärkten Truppeneinsätzen und Ausgangssperren, sondern auch mit der Wiederaufnahme von Ausweisungen (Deportationen) und der Administrativhaft. Große Besatzerübergreifungen gegen die Zivilbevölkerung gab es in der ersten Septemberhälfte u.a. im Raum Hebron, in Nablus, Ramallah, Tulkarem und Jenin. Bis Ende August d.J. wurden 30 Palästinenser in Administrativhaft genommen, Mitte September waren es 69. Einer der Verhafteten wurde ausgewiesen und 14 weitere Deportationen sollen folgen.

Viktoria Waltz und Cornelia Suhan (Fotos) erlebten die neue Repressionswelle vor Ort, in Beit Sahour, nahe Jerusalem. Sie sprachen mit Betroffenen und verfaßten einen Situationsbericht.

Im August d.J. wurden die Nächte in Beit Sahour, einer Kleinstadt im Süden Israels mit etwa 10.000 Einwohnern, zu Schreckensnächten. Das israelische Militär verhaftet, willkürlich und stets nach Einbruch der Dunkelheit, die Söhne und Ehemänner der dort lebenden palästi-

nensischen Familien.

Ende Juli d.J. haben die israelischen Militärbehörden den Bewohnern von Beit Sahour ein Verbot auferlegt, das Land zu verlassen wie es zur Zeit auch für den Bezirk Nablus gilt. Seitdem rollt die Verhaftungswelle.

Sitzstreik in der Kirchen von Beit Sahour



Die nächtlichen Verhaftungen laufen alle im gleichen Stil ab. Herannahende Motorengeräusche – mindestens drei LKWs, voll mit bis an die Zähne bewaffneten Soldaten, Umstellen der Häuser, grelle Scheinwerfer, lautes Klopfen an der betreffenden Haustür.

Dann geht alles sehr schnell. Es wird gesagt, wer mitgenommen wird. Ohne Grund und ohne Haftbefehl. Sich zu wehren ist unmöglich. Unter den Verhafteten befinden sich Kinder von 14-15 Jahren, insgesamt sind es durchweg junge Menschen.

Ein System ist hinter diesen Verhaftungen kaum zu erkennen. Warum und wie so diese Palästinenser verhaftet werden, ist schwer zu erfahren, denn den Angehörigen wird nichts bekanntgegeben.

Die Militärverwaltung behauptet, die Verhafteten seien Mitglieder der Volksfront zur Befreiung Palästinas (PLFP) und hätten Anschläge auf israelische Militärfahrzeuge verübt – mit Steinen und Molotow-Cocktails.

Die Familien bestreiten dies. Einige unter ihnen, längst nicht alle, sind in den palästinensischen demokratischen Organisationen aktiv, z.B. in Jugendclubs, Frauenkomitees oder in der Arbeiterunion, sind Gewerkschafter oder Studentenvertreter. Auf jeden Fall: Sie sind Palästinenser und bekennen sich dazu. Genau das ist es, was sie ständig in die Gefahr bringt, verhaftet zu werden.

Inzwischen haben die Anwälte der Familien die Punkte der Anklage erfahren:

- das Lesen von durch die israelischen Militärbehörden verbotenen Büchern (Bücher aus dem Geschichts- oder Geographiebereich, die den Namen Palästina erwähnen);
- der Verdacht, Molotow-Cocktails gebastelt oder geworfen zu haben;
- die Zugehörigkeit zu einer politischen Organisation, wie z.B. der PFLP oder zu einer anderen Organisation in der palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO);
- das Treffen in dem örtlichen „orthodoxen Jugendclub“ (in Beit Sahour leben vorwiegend christliche Palästinenser).

Haftgrund entfällt

Unter den Verhafteten sind auch drei, gegen die keine Anklage erhoben wurde und die bei der Verhaftung mitgeteilt bekamen, daß sie unter die Militärverordnung Nr. 378/1978 fallen würden.

Das bedeutet Militärgefängnis für mindestens 6 Monate – ohne Begründung, ohne Urteil, ohne Kontakt nach draußen und mit der gleichfalls unbegründeten Möglichkeit einer weiteren sechsmonatigen Verlängerung. Diese Art der Verhaf-

Aussagen betroffener Familien

tung wird vorwiegend für diejenigen angewandt, denen man aktive Tätigkeit in der PLO vorwirft. Denn es ist verboten, der einzigen und von der UNO anerkannten legitimen Vertretung des palästinensischen Volkes anzugehören oder für die PLO zu arbeiten.

Bis Ende August d.J. waren es etwa 30 Personen, die in den besetzten Gebieten nach dieser Verordnung verhaftet wurden, und es scheinen täglich mehr zu werden. Dies geschieht gemäß der verstärkt propagierten Politik der „Eisernen Faust“, wie es die israelische Regierung nennt.

Sitzstreik in der Kirche

Als Reaktion auf die Verhaftungen und den Terror der vergangenen Wochen haben die Frauen der betroffenen Familien einen Sitzstreik in der Kirche von Beit Sahour durchgeführt.

5 Tage lang haben sie gefastet und gebetet, um einerseits zu ihren Kindern vorgehalten zu werden und andererseits für die Einhaltung der Menschenrechte gegenüber den Gefangenen zu demonstrieren.

Am Donnerstag, dem 27. August d.J., beendeten die Frauen den Streik, da sie bis auf drei Familien die Genehmigung bekommen hatten, ihre Angehörigen zu besuchen. Sie erhielten einen Zettel mit dem Namen ihres Kindes oder ihres Mannes und die Zeit: 28. August 1985, 14-16.00 Uhr. Sonst nichts und auf hebräisch, so daß die Frauen gezwungen waren, einen Dolmetscher zu fragen. 7 Minuten für jeden im Jerusalemer Polizeigefängnis, der sog. Mosquobiye.

Keine Besuchsgenehmigung bekommen zu haben bedeutet vielleicht, daß die Verhafteten geschlagen worden sind. Das heißt: weiteres Bangen und weitere Angst.

Am Besuchstag sammeln sich die betroffenen Familien vor dem Gefängnis und – warten. Sie haben Taschen voll Lebensmitteln und Kleidung mitgebracht. Trotz Besuchsgenehmigung ist es nicht garantiert, ob die Familien ihre Verwandten wirklich sehen können und wann es losgeht.

Plötzlich verwandelt sich die Szene, der geduldigen Ruhe weichen Hektik und Aufregung. Ein kleiner, untersetzter israelischer Polizeioffizier kommt aus dem Haupteingang auf die Menge zu.

Seine Gesten sind abfällig, sein Gehabe arrogant. Einige Zettel in der Hand haltend, ruft er die Namen der ersten drei Familien, die Einlaß bekommen sollen. „Bas arba!“ schreit er immer wieder: „Nur vier!“ sollen jeweils mitgehen dürfen.

Eine Mutter ruft den Namen ihres jüngsten – kann sie ihn sehen? Der Offi-

1. Familie Shoumari

Verhaftete: Gibrail, 25 Jahre
Bassam, 20 Jahre

Die Mutter ist völlig verweint, die Großmutter kommt laut klagend hinzu. „Habibi Gibrail“ ruft sie einige Male, und die Tränen laufen ihr über das Gesicht. Ihr Mann, über 90, schluchzt, eine traurige Szene; die Familie ist verzweifelt.

Gibraïl ist gestern verhaftet worden, wir hatten mit ihm noch telefonisch einen Termin im Bethlehem Pressebüro, wo er neben seinem Studium nachmittags arbeitet, vereinbart.

„Er ist Student der Universität Bethlehem und sehr beliebt. Für 1984/85 ist er gewählter Vorsitzender der Studentenvertretung und vertritt damit immerhin 1.500 Studenten. Allerdings wollte Gibraïl im kommenden Semester aufhören, weil er mit dem Psychologiestudium fertig ist und sein Examen machen wollte. Er wurde bereits 25 mal verhaftet, sogar für 2 bzw. 1 1/2 Jahre. Gibraïl studiert und arbeitet, um uns alle zu ernähren.“

Bassam, sein Bruder, ist schon vor 22 Tagen verhaftet worden – heute hätten wir ihn besuchen sollen, aber er ist nicht im Gefängnis gewesen – die Militärs haben mich wieder retour geschickt“, weinend unterbricht die Mutter.

„Von Gibraïl haben wir überhaupt keine Nachricht. Soldaten umstellten unser Haus – Gibraïl wollte ihren Haftbefehl oder ihre Identitätskarte sehen, denn er weiß Bescheid. Mein Sohn hat immer vielen geholfen und sich nie einschüchtern lassen. Aber die Soldaten hatten ein Papier, daß er ohne besondere Begründung verhaftet wird, für 6 Monate! Noch 3 Monate und Gibraïl hätte sein Diplom gehabt, er hat sich sehr angestrengt, aber zu oft wurde die Uni geschlossen.“

Der Großvater erzählt: „Gibraïl ist der einzige, der uns hilft. Wir sind zu neun, der Vater ist seit 20 Jahren krank, ebenso die Zwillinge und noch zwei Kleinere, der Große studiert im Ausland und braucht Geld. Wie sollen wir nur überleben?“

Die Mutter zeigt eine Verletzung am Bein. „Als die Soldaten an die Tür schlugen, habe ich mich so erschrocken, daß ich aufgesprungen und hingestürzt bin. Gibraïl hat mir noch seinen Studentenausweis geben können, dann haben die Militärs ihm Zeit zum Anziehen gegeben, seitdem ist er weg.“

Sie holt eine Tüte, in der sie ein Unterhemd und ein Hemd aufbewahrt hat. Das Unterhemd ist voller Blutflecken. Diese Sachen hat die Mutter von den Soldaten bekommen – von ihrem zuerst verhafteten Sohn. Er wurde auf den Kopf geschlagen. „Daß ich ihn heute nicht sehen konnte, ist ein schlechtes Zeichen.“

Die Familie stammt aus Beit Sahour. „Aber wir sind arm, weil mein Mann schon lange nicht mehr arbeiten kann.“

Sie haben zusammen nur zwei Zimmer. Wir sitzen in Gibraïls, das gleichzeitig das Wohnzimmer ist, und bekommen die Bilder an der Wand erklärt: Che Guevara, ein Bild vom Gefängnis und das Bild einer Studentin, die in der Bethlehem Universität bei einem militärischen Überfall aus Angst aus einem Fenster sprang und starb, weil die Soldaten ihr Hilfe verweigerten, die Abitur-Zeugnisse der drei großen Söhne sowie ein Wappen als Auszeichnung für kulturelle Aktivitäten.

2. Familie Qumsiye

Verhafteter: Jereis, 35 Jahre

Seine Schwester, die extra aus Amman angereist ist, berichtet verzweifelt.

„Sie haben ihn verhaftet, obwohl er die einzige Stütze der Familie ist. Jereis hat überhaupt nichts getan, er arbeitet von früh um 4.00 bis abends um 10.00 h. Tagtäglich fährt er nach Israel für seinen Fliesenlegerjob. Er hat gar nicht die Zeit, um irgendetwas zu machen.“

Und was wird ihm vorgeworfen? Er hätte sich mal vor 1980 in das Kirchenbuch eingetragen, daher hätten sie seinen Namen. Lächerlich!

Sie ruinieren die ganze Familie, schauen Sie sich unseren Vater an! Er ist 81, zwei Brüder sind Krüppel. Eine Schwester und ein 13-jähriges Kind – alle werden von Jereis ernährt. Wie sollen wir denn weiterleben – wenn er nicht da ist?“ „Sie“ wissen das genau!

3. Familie Abu Farhia

Verhafteter: Ramon, 26 Jahre

Wir sind bei den Nachbarn. Bei ihnen sind die Soldaten wie wild herumgelaufen und haben alles durchsucht, kaputtgemacht und unsinniges Zeug veranstaltet. Die Frau berichtet, gefaßt. Die Familie ist vollzählig versammelt, um die Frau so gut wie möglich zu unterstützen.

„Mein Mann Ramon wurde ohne Grund verhaftet. Die Soldaten umstellten das Haus und haben alles durchsucht. Ohne ein Wort zu verlieren, was sie überhaupt suchten. Ich wollte in mein Zimmer und mich anziehen – zu dritt kamen sie sofort hinter mir her, rissen die Betten weg, zerfetzen das Diplom meines Mannes, warfen die Sachen durcheinander.“

Mein Mann wurde bereits viermal verhaftet, manchmal sogar von der Arbeit weg, immer so für 18 Tage. Ramon ist aktiver Gewerkschafter in der Oliven-Holz-Arbeiter-Vereinigung. Ich habe den Eindruck, daß alle irgendwie Aktiven festgenommen werden sollten – um alle einzuschüchtern.“

Die Frau ist die Schwester des 23-jährigen Bassam Rishmawi, der 1981 auf mysteriöse Weise verschwand. Nachdem er seine Verlobte besucht hatte, wurde er einige Tage später bei Jerusalem mit starken Verletzungen tot aufgefunden. Bassam ist offenbar von Israelis ermordet worden; der Fall wurde offiziell aber nie aufgedeckt und von den Militärs vertuscht.

Seitdem hat die gesamte Familie Probleme.





Besucherschlange vor dem Jerusalemer Polizeigefängnis

zier schreit sie an: „Heute nicht, die Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen!“ Die arme Frau sinkt schluchzend zusammen – sie hatte doch auch für ihren Jüngsten eine Besucherlaubnis!

Das Warten geht weiter und das Einlaßritual wiederholt und wiederholt sich, bis 16.00 Uhr, dann ist alles vorbei. Jedes Mal, sobald eine Familie zurückkehrt, sammeln sich die Wartenden um sie. „Welche Nachrichten gibt es? Hat er meinen Sohn gesehen? Ist Sadi gesund?“

Und die verhafteten Kinder haben wirklich alles, was sie in Erfahrung gebracht hatten, weitergegeben. „Jousef, der Herzranke, hat endlich Medikamente gekriegt.“

Besuchstag – nicht für alle

Ismail, dessen Hand gebrochen war, und den die Soldaten unter der Androhung, seinen kleinen Bruder zu inhaftieren, für die Verhaftung aus dem Hospital holen mußten, liegt jetzt im Militärkrankenhaus. Der ist mit dem in einer Zelle, jenem geht es, den Umständen entsprechend, gut.“

Befreites Aufatmen, vielfach Lächeln. Man ist froh, die inhaftierten Brüder, Söhne, Verlobten und Ehemänner lebend wiedergesehen zu haben. Bei der Hälfte der anwesenden Familien haben die Militärbehörden zwei Angehörige verhaftet und nach der Menge der Menschen am Eingang für minderjährige Gefangene zu urteilen, müssen diese mehr als 1/3 ausmachen.

Wir fragen uns, wie es überhaupt zu ertragen ist, wie man noch geduldig sein kann

unter diesen Umständen. Diejenigen, die wir fragen, geben als Antwort: „Wir sind Palästinenser. Es ist unser Verbrechen, wir bleiben auf Wanderschaft. Jeder muß hier bereit sein, täglich sein Päckchen zu schnüren. Die Zionisten haben uns 1948 aus unseren Dörfern vertrieben. Sie haben uns 1967 erneut vertrieben und unser Land besetzt, sie lassen uns keine Ruhe. Jetzt wandern wir von Gefängnis zu Gefängnis. Vertriebene zu sein, das ist bisher unser Schicksal gewesen. Aber eines Tages werden wir frei sein und unseren Staat und unsere Regierung haben. Ein ganzes Volk kann nicht vernichtet werden, wir sind da und wir werden bleiben.“

Der Terror soll entmutigen

Was in Beit Sahour in den vergangenen Tagen und Wochen geschah, ist nicht die Ausnahme und keine besondere Maßnahme. Der Terror der Israelis in den besetzten Gebieten ist alltäglich und er ist willkürlich.

Er soll Schrecken verbreiten, die Angst schüren, die Menschen erniedrigen und sie entmutigen. Dieses Mal war es Beit Sahour, davor Hebron, morgen vielleicht in Beit Hanina oder in Gaza.

Simultan zu den Verhaftungen in Beit Sahour herrschte in den Städten Jenin und Tulkarem Ausgangssperre, weil zwei israelische Besatzer, ein Geheimdienstmann und ein Arbeitshändler, getötet worden waren. Und in Qalqiya und in Khan Yunis wurde gleichfalls die Ausgangssperre verhängt, obwohl dort israelische Soldaten getötet hatten, ein 16jähriges Mädchen und einen jungen Palästinenser.

Gleichzeitig wurden drei bekannte Palästinenser gegen ihren Willen deportiert, das bedeutet die Trennung von der Familie und keine Erlaubnis, zurückzukehren. Warum schreiben wir dies, was interessiert uns das überhaupt – wir sagen ja selbst, der Terror ist alltäglich, den gibt es schließlich in der ganzen Welt, dort, wo die Unterdrückung herrscht.

Nein, Israel versucht gerade bei uns, den Schein von Gerechtigkeit und der Notwendigkeit seiner Politik zu verbreiten. Aber der israelische Staat besetzt diese Gebiete seit 1967 illegal, UNO und EG fordern den Abzug Israels und erkennen die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes an.

Israel verletzt beständig internationales Recht, indem es beispielsweise in den 1967er Gebieten Siedlungen, Straßen, Parks und alle möglichen Einrichtungen baut oder bauen läßt. Mit solchen „Fakten“, die durch eine unrechtmäßige Enteignung von 50% des palästinensischen Bodens erzwungen wurden, will der Staat Israel sich selbst eine Begründung

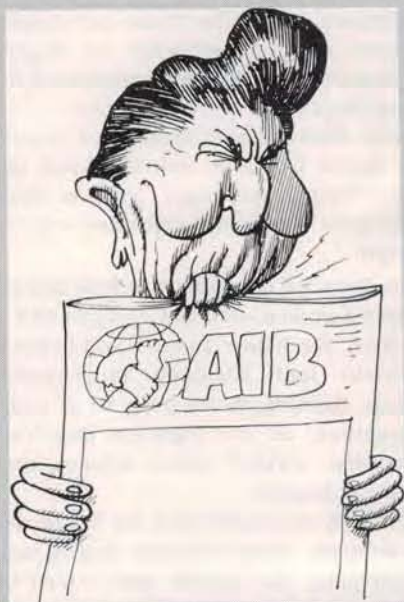
für die etwaige Annexion der Gebiete schaffen.

Und dieses Unrecht gegenüber den Palästinensern in der Westbank sowie im Gazastreifen betrifft uns, denn die Ereignisse in Deutschland haben zu der heutigen Situation mit beigetragen. Zwar plante die zionistische Bewegung die koloniale Eroberung Palästinas bereits seit ihrem ersten internationalen Kongreß 1897 in Basel und kalkulierte dabei Terror und Krieg gegenüber der einheimischen Bevölkerung ein.

Aber der Terror des deutschen Faschismus in Europa erlaubte der zionistischen Bewegung, die volle Sympathie der Mehrheit der in der UNO vertretenen Staaten für die Bildung eines israelischen Staates zu erhalten. Dies geschah, obgleich bekannt war, daß dieses Unternehmen von Anfang an gegen die Mandatsbestimmungen (der Kolonialmacht Großbritannien; d. Red.) und damit gegen die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes gerichtet war und gerichtet bleiben würde.

Das sollte gerade auch bei uns klar werden. Es wird im Nahen Osten solange keinen Frieden geben können, wie die Rechte der Palästinenser nicht verwirklicht worden sind. Wer den Frieden in der Welt will, der muß sich auch für diese Rechte einsetzen: das Recht auf die Bildung eines unabhängigen demokratischen palästinensischen Staates.

Jetzt abonnieren!



Sie sparen 8 DM, wenn Sie bis zum 31.12.1985 das AIB abonnieren. Sie erhalten das AIB noch 12 Monate lang zum alten Preis von 25 DM. Ab dem 1.1.1986 gilt für Neuabonnenten bereits der erhöhte Abonnementpreis von 29 DM (zzgl. 4 DM Porto).

Wer einen Neuabonnenten wirbt, erhält weiterhin unsere Buchprämie. Benutzen Sie bitte die Bestellkarte in der Heftmitte!

Sie sparen 8 DM

Nima Mina

Die Ausschaltung der Ölinself Kharg

Seit dem 15. August d.J. führte die irakische Luftwaffe mehrere Angriffe auf die iranische Ölverladeinsel Kharg. Dabei wurden die Förderungseinrichtungen dieses weltgrößten Öl-Terminals, über das die Islamische Republik 85% ihrer gesamten Ölexporte tätigt, beschädigt. Nach 16 Angriffen auf das T-Pier des Ost-Terminals und auf den West-Terminal („die Meeresinsel“) wurde die Verladeaktivität der Insel zunächst für 2 Wochen eingestellt. Anfang September d.J. hatte die Kharg-Fördermenge 1,5 Mio Barrel täglich erreicht. Nach Berichten des Wall Street Journal wurde ab Ende September d.J. der iranische Ölexport über das Terminal von Lawan abgewickelt.

Lawan ist eine Insel, die 140 km von der Meeresenge von Hormuz entfernt liegt und sich damit außerhalb der Reichweite der irakischen Luftwaffe befindet. Das Lawaner Terminal hat jedoch nur eine Verladekapazität von maximal 250.000 Barrel pro Tag.

Da der Ölexport ca. 95% der Devisen des Iran erbringt, wird die Ausfuhrminderung verheerende Folgen für das iranische Regime haben. Damit könnte die seit Herbst 1983 wiederholte Drohung des irakischen Regimes, durch die Angriffe auf Kharg, „der Islamischen Republik die Schlagader durchzuschneiden“, der Realität nahegekommen sein. Eine Wende in dem seit nunmehr 5 Jahren dauernden Golfkrieg ist damit in den Bereich des Möglichen gerückt.

Bereits jetzt ist die wirtschaftliche Lage des Iran als äußerst schwierig zu betrachten. Die Inflationsrate beträgt 40%, die Arbeitslosenzahl über 5 Mio, die landwirtschaftliche und industrielle Produktion gehen zurück und der Staatshaushalt weist ein Defizit von 50% aus. Die Knappheit an Nahrungsmitteln und anderen Konsumgütern hat zum Entstehen eines umfangreichen Schwarzmarktes geführt. Die Devisenreserven sind nach Angaben der britischen National Westminster Bank auf eine halbe Mrd Dollar geschrumpft gegenüber 14 Mrd Dollar im Jahr 1979.

Die Kriegskosten betragen monatlich zwischen 300 und 500 Mio Dollar. Die

finanziellen Möglichkeiten des Iran werden zudem dadurch geschmälert, daß die meisten Waffen zu überhöhten Preisen auf dem internationalen Schwarzmarkt gekauft werden müssen.

Das Sinken des Ölpreises auf dem Weltmarkt und großzügige Ermäßigungen von 2-3 Dollar pro Barrel, die der Iran Kunden gewährte, die trotz der irakischen Angriffe auf Schiffe im Persischen Golf ihre Tanker Kharg anlaufen ließen, führten bereits vor den Bombardierungen der Insel zu einem Rückgang der Deviseneinnahmen durch den Ölexport. Die jetzigen Angriffe auf Kharg bringen die Wirtschaft somit an den Rand der Belastbarkeit.

Der Kriegsgegner Irak konnte demgegenüber sowohl sein militärisches als auch sein wirtschaftliches Potential ausbauen. Mitte September d.J. wurde bekannt, daß das Saddam-Hussein-Regime einen Vertrag mit dem US-Rüstungskonzern Bell abgeschlossen hat, der die Lieferung von 214 Hubschraubern vorsieht. Etwa zum gleichen Zeitpunkt wurde ein Abkommen mit Frankreich geschlossen, das die Lieferung von 24 Kampfflugzeugen des Typs Mirage F-1 an Irak innerhalb von 18 Monaten vorsieht.

Der Irak ist mittlerweile in der Lage, seine Erdölexporte erheblich zu steigern. Einem Bericht der in Zypern erscheinenden Middle East Economic Review zufolge hat der Irak am 1. Oktober d.J. eine Pipeline durch das Territorium Saudi Arabiens nach Janbu am Roten Meer in Betrieb genommen. Durch diese Pipeline sollen – nach anfangs täglich 200.000 Barrel – ab November 1985 dann

Zerstörte iranische Ölanlage bei Kharg



500.000 Barrel Öl von Feldern im Süden des Landes nach Janbu fließen. Der irakische Öllexport war durch den Ausbruch des Golfkrieges und die iranischen Angriffe auf die Verladehäfen im Persischen Golf gedrosselt worden. Die syrische Regierung, die für den Iran Partei ergriffen hatte, hatte außerdem die irakischen Pipelines durch das syrische Territorium blockiert.

Jahrelang konnte somit der Irak sein Rohöl nur teilweise über Kuwait und 900.000 Barrel durch eine Pipeline von Kirkuk im Nordwesten des Landes nach Yumurtalik in der Türkei exportieren. Weiter heißt es in der Middle East Economic Review, der Irak habe seit Anfang September d.J. zwei eigene und einen von Norwegen gemieteten Tanker im Hafen von Janbu liegen, die das Rohöl weitertransportierten.

Durch die Inbetriebnahme der neuen Pipeline durch Saudi Arabien und einer neuen zweiten durch das Territorium der Türkei, wird der Irak die von der OPEC vorgeschriebene Exportmenge übertreffen.

USA drohen mit Eingreifen

Bei einer Teheraner Veranstaltung zum 5. Jahrestag des Ausbruchs des Golfkrieges am 22. September 1985 drohte Irans Staatspräsident Seyyed Ali Khamenei, falls die irakischen Luftangriffe auf Kharg nicht schnellstens gestoppt würden, würde die Islamische Republik die seit 1983 wiederholte Drohung, die Meeresenge von Hormuz zu blockieren, wahrnehmen. Durch die 80 km breite und durchschnittlich 100 m tiefe Meeresenge von Hormuz transportieren täglich 50 Tanker insgesamt 8 Mio Barrel Öl.

Diverse Untersuchungen der Möglichkeiten der iranischen Streitkräfte haben ergeben, daß die Islamische Republik technisch nicht in der Lage ist, die Meeresenge dauerhaft zu blockieren. Nachdem Khamenei die „Drohung“ ausgesprochen hatte, berichteten Nachrichtenagenturen von einer Stellungnahme des Weißen Hauses: In seiner wöchentlichen Rundfunkansprache erklärte US-Präsident Reagan, die USA würden „um jeden Preis und mit allen Mitteln eine Blockade der Meeresenge verhindern...“.

In diesem Zusammenhang erhärtete der Nahostexperte und Präsidentenberater William Quant, jede Sabotage im System der Ölförderung aus dem Persischen Golf werde den unverzüglichen Eingriff der US-Streitkräfte vor Ort auslösen.

Nach Aussagen des Oberbefehlshabers der iranischen Marine Mohammad Hossein Ghahreman-Malaksadegan hat Iran seit Anfang September d.J. etwa 50 Tanker und Handelsschiffe in internationa-

Schwerpunktthema:

Medien und Dritte Welt



Nr. 128 · September 1985

Medien in der Dritten Welt

Medien und Entwicklung

Bundesdeutsche Medienhilfe

Exporte von deutschen TV-Verschnitten
in die Dritte Welt

Der Buchmarkt im frankophonen
Schwarzafrrika

Publikationswesen im afghanischen
Widerstand

Alte und Neue Medien in Brasilien
Elektronische Medien in Indonesien

Nachrichten und Berichte zu:

Iran-Irak, Honduras, Chile, Tanzania

Einzelpreis DM 5,-; Jahresabo: DM 40,-
(DM 30,- für einkommensschwache
Gruppen) bei 8 Ausgaben im Jahr.
Informationszentrum Dritte Welt,
Postfach 5328, 7800 Freiburg



**Adressenänderungen
bitte rechtzeitig
bekanntgeben!**

len Gewässern – im Golf und vor der Straße von Hormuz – angehalten und ihre Ladung überprüft.

Mitte September wurden zwei kuweitische Schiffe von der iranischen Marine angehalten und gezwungen, auf den iranischen Hafen Bandar Abbas Kurs zu nehmen. Ihre Ladungen seien für den Irak bestimmt und wären deswegen beschlagnahmt worden, erklärte IRNA, die Nachrichtenagentur des Iran.

Offizielle Stellen Kuweits bezeichneten diesen Vorfall als einen Akt der Piraterie und forderten alle Golfanrainerstaaten zum Zusammenschluß gegen den „iranischen Expansionismus“ auf. Saudi Arabien – so die offizielle kuweitische Position – solle die USA um militärische Hilfe für die Verteidigung der Sicherheit des Persischen Golfes zum Eingriff auffordern...

Gemeinsam gegen die Sowjetunion?

Die saudische Regierung erklärte zum selben Zeitpunkt ihre Bereitschaft, ihre sämtlichen Militärstützpunkte – der Marine, Infanterie und der Luftwaffe – den USA zur Verfügung zu stellen. Nach Berichten der New York Times hat Saudi Arabien die USA um militärische Unterstützung, konkret gegen die Provokationen des Iran gebeten.

Scheinbar in Erwiderung auf dieselben Berichte schrieb die einheitlich vom Ministerium für Islamische Führung und von Regierungsstellen der Islamischen Republik angeleitete Teheraner Presse, die Hilfesuche Saudi Arabiens sei gegen die Gefahr einer sowjetischen Intervention in der Golfregion gerichtet.

Die offiziellen Presseberichte in Teheran waren so akzentuiert, daß in diplomatischer Sprache auf die Gemeinsamkeit der Islamischen Republik und der USA in Fragen der Sowjetunion hingewiesen wurde. Im offiziellen Sprachgebrauch der Islamischen Republik wird die irakische Armee oft als „links“ und das Baghdader Baath-Regime als „Handlanger der Sowjetunion“ bezeichnet.

Mit Gewaltandrohung gegen die Golfanrainerstaaten und mit dem Hinweis auf die gemeinsamen Interessen gegen den „Weltdünkel des Kommunismus“ versucht die Islamische Republik die USA davon abzuhalten, für das Bagdader Regime Partei zu ergreifen. Parlamentsvorsitzender Rafsandschani erklärte einmal, nach dem Sturz des irakischen Staatsoberhauptes Saddam Hussein durch iranische Streitkräfte sei die Lösung der Afghanistanfrage an der Reihe. Die gegenwärtigen militärischen Auseinandersetzungen an der iranisch-afghanischen Grenze lassen ahnen, mit welchen Mitteln das Khomeini-Regime die Afghanistanfrage „lösen“ will...

Die Golfanrainerstaaten hielten im Rahmen ihres Golfkooperationsrates im Oktober d.J. ein Manöver ab. An dem Manöver werden die Infanterie, die Luftwaffe und die Marine-Streitkräfte von Saudi Arabien, Kuwait, Oman, Katar, Bahrain und den Vereinigten Arabischen Emiraten teilnehmen.

Die horizontale Erweiterung und Internationalisierung des Golfkrieges ist nach ihren eigenen Aussagen schon immer das Ziel der irakischen Machthaber gewesen. Dementsprechend hatte die irakische Luftwaffe im März 1984 die Beschießung von – bisher 150 – Tankern und Handelsschiffen im Persischen Golf begonnen.

Parallel dazu nahm sie im März 1984, im März und im September d.J. zivile Objekte im Iran (Abadan) unter Raketen- und Bombenbeschuß, um die Bevölkerung zur Revolte gegen das Khomeini-Regime zu bringen. Der Iran hatte darauf verzweifelt reagiert und – wie zuletzt im September d.J. im Falle von Soleimanieh – zivile Ziele angegriffen.

In den letzten Monaten ist die militärische und diplomatische Initiative im Golfkrieg immer nur in den Händen des Irak gewesen. Die neuerlichen Vorstöße des Irak im Nordabschnitt der 1.000 km langen Front – in der Region von Hadj Omran – forderten auf beiden Seiten 4.000 Todesopfer und konnten – wie abzusehen war – den ungerechten und sinnlosen Stellungskrieg auch nicht aus der Sackgasse herausführen.

Eskalation nicht auszuschließen

Im März 1985 wurden die Mission des UN-Generalsekretärs Perez de Cuellar und seine Vermittlungsbemühung im Golfkrieg vom Iran abgeblockt. Seinem Plan entsprechend sollen die Angriffe auf zivile Objekte in beiden Ländern sofort gestoppt werden. Dem Angriffsstopp auf zivile Ziele soll eine Beendigung der Raketenangriffe auf Schiffe im Persischen Golf folgen und ein Waffenstillstand entlang der gesamten Frontlinie eintreten. Schließlich sollen die Truppen beider Länder sich hinter die international anerkannten Grenzen, der Demarkationslinie entlang dem Schatt el Arab, zurückziehen.

Ohne Einmischung anderer Länder und ohne Einmischung der beiden Regierungen in die inneren Angelegenheiten des jeweils anderen Landes könnte dann unter Aufsicht von internationalen Organisationen über alle Fragen verhandelt werden. Dieser Lösungsvorschlag ist jedoch nur dann zu verwirklichen, wenn das iranische Regime auf seine Maximalforderungen nach Sturz und Bestrafung Saddam Husseins und nach Schadenersatz für alle Kriegsschäden verzichtet.

Nyandi Boukari Vor einem Schuldnerstreik?



Die jährliche Tagung von Weltbank und Internationalem Währungsfonds (IMF), die vom 8.-11. Oktober 1985 in der südkoreanischen Hauptstadt Seoul stattfand, stand vollends im Zeichen der Verschuldungskrise der Staaten der Dritten Welt.

Noch ein Jahr vorher hatten die Finanzminister und Bankiers geglaubt, daß mit den vom IMF verordneten Austeritätsrezepten ein Ausweg möglich sei.

„Vor allem Mexiko galt bis vor kurzem als Beispiel dafür, wie das Schuldenproblem zu meistern sei“, schrieb J. Jürgen Jeske in der Frankfurter Allgemeinen (2.10.1985). „Doch das 'Musterland' Mexiko ist unversehens in neue Schwierigkeiten geraten, die durch die Erdbebenkatastrophe noch verschärft worden sind.“

Dabei ist Mexiko kein Einzelbeispiel. Die Gesamtverschuldung der Dritten Welt wird bis Ende d.J. 1.000 Mrd Dollar überschreiten. 1984 entfielen allein auf die lateinamerikanischen Länder 360 Mrd Dollar. Sie sind am härtesten betroffen, da der Großteil der Kredite bei Privatbanken geliehen ist, womit sie härteren Bedingungen und höheren Zinsen unterliegen. 1984 mußten die lateinamerikanischen Staaten 39% ihrer Ex-

porterlöse für den Schuldendienst aufbringen.

Durch das Fallen der Rohstoffpreise und durch die Erhöhung des Anteils der Kredite durch Privatbanken ist auch Afrika in den Sog der Schuldenkrise geraten. Die schwarzafrikanischen Staaten müssen bereits jetzt ca. 50% ihrer Exporterlöse für den Schuldendienst aufbringen. Er wird sich bis 1987 mit 24 Mio Dollar gegenüber 1982 fast vervierfachen.

Um dem Problem Herr zu werden, hatte der tansanische Staatschef Julius Nyerere bereits 1984 eine Konferenz gefordert, bei der die Schuldner gemeinsam mit den Gläubigern verhandeln sollten (siehe Kasten). Dieser Vorschlag, von den Gläubigern abgelehnt, wurde von der Gipfelkonferenz der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) im Juli d.J. in Addis Abeba aufgegriffen.

Angeichts der Bedrohung, die das Schuldenproblem für das gesamte internationale Finanzsystem darstellt, sahen sich Weltbank und IMF gezwungen zu handeln. Auf Vorschlag des US-Finanzministers James Baker sollen die Weltbank in den nächsten 3 Jahren zusätzlich 9 Mrd Dollar und die Privatbanken weitere 20 Mrd Dollar zur Verfügung stellen. Dies kann jedoch nur zwischenzeitlich

eine geringe Entlastung bringen und wird in den nächsten Jahren das Problem nur noch weiter verschärfen.

Die Hauptursachen der jetzigen Krise — das hohe Haushaltsdefizit und die hohen Zinsen in den USA, der hohe Dollarkurs, der Protektionismus der imperialistischen Staaten, die Verschlechterung der Terms of Trade (Verhältnis zwischen Export- und Importpreisen) der Entwicklungsländer — wurden nicht angegangen. Vielmehr wird weiterhin auf Austeritätsprogramme und eine „Politik der offenen Tür“ der Entwicklungsländer gesetzt. Als Resultat dieser Politik konnten zwar die lateinamerikanischen Staaten wieder ein großes Plus im Außenhandel erzielen, jedoch nur durch eine drastische Einschränkung der Importe von 81,8 Mrd Dollar im Jahr 1981 auf 45,1 Mrd Dollar im Jahr 1984.

Der Überschuß von 35,8 Mrd Dollar reichte jedoch nicht einmal aus, den Schuldendienst zu decken. Geringe Investitionen, sinkende Reallöhne und hohe Arbeitslosigkeit sind die Folgen.

Es ist abzusehen, daß die jetzt erzielten Überschüsse durch die nächste zyklische Krise der imperialistischen Staaten wieder aufgefressen werden. In jüngster Zeit sind aufgrund der Konjunkturabschwächung in den USA die Rohstoffpreise erheblich gesunken. Die Exporte der Entwicklungsländer, die 1984 noch um 17% anstiegen, wiesen im ersten Halbjahr 1985 nur noch einen Zuwachs von 1% auf. Damit zeichnet sich eine weitere Verschärfung der Verschuldungsproblematik ab.

Von den Folgen sind nicht nur die Ärmsten in den einzelnen Ländern betroffen, sondern immer stärker auch die Mittelschichten und die einheimische Bourgeoisie. Die Regierenden stoßen zudem auf immer stärkeren Widerstand bei der Verwirklichung der vom IMF geforderten Sparprogramme.

Generalstreiks und spontane Revolten waren bereits in den letzten Jahren an der Tagesordnung (Dominikanische Republik, Panama, Bolivien, Argentinien, Ecuador, Tunesien, Marokko).

Nichts mehr zu verlieren

Die gemeinsame Betroffenheit ist der Hauptgrund dafür, daß die Forderung des kubanischen Staatschefs Fidel Castro, die Schulden nicht zurückzuzahlen, auf eine solch breite Zustimmung stieß (siehe das nachfolgende Interview mit Fidel Castro).

In Havanna fanden in diesem Jahr mehrere gesamtlateinamerikanische Konferenzen statt, die Jugend- und Frauenorganisationen, Journalistenverbände und Gewerkschaften unterschiedlicher politischer Couleur vereinigten. Sie alle wa-

ren sich darin einig, daß die Schulden unbezahlbar sind.

An der bedeutendsten dieser Konferenzen, die vom 30. Juli bis 3. August 1985 in Kuba stattfand, nahmen 1.300 politische Repräsentanten, Geschäftsleute, Minister, ehemalige Präsidenten und Kirchenvertreter aus gesamt Lateinamerika teil. Das Ziel Kubas und der meisten der Beteiligten ist die Bildung einer kontinentalen Front möglichst vieler Organisationen, um die Regierungen zur Bildung eines Schuldnerkartells zu zwingen, das den Rückzahlungsforderungen die Stirn bieten soll.

Im Gewerkschaftsbereich ist der Zusammenschluß bisher am weitesten gediehen. Die Gewerkschaften vereinbarten gemeinsame Forderungen (siehe „Akte von Havanna“ in diesem Heft) und Aktionen sowie weitere Beratungen zu dem Thema. Die breite Zustimmung zur Forderung, die Schulden zu streichen, wird auch durch ähnlich lautende Beschlüsse des Lateinamerikanischen Kirchenrats und des Lateinamerikanischen Parlaments deutlich.

Was die Regierenden in den USA und den anderen westlichen Industriestaaten vor allem erschauern ließ, war nicht nur die Forderung, die Schulden durch eine Senkung der Rüstungshaushalte um 12% zu begleichen, sondern auch die Erkenntnis, daß die Forderungen gerade dadurch an Kraft gewinnen, daß die Entwicklungsländer kaum noch was zu verlieren haben. Die Drohung aus Washington und Bonn, im Falle eines Schuldnerstreiks keine Kredite mehr zu gewähren, geht ins Leere, da der Schuldendienst bereits jetzt die Summe der neuen Kreditzusagen übersteigt.

Bedrohlich für Washington ist zudem, daß im Falle einer Konfrontation in der Schuldenfrage mit Lateinamerika oder mit anderen Staaten, die sich anschließen könnten, es sowohl zu einer wirtschaftlichen als auch politischen Abkoppelung von den USA kommen könnte. Die Kompradorenbourgeoisie in diesen Ländern könnte isoliert werden und das Gewicht der Volksbewegung wachsen. Noch ist es nicht soweit, doch bereits jetzt zeichnet sich bei einigen lateinamerikanischen Regierungen — durch die Verweigerungslosung aus Havanna ermutigt oder unter Druck geraten — eine Radikalisierung in der Schuldenfrage ab.

Der neugewählte peruanische Staatschef Alan Garcia erklärte, sein Land werde nur noch 10% seiner Exporteinnahmen für den Schuldendienst verwenden. Er drohte gar vor der UN-Vollversammlung, aus dem IMF auszutreten, falls dieser nicht die Interessen der Entwicklungsländer berücksichtige und forderte eine Sonderkonferenz der UNO zur Schaffung eines neuen Weltwährungssystems.

Auch Brasilien verweigert sich den Forderungen des IMF. Präsident José Sarney rief, ebenfalls vor der UN-Vollversammlung, zu einer Veränderung der Weltwirtschaftsstrukturen auf. Brasilien werde seine Auslandsschulden weder mit Rezessionen noch mit Arbeitslosigkeit und Hunger bezahlen.

Da die hohe Verschuldung die wirtschaftliche Entwicklung der Länder der Dritten Welt fast unmöglich macht und ihre Ursache in den ungerechten internationalen Wirtschafts- und Finanzbeziehungen hat, erheben die Entwicklungsländer wieder verstärkt die Forderung nach einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung. Die gemeinsame Betroffenheit läßt ein geschlosseneres Vorgehen in dieser Frage möglich erscheinen.

Die Verschuldung könnte sich hier als ein wirksamer Hebel erweisen, die imperialistischen Staaten zu Zugeständnissen zu bewegen, da eine Zahlungsverweigerung das Weltwährungssystem zum Zusammenbruch bringen könnte.

Zum ersten Mal haben auch die Nichtpaktgebundenen auf ihrer Außenministerkonferenz im September d.J. in Luanda die Verschuldung als unerträglich bezeichnet und gefordert, daß die Rückzahlungen einen bestimmten Anteil der Exporterlöse nicht übersteigen dürften.

Entwicklung durch Abrüstung

Wie bereits bei ihrem Gipfeltreffen in Delhi (1983) drängten sie auf globale Verhandlungen über eine Reform des Weltwährungssystems. Sie machten die Gläubiger für die Verschuldungskrise mitverantwortlich, traten ebenso OAU für kollektive Verhandlungen mit den Kreditgebern ein und forderten eine Revision der Kreditbedingungen des IMF. Daß nicht noch weitergehende Forderungen erhoben wurden, ist vor allem auf das Wirken einiger Verbündeter der USA in den Reihen der Nichtpaktgebundenen — allen voran Saudi Arabien — zurückzuführen, die von der Krise noch nicht so stark betroffen sind.

Immer stärker setzt sich jedoch auch gegen den Widerstand dieser Kräfte die Erkenntnis durch, daß Entwicklung nur möglich ist, wenn es zu einer weltweiten Abrüstung kommt. Die Nichtpaktgebundenen unterstützten den Abrüstungsaufwurf der Staatschefs von Argentinien, Indien, Tansania, Griechenland, Schweden und Mexiko vom Mai 1984 und forderten ein Verbot der Militarisierung des Weltraums.

Mit der Forderung, die Schulden mit den Rüstungsmilliarden der Gläubigerstaaten zu bezahlen, steht Kubas Präsident Fidel Castro keineswegs allein.

Fidel Castro

Die Schulden sind unbezahlbar

In einem Interview befragten die beiden US-Amerikaner Prof. Jeffrey M. Elliot und der demokratische Kongreßabgeordnete Mervyn M. Dymally den kubanischen Staatschef Fidel Castro nach den Ursachen und Lösungsvorschlägen der lateinamerikanischen Wirtschafts- und Verschuldungskrise. Wir dokumentieren die Erläuterungen Castros zu seinem Vorschlag, die Schulden der lateinamerikanischen Länder zu streichen.

F. CASTRO: In nur einem Jahr, 1984, transferierte Lateinamerika Geldmittel in Höhe von mehr als 70 Mrd Dollar in die Industrieländer, und zwar Zinsen auf Schulden und Einkommen in Höhe von 37,3 Mrd Dollar sowie 20 Mrd Dollar, die auf verschlechterte Austauschverhältnisse zurückzuführen sind. (...)

Zusätzlich zu den Überweisungen unter diesen beiden Stichworten müssen wir eine eher zu niedrig geschätzte Zahl hinzufügen: 10 Mrd Dollar wurden durch Devisenflucht in die Industrieländer, hauptsächlich in die USA gebracht. Und zuletzt eine ebenfalls sehr vorsichtig geschätzte, weil schwer zu berechnende Summe: 5 Mrd Dollar gehen auf die Überbewertung des Dollars zurück. (...)

System der Beraubung

Die Wirtschaft dieser Länder kann diesen Tatsachen nicht standhalten. Das ist bereits jetzt der Fall. Sie werden sich dieses Problems bewußt, reagieren darauf und eine ernsthafte Krise wird entstehen.

Wir haben erklärt, daß wir kämpfen müssen, um der Wirtschaftskrise und der Verschuldung Herr zu werden. Und wir müssen um die Neue Internationale Wirtschaftsordnung kämpfen, die vor 10 Jahren fast einstimmig von den Vereinten Nationen angenommen wurde. Internationale Zusammenarbeit sollte gefördert, die Wirtschaftssysteme und Entwicklungsmöglichkeiten der schwächeren Länder sollten geschützt werden, um, neben anderen willkürlichen Handlungen in den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den entwickelten und unterentwickelten Ländern, den Problemen ein Ende zu setzen, die ich eben



bar!

erwähnte: die zunehmende Verschlechterung der Austauschverhältnisse und die ungerechten und mißbräuchlichen finanziellen Praktiken wie z.B. künstlich hervorgerufene Zinssteigerungen und die Überbewertung der Währungen der reicheren Länder.

Dazu kommen ebenso abscheuliche und egoistische Handelspraktiken wie das Dumping mit stark subventionierten Waren und protektionistische Maßnahmen durch Zölle und andere Methoden, die fortwährend von der Europäischen Gemeinschaft, den USA und anderen Industrienationen angewendet werden. (...)

All das zusammen stellt ein System privilegiert wirtschaftlicher Beziehungen für die Industrieländer dar, die in der Tat nicht sehr von der Idee begeistert sind, diese Privilegien aufzugeben. Die Länder der Dritten Welt – für Jahrhunderte Kolonien, Lieferanten exotischer Waren, von Rohstoffen und billigem Brennstoff – sind für ihre wirtschaftliche Unterentwicklung nicht verantwortlich zu

machen. (...)

Das Bruttosozialprodukt der lateinamerikanischen Länder insgesamt ist gesunken. Der Abstand, der sie von den Industrieländern trennt, wird immer größer. Dies ist ein verhängnisvoller und anhaltender Trend, der umgekehrt werden muß.

FRAGE: Herr Präsident, wie reagieren Sie auf die häufig wiederholte Anschuldigung, die betroffenen lateinamerikanischen Länder hätten die moralische Verpflichtung, ihre Schulden zurückzuzahlen, da das Geld ihnen guten Glaubens geliehen worden und die Nichtzurückzahlung ihrer Schulden ein klares Zeichen von Vertrauensbruch sei?

F. CASTRO: Sie sagen, diese Länder hätten eine moralische Verpflichtung. Wenn Sie von Nationen sprechen, sprechen Sie vom Volk: den Arbeitern, Bauern, Studenten, der Mittelklasse – Ärzten, Ingenieuren, Lehrern, anderen Fachleuten und weiteren gesellschaftlichen Gruppen. Was hat das Volk von den 360 Mrd Dollar gehabt, die für Waffen ausgegeben, bei US-Banken angelegt, verschwendet oder unterschlagen wurden? Was hatte das Volk von der Überbewertung des Dollars oder den Zinserhöhungen? Es erhielt absolut nichts.

Und wer soll die Schulden bezahlen? Es ist das Volk. Die Arbeiter, die Fachkräfte und die Bauern, jedermann muß sich mit gekürzten Löhnen, gekürztem Einkommen arrangieren und große Opfer bringen.

Wo ist die Moral bei der Aufzwingung von Maßnahmen, die in einem Blutbad enden und dazu dienen, das Volk zu zwingen, die Schulden zu bezahlen, so

wie es in der Dominikanischen Republik der Fall war (im April 1984; siehe AIB 6/1984, S. 47; d. Red.). Dort führten die Maßnahmen des Internationalen Währungsfonds (IMF) dazu, daß Dutzende von Menschen getötet und Hunderte bei Schießereien verletzt wurden.

Das Volk muß protestieren, weil es dazu gezwungen wird, Schulden zu bezahlen, die es nicht gemacht hat und die ihm praktisch keinen Nutzen gebracht haben.

Deshalb sagen wir, daß die Rückzahlung dieser Schulden eine wirtschaftliche, eine politische Unmöglichkeit ist.

Man wird die Bevölkerung förmlich umbringen müssen, um sie dazu zu zwingen, die zur Bezahlung der Schulden geforderten Opfer zu bringen. Jeder demokratische Prozeß, der versucht, diese Einschränkungen und Opfer gewaltsam aufzuzwingen, wird zerstört werden. Aus den von mir genannten Gründen ist es schließlich auch eine moralische Unmöglichkeit, die Schuld zu bezahlen.

Deshalb glaube ich, daß die Aufkündigung der Schulden viel moralischer ist. Dadurch würde Milliarden von Menschen geholfen. Ich spreche nicht nur von den Schulden Lateinamerikas; ich spreche auch von den Schulden Afrikas und Asiens, die das Leben von mehr als 70% der Menschheit betreffen. Es ist moralischer, als das Geld für Waffen zu verwenden: chemische Waffen, Atomwaffen, biologische Waffen, Flugzeugträger, Kriegsschiffe, strategische Raketen und Sternenkriegs-Programme.

Was wirklich unmoralisch, wirklich ein Vertrauensbruch, praktisch ein Verrat an der Menschheit ist, ist die Völker dazu zu zwingen, zu hungern, in Armut zu leben, unter den schlimmsten materiellen und kulturellen Umständen, ohne ausreichende Schulbildung und Gesundheitsfürsorge zu leben, um 1 Bio Dollar pro Jahr für Waffen und militärische Aktivitäten ausgeben zu können. So groß ist die Summe, die dafür verwendet wird, um die Ausgangsbedingungen für eine Katastrophe, für den Tod von Hunderten von Millionen Menschen und vielleicht sogar für die Auslöschung der Menschheit zu schaffen.

Denen, die solche Behauptungen aufstellen, halten wir entgegen, daß dieses Vorgehen wirklich unmoralisch ist und nicht die Aufkündigung der Schuld, deren Bezahlung nicht von Menschen gefordert werden kann, die keinen Nutzen an diesem Geld hatten. (...)

FRAGE: Herr Präsident, inwiefern hat die Unfähigkeit Lateinamerikas, seine bestehenden Schulden zu bezahlen, die Möglichkeit beeinflusst, über neue Anleihen zu verhandeln?

F. CASTRO: Sie brauchen keine neuen Anleihen, sie brauchen sie nicht. Wenn sie zur Zeit 40 Mrd Dollar zahlen – und



sie werden jedes Jahr 40 Mrd Dollar zahlen müssen, wenn die Schulden nicht weiter wachsen – bedeutet das die Zahlung von 400 Mrd Dollar in 10 Jahren, unter großen Opfern.

Es wird sehr schwer sein, das Volk dazu zu bringen. Sie brauchen keine Anleihen. Sie können sich selbst diese 40 Mrd und die 400 Mrd leihen und für Entwicklungsprogramme verwenden. Sie können den Völkern die Zweckmäßigkeit erklären für ihre Entwicklung Opfer zu bringen und Sparmaßnahmen durchzuführen.

Sklaven ohne Ketten

Denn zur Zeit bitten sie sie Opfer jeglicher Art zu bringen, die ihre eigene Rückständigkeit fördern, das Pro-Kopf-Einkommen verringern und das Bruttoinlandsprodukt senken. Aber sie können die Bevölkerung überreden, Opfer für das Wachstum und die Entwicklung zu bringen.

Banken können ihnen nicht mehr Geldmittel anbieten, als sie es selbst tun können. Wenn z.B. Brasilien pro Jahr 12 Mrd Dollar als Zinsen für seine Schulden bezahlt, braucht dieses Land keine Anleihen. Würden diese 12 Mrd Dollar investiert, hätte es innerhalb von 10 Jahren 120 Mrd Dollar für die Entwicklung.

Mexiko exportiert unter großen Einschränkungen Produkte im Wert von 23,5 Mrd Dollar und importiert nur für 10 Mrd Dollar. Es könnte mehr als 10 Mrd Dollar pro Jahr investieren, anstatt Zinsen für seine Schulden zu bezahlen. Das macht für einen Zeitraum von 10 Jahren 100 Mrd Dollar aus. Argentinien bezahlt 5 Mrd Dollar, die sich in 10 Jahren auf 50 Mrd Dollar angehäuften hätten. (...)

Das Gleiche gilt für Venezuela, Kolumbien, Ekuador, Peru, Uruguay und fast alle anderen Länder. Dann müßte niemand ihnen Geld leihen, sie könnten das Geld anlegen und für ihre Entwicklung verwenden. Niemand könnte Repressalien gegen diese Länder ergreifen oder sie wirtschaftlich blockieren.

Die industrialisierte Welt ist auf den Handel mit den unterentwickelten Ländern angewiesen. Sie kann nicht auf ihre Rohstoffe, ihre Mineralien, ihre Brennstoffe, ihre Schokolade verzichten. (...) Das Leben in den Industrieländern wäre sehr trostlos und ungemütlich, würden die Stahl-, Kupfer-, Aluminium-, Chemie- und Energieindustrie ihre Arbeit einstellen. Sie sind auf all das angewiesen.

Aus diesem Grund sind es nicht länger die reichen Länder, die entscheiden können. Würde man ihnen sagen: „Verleiht, hilft, kooperiert und seid fair“, 10 oder 50 Jahre könnten vergehen, ohne daß sie aufmerksam würden. Mit der jet-

zigen Krise, innerhalb derer diese Riesenschuldung nicht mehr ist als ein Ausdruck systematischer und historischer Plünderung, liegt die Entscheidung nun in den Händen Lateinamerikas und anderer Völker der Dritten Welt.

Mit dem Geld, das sie übergeben, was – wie ich bereits erklärte – zum großen Teil illegitim ist, ...sind sie moralisch und rechtmäßig in der Lage die Entscheidung zu treffen, diese Zahlungen einzustellen. Diese Handlungsweise wäre nichts Neues. Sie ist so alt wie das römische Recht. (...)

Versklavung aufgrund von Verschuldung hat für Jahrtausende existiert, seit der Zeit der Griechen und Römer. Noch bis vor kurzem gab es Länder, in denen Menschen, die ihre Schulden nicht bezahlen konnten, zu Sklaven erklärt wurden.

Aber wozu dienen die Menschenrechte und alle Errungenschaften des Menschen der letzten zwei Jahrtausende? Die Industrieländer konnten nicht 4 Mrd Menschen in Ketten legen und versklaven. Und sie hatten das auch bis heute nicht nötig – denn was sie getan haben, ist, sie so auszubeuten, als wären sie Sklaven.



Heute arbeiten sie fast ausschließlich zum Vorteil der Industrieländer, sie sind Sklaven ohne Ketten und könnten sich sehr wohl vor der industrialisierten Welt selbst als frei erklären. (...)

Die Stornierung der Schuld wäre ganz einfach eine absolut moralische, nicht anfechtbare Freiheitserklärung. Eines ist klar: Sie brauchen keine Anleihen, egal welcher Art. Außerdem würden die Industrieländer davon profitieren, da die Entwicklungsländer eine größere Kaufkraft hätten. Anstatt für 10 Mrd Dollar zu importieren, könnte z.B. Mexiko für 20 Mrd Dollar Waren einführen; Argentinien könnte Waren im Wert von 8,5 Mrd Dollar, anstatt für 4,2 Mrd Dollar, importieren. Das gleiche würde für Brasilien und den Rest der lateinamerikanischen Länder gelten.

Wo könnten diese Fertigprodukte, Materialien und Ausrüstungen für die Landwirtschaft und das Transportwesen kaufen? In den USA, Europa und Japan. Die Kaufkraft der Dritten Welt würde pro Jahr um 80 Mrd Dollar steigen.

Würde dieses Geld richtig investiert und würden die von den Vereinten Nationen proklamierten Wirtschaftsprinzipien angewandt, wäre damit ein anhaltendes wirtschaftliches Wachstum garantiert. Das wiederum würde für die Industrieländer gesteigerte Exporte bedeuten, stärkere Ausnutzung der Produktionskapazität und mehr Arbeitsplätze.

Arbeitslosigkeit ist das Hauptproblem der Industrieländer. Die Gewinne der Industrien und die Beschäftigungszahlen würden ansteigen, die Exportgesellschaften könnten mehr ausführen, ausländische Kapitalanleger würden höhere Gewinne erzielen und die Banken würden ihr Geld zurückbekommen.

12% von der Rüstung abzweigen

Wir schlagen nicht vor, daß die Banken ihr Geld verlieren oder zusammenbrechen oder daß die Steuerzahler mehr Steuern zahlen.

Wir schlagen etwas sehr Einfaches vor: ein niedriger Prozentsatz der Militärausgaben – der 12% nicht überschreiten dürfte – soll von den Gläubigerstaaten benutzt werden, um die Schulden bei ihren eigenen Banken zu bezahlen. Auf diese Weise würden weder die Banken noch die Einzahlter etwas verlieren. Im Gegenteil, die Banken würden dieses Geld sicher erhalten.

Wer könnte dies besser garantieren als der reiche und mächtige Industriestaat, auf den die westlichen Nationen so stolz sind? Wenn sie sich in der Lage sehen, den Krieg der Sterne zu ersinnen und zu führen und kaum einen Gedanken an die Risiken eines atomaren Konflikts verschwenden, der bereits in der ersten Minute hundertmal mehr zerstören würde, als man ihren Banken schuldet, kurzum, wenn sie die Idee eines weltweiten Selbstmordes nicht schreckt, warum sollten sie Angst haben vor etwas so Simplem wie der Streichung der Schulden der Dritten Welt?

Das wäre nichts Katastrophales. Was würde als einziges darunter leiden? Die Rüstungsausgaben. Ich halte das für völlig moralisch und außerdem für beruhigend und gesund. Auf diese Art und Weise würde sich die Lösung der wirtschaftlichen Probleme der Dritten Welt mit dem Frieden, internationaler Entspannung verbinden, was genau das ist, was alle Länder verlangen.

Keine Forderung kann gerechter oder moralischer sein als das Verlangen nach Beendigung des Wettrüstens und der



Akte von Havanna Gewerkschaftskonferenz über die Verschuldungskrise

In der kubanischen Hauptstadt Havanna fand vom 15.-18. Juli d.J. die Gewerkschaftskonferenz der Werktätigen Lateinamerikas und der Karibik über die Auslandsverschuldung statt. An ihr nahmen 330 Vertreter von 197 Organisationen – darunter 46 nationale Gewerkschaftsverbände – aus 29 Ländern teil.

Die Teilnehmer bezeichneten die Konferenz als „das breiteste, einheitlichste und repräsentativste Ereignis, das von der organisierten Gewerkschaftsbewegung Lateinamerikas und der Karibik verwirklicht wurde“. Am Schlußtag des Treffens unterzeichneten alle Delegierten ein gemeinsames Dokument, die „Akte von Havanna“, die wir dokumentieren.

Alle Teilnehmer hoben hervor, daß die Auslandsverschuldung der dramatischste Ausdruck der gegenwärtigen Krise sowie deren wichtigster Bestandteil sei. Sie verschlimmere nicht nur die Krise, sondern verhindere außerdem die wirtschaftliche Erholung, blockiere jede Entwicklungschance und unterwerfe unsere Völker, besonders die Arbeiter, einer untragbaren Politik, die ihren Lebensstandard beschneide und unsere Souveränität gefährde, indem unsere Abhängigkeit von Gläubiger-Banken, dem Internationalen Währungsfonds (IMF) und den Regierungen der Industrieländer, die die Entscheidungen dieser Organisation kontrollieren, verstärkt werde.

Unselige Rolle des IMF

Die Teilnehmer analysierten die wichtigsten Elemente des rapiden lateinamerikanischen Verschuldungsprozesses und verwiesen darauf, daß die Ursachen in den Prinzipien der gegenwärtigen ungerechten Weltwirtschaftsordnung zu suchen seien, und zwar besonders in der ungleichen Austauschsituation, die uns zwingt, zu stets niedrigeren Preisen zu verkaufen, während wir zu stets höheren Preisen kaufen. Allein im Jahr 1984 führte dies zu Verlusten von 20 Mrd Dollar. (...)

Die Politik und die Tätigkeitsprinzipien des IMF wurden ebenfalls einmütig verurteilt. Diese Institution spiegelt die Interessen der Gläubigerbanken und der Regierungen wider, die sie geschaffen haben und kontrollieren.

Der IMF mit seiner rigiden monetaristischen Haltung, der sich nur mit den Währungsvariablen und dem steuerlichen Gleichgewicht beschäftigt, während er den bitteren sozialen Realitäten Lateinamerikas und der Karibik, der Arbeitslosigkeit und der Verarmung der Werktätigen vollkommen indifferent gegenübersteht, spielt eine unselige Rolle. (...)

Die Teilnehmer stimmten darin überein, die ständigen Umschuldungsverhandlungen als falsche Lösungen des Schuldenproblems zu bezeichnen, da sie unter hohem Kostenaufwand und den ominösen Bedingungen, die vom IMF diktiert werden, nur dazu dienen,

die Agonie unserer Länder zu verlängern und ihre Abhängigkeit und Unterwerfung zu verstärken. (...)

Die große Mehrheit der Teilnehmer sprach sich für die Streichung der Auslandsschulden aus. Andere Gewerkschafter schlugen Moratoriumsvarianten, die sofortige Einstellung der Zahlungen oder die Aussetzung auch der Zinszahlungen für eine bestimmte Anzahl von Jahren vor. Sie waren sich jedoch alle darin einig, daß die Schulden unbezahlbar sind.

Diese vorgeschlagene Lösung ist momentan die unerläßliche Bedingung, um die wirtschaftliche Erholung und die Verbesserung des Beschäftigungsniveaus, des Erziehungs- und Gesundheitswesens sowie der sozialen Sicherheit in Lateinamerika und der Karibik in die Wege zu leiten. Sie ist ebenso unabdingbar für unser Bestreben, die wirkliche Souveränität über unsere politischen und wirtschaftlichen Geschicke auszuüben, indem wir dieses Instrument der Abhängigkeit und des ausländischen Zwangs beseitigen. (...)

Es gab ebenfalls breites Einvernehmen hinsichtlich der Notwendigkeit, die vorgeschlagene Lösung des Verschuldungsproblems mit der Schaffung einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung, deren Prinzipien 1974 von der UN-Vollversammlung gebilligt wurden, unauflösbar zu verknüpfen. (...)

Einheit Lateinamerikas unerläßlich

In gleicher Weise unterstützte eine große Mehrheit einmütig den Gedanken, daß die feste und solidarische Einheit Lateinamerikas unerläßlich ist, um zusammen mit den Aktionen gegen die Auslandsverschuldung und dem Kampf für die Schaffung einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung entschlossen die regionale wirtschaftliche Integration voranzutreiben und sie als machtvollstes Mittel für die wirtschaftliche Entwicklung, die Stärkung der Verhandlungsposition und die Erhöhung des Lebensstandards der Werktätigen und aller unserer Völker zu gebrauchen.

In Übereinstimmung mit dem Vorhergesagten war sich die Konferenz darin einig, daß die teilnehmenden Gewerkschafter sich an ihre jeweiligen Organisationen, denen sie angehören, wenden sollten und ihnen vorschlagen sollten, die Werktätigen zu mobilisieren und sich die folgenden drei Lösungen des Kampfes zu eigen zu machen:

- Für die Annullierung, ein Moratorium, die sofortige Zahlungseinstellung oder unbefristete Aussetzung der Auslandsschuld einschließlich der Zinsen!
- Für die Errichtung einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung!
- Für die lateinamerikanische und karibische Einheit! Für den Fortschritt zu Formen der wirtschaftlichen Integration Lateinamerikas und der Karibik im Dienste der Entwicklung und der Unabhängigkeit unserer Länder!

Die beteiligten Gewerkschaftsführer waren einvernehmlich der Auffassung, daß es zur Verwirklichung dieser Ziele – und in Anbetracht der schweren Krise, unter der alle Arbeiter und Völker in der Region zu leiden haben – für die verschiedenen Richtungen und Strömungen der Gewerkschaftsbewegung unerläßlich ist, weiter nach einer breiten Basis für eine praktikable Verständigung zu suchen, damit wir einen immer effektiveren Beitrag zum Kampf für die Rechte unserer Mitglieder und Länder leisten können – ohne Nachteil für unsere jeweilige Positionen und als Ausdruck unseres Gefühls der historischen Verantwortung und des lateinamerikanischen und karibischen Geistes, von dem wir alle erfüllt sind.

Wettrüsten verstärkt Verschuldung

Die Konferenzteilnehmer wiesen darauf hin, daß das Wettrüsten und die Politik der Einmischung und der Aggression die Wirtschaftskrise verschlimmern, negative Auswirkungen auf die Auslandsverschuldung haben und Ressourcen vergeuden, die für die Entwicklung gebraucht würden. Sie betonten deshalb, daß der Kampf für die Verringerung der Rüstungsausgaben untrennbar mit dem Kampf für Frieden und für die Entwicklung unserer Völker verbunden ist. (...)

Die Konferenzteilnehmer unterstützten zudem 10 Aktionsvorschläge. So soll der Gewerkschaftsbewegung vorgeschlagen werden, von ihren jeweiligen Regierungen Maßnahmen zu verlangen, um eine Streichung der Schuldendienste zu erwirken und sich zu einer Einheitsfront der Schuldnerländer zusammenzuschließen.

Die Diskussion in den Gewerkschaften über die Ursachen der Verschuldung und eine Kampfstrategie dagegen soll verstärkt, Bündnisse mit anderen sozialen Kräften gesucht werden, um eine Lösung zu erreichen. Die Resultate der Konferenz sollen sowohl den Völkern als auch den Regierungen und internationalen Institutionen zur Kenntnis gebracht werden.

Die Teilnehmer unterstützen einheitliche Aktionen der lateinamerikanischen und karibischen Gewerkschaftsbewegung, darunter einen kontinentalen Aktionstag am 23.10.1985 gegen die Verschuldung, sowie gesamtlateinamerikanische oder regionale Gewerkschaftszusammenkünfte zu diesem Thema. Die nächste Konferenz der Werktätigen Lateinamerikas und der Karibik wird von der Bolivianischen Arbeiterzentrale (COB) veranstaltet werden.

(Quelle: Granma Semanal, Havanna, 28.7.1985)

Kürzung der Rüstungsausgaben. Das ist es, was wir im wesentlichen vorschlagen. (...)

FRAGE: Herr Präsident, gesetzt den Fall, die USA würden alle noch ausstehenden Schulden erlassen und, in Zusammenarbeit mit Lateinamerika, ein massives Hilfsprogramm aufstellen. Würde ein solches Verhalten Ihre eigene Meinung über die USA einschneidend ändern und eine drastische Wendung in den Beziehungen zwischen Kuba und den USA herbeiführen?

Die Schulden aufkündigen!

F. CASTRO: Ich antworte Ihnen mit folgendem: Die Schulden müssen gestrichen werden, weil die USA, der internationale Handel und alle Länder davon profitieren werden.

Ich glaube, es wäre eine große Hilfe bei der Überwindung der Krise, da tatsächlich noch nicht einmal die USA aus dieser Krise heraus sind. Im Gegenteil, die USA schaffen sich ihre eigenen Bedingungen für eine größere Krise. (...)

Wie ich schon zu Beginn sagte, würde die Aufkündigung der Schuld genügen. Das kann geschehen, wenn die USA davon überzeugt sind, daß es keine Alternative gibt oder wenn die Länder Lateinamerikas sie einseitig aufkündigen, was eher wahrscheinlich ist. Sie könnten dies durch eine gemeinsame Übereinkunft tun.

Wenn eine Sparpolitik verfolgt würde, könnten diese Mittel für die Entwicklung benutzt werden. In vielen dieser Länder wären keine weiteren Finanzspritzen mehr nötig.

Es wäre wichtiger, andere Probleme zu lösen: gerechte Preise, d.h. die zunehmende Verschlechterung der Austauschverhältnisse zugunsten der Industrieländer zu stoppen, die protektionistischen Maßnahmen und die Dumping-Methoden zu beenden.

All diese Themen werden zum wichtigsten Problem. Wenn die lateinamerikanischen Länder im Jahre 1984 für ihre Exporte das bekommen hätten, was sie 1980 erzielten, hätten sie allein beim Export zusätzliche 20 Mrd Dollar verdient. Das ist nur ein Beispiel.

Selbstverständlich werden die lateinamerikanischen Länder effektive Maßnahmen ergreifen müssen, um die Devisenflucht ins Ausland zu stoppen, die in den letzten Jahren ebenfalls zu schweren Verlusten geführt hat. Solange allerdings die jetzige monetaristische Politik beibehalten wird, solange der Dollar überbewertet ist und 12-13% Zinsen gezahlt werden müssen, werden Lateinamerikaner weiter versuchen, ihr Geld in die USA zu bringen.

Wenn diese Tricks aufhören und wenn

Lateinamerika aufhört, jährlich – einschließlich der Zinsen für seine Riesenschulden – 70 Mrd Dollar an die industrialisierte Welt zu überweisen, sind keine massiven Finanzspritzen zur Entwicklung mehr nötig. Dann, wenn die Streichung der Schulden zu Lasten eines geringen Prozentsatzes der Rüstungsausgaben dazukommt und die Banken ihr Geld zurückbekommen, könnten sehr wohl zusätzliche Entwicklungsanleihen gewährt und auch zurückgezahlt werden. Sollten die USA spontan das tun, was Sie eben sagten, – falls ein solch von Natur aus selbstsüchtiges, neokolonialistisches System zu solcher Großzügigkeit fähig wäre – wäre ein echtes Wunder geschehen. Ich müßte beginnen, über dieses Phänomen nachzudenken; eventuell müßte ich einige Theologen zu Rate ziehen und verschiedene meiner Ansichten auf diesem Gebiet revidieren. Sollte das geschehen, würde ich vielleicht sogar ins Kloster gehen. (...)

FRAGE: Herr Präsident, wie wahrscheinlich ist es, daß die momentane Wirtschaftskrise Lateinamerikas eint und ein einziger, gemeinsamer Versuch unternommen wird diese Probleme zu lösen?

F. CASTRO: Ich halte das für wahrscheinlich. Ich glaube, daß eine der Konsequenzen dieser mit nichts vergleichbaren Krise und dieser Verschuldung die sein wird, daß die Kriterien der politischen Führer Lateinamerikas bei der Suche nach einer gemeinsamen Aktion sich annähern werden.

Das wird geschehen, weil sich alle der lebenswichtigen Notwendigkeit bewußt sind, eine Lösung dieser Probleme zu finden. Es ist eine Frage des Überlebens für die lateinamerikanischen Länder und natürlich eine Frage des Überlebens der

gegenwärtigen Prozesse der demokratischen Öffnung und ebenfalls ihrer selbst als Führer dieser Länder.

Wenn man in der Wüste verdurstet, braucht man Wasser; wenn man auf See ist und das Schiff sinkt, braucht man ein Rettungsfloß um zu überleben; wenn man gehängt werden soll, braucht man kurz vor dem Tod, mindestens ein Messer, um das Seil durchzuschneiden. Genauso ist die Situation der lateinamerikanischen Länder und ihrer politischen Führer.

Diesen Kampf um eine Problemlösung unterstützen alle: die Linke, die Mitte, die Rechte, die Bettler und die Millionäre, die landlosen Bauern und die Großgrundbesitzer. Es ist ein Problem, das jeden betrifft. Und die die am meisten besitzen, wissen am besten, was die Konsequenzen sozialer Unruhen sind.

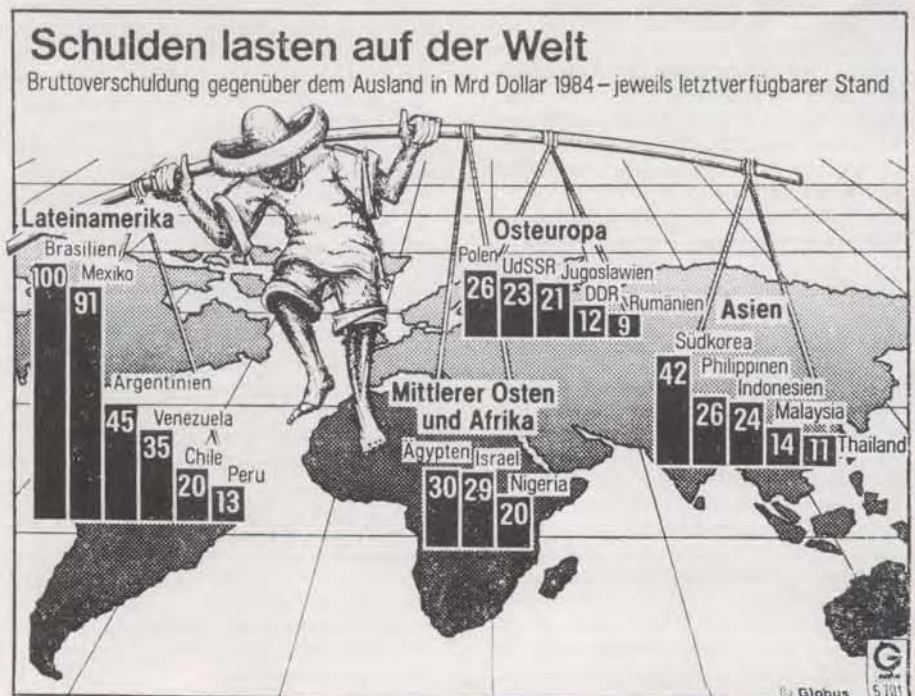
Ja, ich glaube, daß dies ein Element sein wird, das unzweifelhaft die Aktionseinheit fördern wird. (...)

Eine Blockade der Dritten Welt...

FRAGE: Herr Präsident, fürchten Sie, daß die westliche Welt die Dritte Welt wirtschaftlich blockieren könnte oder würde, sollten die betroffenen lateinamerikanischen Länder ihre Schulden nicht zurückzahlen?

F. CASTRO: Die industrialisierte Welt kann gar nichts Schlimmeres tun als das, was zur Zeit geschieht. Außerdem ist es in der heutigen Welt eine politische Unmöglichkeit.

Ein oder zwei Länder können blockiert werden, nicht aber 100 Länder. Gegen die gesamte Dritte Welt kann keine Blockade verhängt werden, denn das würde bedeuten, daß die industrialisierte



Welt sich selbst blockiert. Ich habe das ja schon vorher ziemlich ausführlich angesprochen. Was einige Länder unternehmen, wird, mit wenigen Ausnahmen, von den anderen unterstützt werden. (...)

FRAGE: Meine abschließende Frage zu diesem Thema: Im Verlauf dieses Gesprächs haben Sie einen konkreten Vorschlag zur Lösung des Schuldenproblems gemacht und ihn den Nationen Lateinamerikas unterbreitet. Wie haben diese Länder darauf reagiert? Erwarten Sie, daß sie die Vorschläge annehmen, die Sie heute beschrieben haben?

F. CASTRO: Dieses Problem spreche ich bereits seit geraumer Zeit an, z.B. bei den Vereinten Nationen im Oktober 1979. (...)

Bezüglich der Reaktion der Länder Lateinamerikas kann ich Ihnen nur sagen, daß diese Erklärungen in allen Ländern und in allen Gesellschaftskreisen auf großes Interesse gestoßen sind. Was wird die Antwort sein?

Hätte ich nicht ein Wort über diese Sache verloren – Worte haben in einer Zeit, in der schwere Entscheidungen getroffen werden müssen, einen relativen Wert – müßten sie eine Lösung finden. Sie würden zu den gleichen Schlüssen kommen, so oder so. Ich habe nicht die Spur eines Zweifels daran, daß sie bei der Suche nach einer Lösung einen Weg einschlagen werden, der dem von mir vorgeschlagenen ähnlich ist, denn es gibt keine Alternative. Niemand muß dazu überredet werden.

...wäre Selbstblockade des Westens

Ich beschränke mich einfach darauf zu sagen was passiert ist, warum es geschieht, was folgen wird, und ich mache Lösungsvorschläge. In diesem Fall entsprechen die Ideen, Analysen und Überlegungen, die ich vorgebracht habe, der Realität. Sie sind keine Produkte der Einbildung oder der Phantasie.

Viele Menschen in Lateinamerika haben darüber nachgedacht und sind für sich selbst zum gleichen Schluß gekommen. (...) Ich bin davon überzeugt, daß viele politische Menschen, viele Politiker Lateinamerikas und der Dritten Welt für sich allein zu diesen Schlüssen gekommen sind, obwohl sie nicht in der Position sein mögen, sie so vorzubringen, wie wir es tun.

Wenn man z.B. die internationalen Meldungen liest, wird man feststellen, daß Nyerere (Präsident Tansanias, siehe nachstehende Rede; d. Red.) in Afrika verstärkt auf die Probleme, die mit der Verschuldung und der dramatischen wirtschaftlichen Situation Afrikas zusammenhängen, hingewiesen hat. Er hat das nicht in genau den gleichen Worten gesagt, aber er reflektiert im wesentli-

chen die gleiche Betroffenheit und die dringende Notwendigkeit, nach Lösungen zu suchen.

Das heißt, wir werden mit Ereignissen und Situationen konfrontiert, die den Ländern keine Alternative lassen außer der, einen Ausweg zu finden. Jeder Ausweg, den sie finden, wird zumindest in die Richtung unseres Vorschlages gehen; vielleicht nicht die gleiche Sache, aber

die gleiche Richtung.

Die Schuld kann einfach nicht bezahlt werden. Wenn einmal gesagt wurde: „Gib mir die Freiheit oder gib mir den Tod“, so haben heute diejenigen, die Lateinamerika regieren, die Wahl zwischen der Streichung der Schulden und dem politischen Tod.

(Quelle: Granma. Resumen Semanal, Havanna, 21.7.1985)



Julius Nyerere Eine neue Schuldenregelung ist nötig

Eine neue Wirtschaftspolitik gegenüber den Entwicklungsländern forderte Tansanias scheidender Präsident Julius Nyerere im Mai d.J. auf einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn von den reichen Industriestaaten des „Nordens“. In einer Grundsatzrede ging er mit der „nackten Machtpolitik“ insbesondere der USA und des Internationalen Währungsfonds gegenüber der Dritten Welt hart ins Gericht. Höchst aufschlußreich sind die hieran anknüpfenden Passagen zu Nyereres Wertung und Alternativforderungen zur Verschuldungskrise, die wir dokumentieren.

(...) In der Tat sind seit 1980 alle offiziellen Diskussionen über Nord-Süd-Themen abgebrochen worden. In der UN-Vollversammlung, auf der UNCTAD VI (UN-Konferenz für Handel und Entwicklung vom Juni 1983 in Belgrad; d. Red.) und auf der UNIDO IV (Tagung der UN-Organisation für industrielle Entwicklung vom August 1984 in Wien; d. Red.) hat es keine Verhandlungen mehr gegeben. Auf dem verlängerten Frühlingstreffen des Interim- und Entwicklungskomitees des Internationalen Währungsfonds (IMF) und der Weltbank, das 1985 stattfand, wurde diesen Fragen keine ernsthafte Aufmerksamkeit geschenkt. Die Industrieländer boykottierten sogar das ad-hoc-Komitee für die Überprüfung und Anwendung der UN-Charta über die wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten.

Nackte Machtpolitik

Auf dem Gipfeltreffen der sieben großen Industrieländer wurde den Interessen des armen Teiles der Welt keine große Relevanz beigemessen. Manche Berichte behaupten, daß Präsident Mitterrand auf dem Bonner Treffen (von Anfang Mai 1985, siehe AIB 6/1985, S. 3-6; d. Red.) versucht habe, auf die Folgen der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation für die Armen hinzuweisen. Bekam er viel Unterstützung?

Die entwickelten Länder kontrollieren die Währungsreserven der Welt und beherrschen den internationalen Handel. Trotzdem behandeln sie ihre eigenen wirtschaftlichen Probleme in einer Art und Weise, als lebten ihre Länder isoliert von der übrigen Welt. (...)

Die nackte Machtpolitik zeigt sich ebenfalls in der Behandlung der immer wiederkehrenden Krisen bei der Schulderrückzahlung. Schulden werden gemacht mittels einer Ver-

einbarung zwischen Gläubigern und Schuldern – wobei der erstere der stärkere ist. Aber die gesamte Verantwortung für dieses Problem wird auf die Schuldner abgewälzt. Diese Frage ist für die Länder Afrikas von größtem Interesse, weil sie als Gruppe das weltweit höchste Verhältnis von Schulden zum Bruttosozialprodukt und von Schuldendienst zu Exporten aufweisen.

Eine vorsichtige Schätzung der gesamten Schuldenlast des Kontinents beläuft sich auf 150 Mrd Dollar. Davon schuldet das Afrika südlich der Sahara – der Teil Afrikas, in dem das pro Kopf-Einkommen unter 400 US-Dollar jährlich liegt – ungefähr 90 Mrd Dollar. Es hat jetzt Verbindlichkeiten von ungefähr 12 Mrd Dollar jährlich alleine für die langfristigen Schulden – was die Zahlung für Verzugszinsen, Lieferantenkredite, und IMF-Rückzahlungen nicht mit einschließt. Was das Afrika südlich der Sahara jetzt als Schuldendienst und aufgrund hoher Kosten der Lieferantenkredite zu bezahlen sich bemüht, ist sehr viel mehr als die ganze Hungerhilfe, die das Gebiet jetzt bekommt. Und die Wirkung von freiwilligen Hilfsprogrammen wird dadurch weitgehend zunichte gemacht. Außerdem haben die armen Länder keinen Einfluß darauf, wie hoch der aktuelle Zinssatz ist – sie sind lediglich darauf verwiesen ihn zu bezahlen! 1971 war der durchschnittliche Zinssatz für afrikanische Länder 4,2%; 1981 war er bereits auf 10,1% gestiegen und steigt seitdem weiter. Manche der heutigen Schulden entstanden dadurch, daß Geld zu höheren Zinsen geliehen wurde, um alte Schulden zu tilgen oder umzuschulden.

Wenn ein verschuldetes Land mehr Zeit oder weitere Anleihen braucht, um irgendeine Rückzahlungsverpflichtung einzuhalten, sieht es sich einem Gläubigerkartell gegenüber. Ganz allein muß es allen seinen Gläubigern gegenüberstehen; üblicherweise werden sie das Problem nicht einmal behandeln,

bis das Schuldnerland eine Vereinbarung mit dem Internationalen Währungsfonds abgeschlossen hat, dessen Bedingungen es akzeptieren muß.

Und die Entscheidungsfindung im IMF wird praktisch von fünf größeren Industrienationen kontrolliert; in einigen Fällen können die USA alleine ein Veto gegen eine Entscheidung aller anderen Mitglieder einlegen.

Nötig sind ein Schuldenmoratorium...

Der IMF wird als politisches Kontrollinstrument über die Wirtschaft armer Länder gebraucht; für eine Kontrolle, die die meisten entwickelten Länder – selbst heutzutage – zögern oder sich gar schämen würden, selbst auszuüben.

Sogar das ursprüngliche Konzept der Entwicklungshilfe, sowie die Höhe der Mittel werden angegriffen. In den letzten Jahren hat sich die offizielle Entwicklungshilfe im Verhältnis zu dem Bruttosozialprodukt der entwickelten Länder verringert, und zwischen 1981 und 1983 hat sogar der Betrag

möglich, daß wir Sie bezahlen können“, dann bitten sie nicht um Wohltätigkeit. Sie bitten die Kreditgeber um ein ordentliches Geschäftsgebahen.

Gerechtigkeit und Eigeninteresse erfordern daher eine gemeinsame internationale Anstrengung, um die Probleme der armen Länder dieser Welt, die gleichzeitig wirtschaftliche Probleme der gesamten Welt darstellen, zu überwinden. Weder der Versuch der Starken, die Schwachen zu dirigieren, wird diese Probleme lösen, noch irgendein einzelner Vorstoß seitens einer der herrschenden Nationen. Alle Länder und Völker sind durch die Weltwirtschaft betroffen, einschließlich die Ostblockstaaten.

Drei Sachen sind nötig. Am dringendsten, ist die Notwendigkeit eines zunehmenden Ressourcentransfers in die armen Länder.

Für die ärmsten Länder heißt das entweder Zuschüsse oder langfristige zinsgünstige Kredite, deren Vergabe weder von politischen Zielen der Geberländer noch von Ideologien bestimmt wird. Sie sollten auf der Basis der Bedürfnisse vergeben werden, und sollten dazu dienen, die Grundhindernisse für eine unabhängige Entwicklung zu überwinden.

eine solche Reform nicht gibt, wird der Transfer des Reichtums von den Armen zu den Reichen andauern, und jegliche positive Wirkung, die von einer erhöhten Hilfeleistung oder einem Schuldenmoratorium ausgehen könnte, ausgehöhlt werden.

Wie ich bereits ausgeführt habe, gehen die gegenwärtigen Tendenzen überhaupt nicht in diese Richtung. Im Gegenteil, es ist schwierig, sich der Schlußfolgerung zu entziehen, daß die westliche Welt im wesentlichen von ganz anderen Vorstellungen ausgeht: Daß es genügend Staatschefs in der Dritten Welt gibt, die man in das herrschende System hineinzwängen oder hineinlocken kann, und daß die übrigen – und die Bevölkerung der Dritten Welt – machtlos sind, sich den Interessen der Reichen entgegenzustellen.

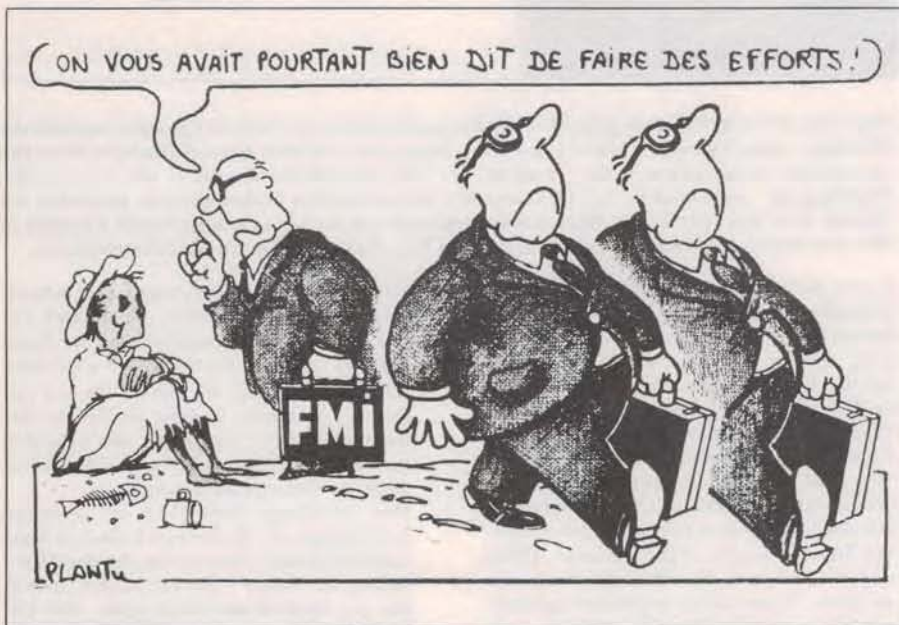
Ich glaube nicht, daß angesichts der wachsenden Erbitterung in der Dritten Welt diese Annahme aufrechterhalten werden kann. Außerdem glaube ich nicht, daß die Wut der Armen niemals zu gemeinsamen und organisiertem Handeln führen wird, obwohl die Provokation ständig größer wird. Allerdings gebe ich zu, daß der Konflikt und das Chaos, vor dem Sie gewarnt haben, das wahrscheinlichste unmittelbare Ergebnis sind.

Um es noch einmal klarzustellen: Die Dritte Welt will keine Konfrontation mit der entwickelten Welt, und sie hat es nie gewollt. Wir und unsere Freunde haben schon sehr oft an Ihre Moral und Ihr Eigeninteresse appelliert; mit ehrenhaften Ausnahmen – speziell unter den kleineren Industrienationen – haben die Appelle bislang keine bemerkenswerten Wirkungen auf die Mächtigen dieser Welt gezeigt.

Die Nationen und Völker der Dritten Welt können es sich nicht leisten, den Kampf ums Überleben aufzugeben, und sie werden ihren Kampf für Freiheit nicht aufgeben – einschließlich der Freiheit, einen angemessenen Lohn für ihre Arbeit zu bekommen. Und wir sind nicht völlig machtlos. Alle Schulden sind eine Last. Aber hohe Schulden sind sowohl Last als auch Macht! Sogar Zahlen sind Macht.

Herr Vorsitzender, ich möchte weder jemandem drohen, noch irgendwelche einseitigen Handlungen durch Tansania andeuten. Das wäre albern. Mein Land ist zu klein und zu arm. Und unsere Schulden sind eine Last und keine Macht. Was ich sagen will, ist, daß die Dritte Welt, wenn sie zu Konfrontation gezwungen wird, sich nicht weiterhin und immerzu für die Zurückhaltung entscheiden könnte. (...)

(Quelle: blätter des iz3w, Nr. 127, 1985, S. 51-52)



„Wir hatten Ihnen doch gesagt, Sie sollten sich anstrengen“

abgenommen. Schlimmer noch, ihre Bewilligung wird zunehmend auf politischem Hintergrund vorgenommen; nicht auf der Basis von Bedürftigkeit oder der Wirkung für den erklärten Zweck. (...)

(...) Und die Schulden der Dritten Welt – einschließlich Afrikas – sind nicht unbedeutend in Bezug auf die Stabilität der Finanzsysteme, in denen sich europäische und amerikanische Geschäfte abspielen.

Wenn sie es wären, dann würde die Drohung eines Zahlungsverzugs durch einen Hauptschuldner (und Afrikas Länder zusammen sind ein Hauptschuldner) nicht die Bankiers und die Regierungen reicher Länder in solch nervöse und ängstliche Aktivität versetzen. Noch weniger hätte sich jemand über meinen Vorschlag letztes Jahr geärgert, daß Afrika fordern sollte, daß seine Repräsentanten sich – gemeinsam – mit den Kreditgebern zusammensetzen, um faire Bedingungen für die Zurückzahlung ihrer Schulden auszuhandeln.

Lassen Sie mich hinzufügen, daß wenn Staatschefs aus Ländern des Südens zu Staatschefs des Nordens sagen: „Bitte machen Sie es uns ökonomisch und politisch

Zweitens muß ein langfristiges Moratorium der Schuldzahlungen der ärmeren (nicht nur der am wenigsten entwickelten) Entwicklungsländer stattfinden. Oder eine langfristige Umschuldung basierend auf genuinem Respekt zwischen den Schuldnern und den Gebern, und der Einführung realistischer Zinssätze.

Denn wir brauchen Zeit – viel Zeit – und eine große Steigerung der Mittel, um aus der Krise der Schuld und Entwicklung herauszukommen. Anhaltender Schuldendienst belastet die Wirtschaftssysteme und gefährdet die soziale Stabilität der Entwicklungsländer. Folglich ist die Wiederbelebung ganz und gar unmöglich.

...und weltwirtschaftliche Reformen

Drittens, und ich sage es nochmals, sind Verhandlungen über eine grundlegende Reform der gegenwärtigen internationalen Wirtschaftsordnung notwendig.

Diese kann innerhalb weniger Wochen oder Monate nicht angestrebt, und noch viel weniger verwirklicht werden. Aber solange es



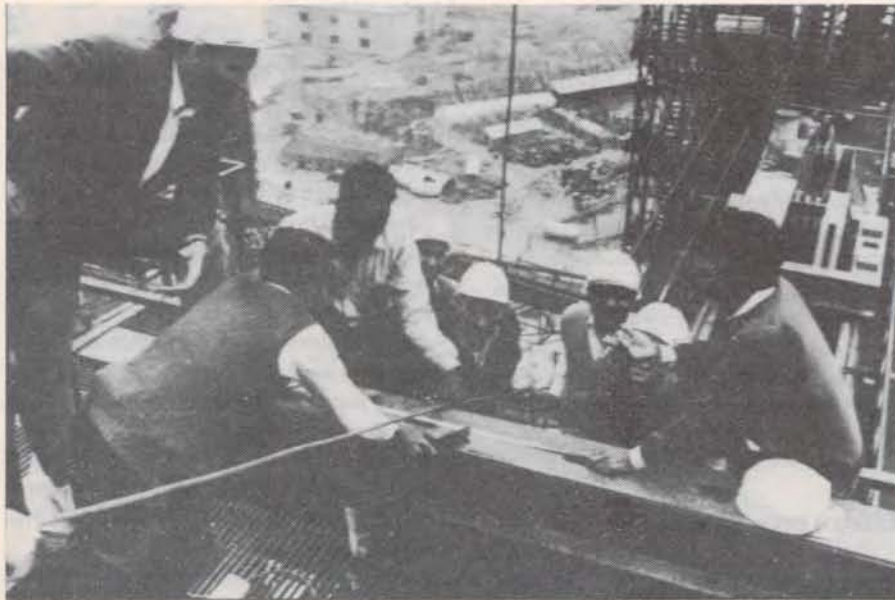
Bloch- Sonderheft der „links“

Aus dem Inhalt: J. Robert Bloch – Dreams of a Better Life
Peter Zudeick – Bloch ausbeuten! ● Alfred Cassebaum –
Ein Stonehege des Marxismus ● Joachim Perels – Blochs Begriff
subversiver Überlieferung
Weitere Autoren: Brumlik, Trepl, Türcke, v. Gleich, Thaa u. a.
DM 6,- plus 1,40 Porto nur gegen
Voreinsendung bei SB, Postfach 591, 6050 Offenbach 4.
Oder im linken Buchhandel.

Rainer Falk

Handel und Hilfe

Die Wirtschaftsbeziehungen der RGW-Länder zur Dritten Welt (II)



Sowjetische und indische Experten beim Bau eines metallurgischen Komplexes in Bokaro

Mehr noch als die RGW-Handelsbeziehungen im engeren Sinne trägt diese umfassendere Zusammenarbeit einen gegenüber dem System des westlichen Neokolonialismus alternativen Charakter. Dies zeigt sich an den Triebkräften der Hilfe ebenso wie an ihrer materiellen Struktur und den Modalitäten ihrer Abwicklung.

75% der RGW-Hilfe...

Während die westliche Entwicklungshilfe im wesentlichen darauf ausgerichtet ist, in den Zielländern optimale Rahmenbedingungen für eine möglichst profitable Verwertung des Privatkapitals, vor allem auch in Form der transnationalen Konzerne, zu schaffen, orientiert die sozialistische Wirtschaftshilfe unmittelbar auf die Stärkung des nationalen Wirtschaftspotentials der Empfängerländer. Bis 1982 wurden mit Hilfe der RGW-Länder rund 6.400 industrielle und andere Projekte in Entwicklungsländern fertiggestellt bzw. waren im Bau oder in der Planung. Anfang der 80er Jahre entfielen etwa 75% aller von den RGW-Ländern zur Verfügung gestellten Kredite auf den industriellen Sektor der Entwicklungsländer.¹⁸

Damit trägt die „Entwicklungshilfe“ der sozialistischen Industrieländer wesent-

lich dazu bei, in den Empfängerländern eine eigenständige industrielle Basis, vor allem im Bereich der Grundstoff- und der Schwerindustrie, zu schaffen. Nicht zufällig begann zum Beispiel die indische Stahlproduktion mit der Lieferung von Werken durch die sozialistischen Länder. Im Gegensatz zu den Direktinvestitionen der transnationalen Konzerne gehen die von den sozialistischen Ländern zur Verfügung gestellten Industrieanlagen nach der Fertigstellung zu 100% in den Besitz des Empfängerlandes ein. Da die Kredite weitgehend den Charakter von Waren-

krediten tragen, kann die Finanzierung in der Regel über die Lieferung von Waren aus der laufenden Produktion erfolgen.

Dies hat mehrere Vorteile: Einmal brauchen die Entwicklungsländer keine Devisen auf dem Umweg über den Weltmarkt zu erschließen; die klassische Verschuldungssituation bleibt aus. Zweitens bekommen die Entwicklungsländer Absatzgarantien für einen Teil der in den jungen Industrien hergestellten Waren. Und drittens sind die sozialistischen Industrieländer, da die Rückzahlung ja in Warenform erfolgt, besonders daran interessiert, daß die gelieferten Industrieanlagen nach ihrer Fertigstellung auch „funktionieren“.

...entfiel auf die Industriebasis

Als entscheidendes Charakteristikum der sozialistischen Wirtschaftshilfe kommt hinzu, daß sie unmittelbar auf die Stärkung des staatlichen Wirtschaftssektors in den Entwicklungsländern ausgerichtet ist und auch auf diese Weise in der Tendenz ein nationales Gegengewicht zu den Positionen des Auslandskapitals in der Wirtschaft schafft.

Während die westliche Entwicklungsphilosophie besonders in der letzten Zeit mehr und mehr der „Entstaatlichung“ das Wort redet, orientiert das Konzept der sozialistischen Wirtschaftshilfe genau auf das Gegenteil: Sein strategisches Ziel besteht darin, „in gewissem Umfang selbstreproduktionsfähige ökonomische Komplexe zu schaffen“ und „die so entstehenden Produktionsstätten rasch in vorgelagerte oder nachgelagerte Produktionen“ einzubinden.¹⁹

Die Tendenz der sozialistischen Wirtschaftshilfe geht daher gegenwärtig immer stärker in Richtung auf den Abschluß nicht nur langfristiger Abkommen, sondern auch auf die Herausbildung von Wirtschaftsbeziehungen umfassenden, d.h. mehrere Zweige erfassen-

Auf Kuba, das einer der größten Hilfeempfänger des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) ist, fand im Oktober 1984 die erste RGW-Exekutivkomiteetagung in der Dritten Welt statt.



den Charakters. Während die Niederlassungen der transnationalen Konzerne in den Entwicklungsländern oft den Charakter isolierter Enklaven mit nur geringfügigen „Ausstrahlungseffekten“ auf die „Gastländer“ tragen und sich in ihren Produktions- und Absatzstrategien an den Reproduktionserfordernissen des Gesamtkonzerns orientieren, gehören die von den sozialistischen Ländern unterstützten Projekte den Entwicklungsländern.

Alternative zum „Brain Drain“, Zinswucher

Mehr noch, sie zielen vor allem auf die Befriedigung der wachsenden Bedürfnisse des Binnenmarkts. „Die Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern tendiert immer weniger auf die Errichtung einzelner Projekte, gleich welcher Größenordnung. Vielmehr zielt sie in wachsendem Maße auf wirtschaftliche Komplexe (industrielle wie agroindustrielle), die eine oder mehr Branchen oder Territorien und alle Stadien des Reproduktionszyklus umfassen. Die sozialistischen Länder stellen konkrete Unterstützung für die Lösung dieses Problems in den Entwicklungsländern bereit, ohne politische, wirtschaftliche oder gesellschaftliche Bedingungen zu stellen.“²⁰

Auch die Hilfe der sozialistischen Länder bei der Ausbildung von Fachkräften unterscheidet sich grundsätzlich von der westlichen „Bildungshilfe“.

Insgesamt wurden bis heute mehr als 1 Mio Menschen aus der Dritten Welt,

teilweise in den sozialistischen Ländern, teilweise vor Ort mit ihrer Unterstützung, ausgebildet. Während beispielsweise in der Bundesrepublik mehr Menschen mit wissenschaftlich-technischer Ausbildung aus der Dritten Welt leben und arbeiten als umgekehrt bundesdeutsche Entwicklungshelfer in den Entwicklungsländern, verzichten die sozialistischen Länder auf diese Form des „Brain Drain“ (siehe AIB 10/1985, S. 28; d. Red.): Das von ihnen ausgebildete Personal kehrt zu 100% in die Heimatländer zurück.

Schließlich muß erwähnt werden, daß sich auch die Zinskonditionen der Wirtschaftshilfe sozialistischer Länder von den Bedingungen, zu denen die Entwicklungsländer bei westlichen Organisationen oder auf dem freien Kapitalmarkt Kredite erhalten können, wesentlich unterscheiden. Ihre Laufzeit beträgt normalerweise 10-15 Jahre und kann auf 25-30 Jahre ausgedehnt werden. Die Zinsen belaufen sich gegenwärtig auf 2-4%. Im Rahmen des RGW erhalten Kuba, Vietnam und die Mongolei kurz- und mittelfristige Kredite zu einem Vorzugszinssatz von 1,5-2%.²¹

Hilfe zu gering?

Gegenstand heftiger Diskussionen ist seit den 70er Jahren die Frage, ob die sozialistischen Länder der Dritten Welt, gemessen an der Forderung der UNO, 0,7% des Bruttosozialprodukts (BSP) für öffentliche Entwicklungshilfe zur Verfügung zu stellen, nicht „zu wenig“ Unterstützung leisten.

Besonders die Vertreter des westlichen Neokolonialismus waren bestrebt, diesen quantitativen Aspekt propagandistisch in den Vordergrund zu spielen, obwohl sie eigentlich kein Interesse an einer Ausweitung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen dem „Osten“ und dem „Süden“ haben. Denn, wie ein einschlägiger Ideologe schreibt: „Das östliche Entwicklungskonzept ist für den Westen nicht nur indifferent, sondern akut schädlich. Neutralität oder Tolerieren im Rahmen gemeinsamer Aktionen würde übersehen, daß östliche Entwicklungspropaganda der Befestigung ideologischer Positionen dient.“²²

Die sozialistische Seite hat sich stets gegen eine Verkürzung des Problems auf quantitative Aspekte zur Wehr gesetzt. Sie konnte dabei zu Recht darauf verweisen, daß die Wirtschaftshilfe der sozialistischen Staaten ausschließlich auf den inneren Akkumulationsquellen ihrer Volkswirtschaften beruht. Gemessen an dem neokolonialen Kapitalabzug (so stehen 1 DM Entwicklungshilfe 4 DM an Kapitalrückflüssen gegenüber²³) ist die westliche Entwicklungshilfe demgegen-

Tabelle 3

Kapazität der von RGW-Ländern in Entwicklungsländern errichteten Projekte, 1980

	laut Abkommen	in Betrieb genommen
Kraftwerke, Mio KW	23	11
Roheisen, Mio t	21,3	10,8
Stahl, Mio t	30	9
Walzgut, Mio t	14	11
Kohle, Mio t	22	3
Öl (Förd.), Mio t	67	63
Öl (Raff.), Mio t	50	30
Bauxit, Mio t	2,5	2,5
Zement, Mio t	7	5
Min. Dünger, Mio t	200	200
Wohnungen, Mio qm	3,5	0,5
Getreidespeicher, Mio t	1,5	1,0
Bahnlinien, 1.000 km	3	2
Straßen, 1.000 km	2,7	1,0

Quelle: Ch. Luft, *The economic relations...*, a.a.O., S. 100

über tatsächlich kaum mehr als eine lächerlich geringe Entschädigung für die wirtschaftliche Ausbeutung der Dritten Welt.

Dennoch haben die sozialistischen Länder in der ersten Hälfte der 80er Jahre Zahlen veröffentlicht, aus denen die Proportionen ihrer Wirtschaftshilfe ersichtlich sind. Danach machte die Hilfe der Sowjetunion zwischen 1976 und 1980 durchschnittlich 1% des BSP aus und hat sich zu Anfang der 80er Jahre auf rund 1,3% erhöht. Für die CSSR, die DDR und Bulgarien beträgt der entsprechende Anteilswert 0,74-0,79% des Nationaleinkommens.²⁴

Selbst wenn man in Rechnung stellt, daß die von den sozialistischen Ländern zugrunde gelegte statistische Bezugsgröße des Nationaleinkommens von der westlichen Kategorie des BSP nach unten abweicht, wird daran deutlich, daß die Leistungen der sozialistischen Länder – gemessen an ihrem jeweils nationalen Wirtschaftspotential und ihrer ökonomischen Leistungskraft – denen der imperialistischen Staaten überlegen sind.

Vorzüge des Tauschhandels

Die weiteren Perspektiven der Entwicklung von Handel und Hilfe der sozialistischen Länder gegenüber der Dritten Welt hängen von verschiedenen Faktoren ab. Eine weitere zügige Ausdehnung der Handelsbeziehungen stieß Anfang der 80er Jahre zweifellos an die Grenzen der krisenhaften Entwicklung des kapitalistischen Weltmarkts.

Ob sich in dieser Verlangsamung jedoch schon eine „Ausschöpfung“ der Möglichkeiten des dem „Ost-Süd-Handel“ zugrundeliegenden Kompensationsschemas andeutet, wie gelegentlich argumentiert wird,²⁵ kann bezweifelt werden. Gerade im Zeichen der durch die Verschuldungskrise extrem zugespitzten Devisenknappheit, bleibt vielen Entwicklungsländern heute schon kein anderer Ausweg als der Übergang zum warenbezogenen Tauschhandel, auch inner-

Tabelle 4

Anzahl der mit Hilfe der UdSSR in Entwicklungsländern errichteten Objekte
Stand: Anfang 1982

	Insgesamt		Industriebetriebe	
	lt. Abk.	in Betrieb	lt. Abk.	in Betrieb
Insgesamt	1.271	705	513	310
darunter				
Länder Asiens	690	408	326	203
Afghanistan	167	78	6	19
Indien	92	56	65	38
Irak	99	73	49	38
Iran	121	81	87	59
VDR Jemen	33	15	11	5
Kampuchea	23	2	4	5
Pakistan	13	8	4	2
Syrien	64	35	24	16
Türkei	13	8	13	8
Länder Afrikas	556	295	174	106
Algerien	120	65	29	25
Angola	28	11	1	
Ägypten	107	95	47	36
Guinea	33	26	12	9
VR Kongo	20	10	5	2
Libyen	15	2	6	2
Madagaskar	9	1	1	
Mali	17	13	3	1
Moçambique	33	6	7	
Nigeria	12	2	2	
Äthiopien	41	4	18	2

Quelle: Außenhandel UdSSR, Moskau, Nr. 6/1982, S.7

halb der „West-Süd“- und der „Süd-Süd“-Beziehungen. Nach manchen Schätzungen macht dieser „barter trade“ heute bereits 30% des Welthandels (verglichen mit 2% 1976) aus.²⁶ Auch für den „Ost-Süd-Handel“ könnten sich daraus neue Impulse ergeben.

Was das oft zitierte „traditionelle“ Muster des „Ost-Süd-Handels“ (überwiegend Rohstoffe gegen Fertigwaren) betrifft, so ist eine Änderung hier sicher nur langfristig zu erwarten. Da die sozialistischen Länder jedoch den Export kompletter Industrieanlagen, vor allem auch für den verarbeitenden Sektor, für den „vielversprechendsten Weg zur Verbreiterung der Beziehungen zur 'Dritten Welt' und zur Steigerung ihrer Effektivität“²⁷ halten, dürften langfristige Strukturveränderungen auch hier unausweichlich sein.

Ein weiterer Anstieg der sozialistischen Wirtschaftshilfe ist grundsätzlich sicherlich von der weiteren positiven Wirtschaftsentwicklung innerhalb der sozialistischen Länder abhängig. Eine entscheidende Bedeutung bekommen in diesem Zusammenhang die zahlreichen Vorschläge seitens der sozialistischen Staaten (zuerst 1973 durch die Sowjetunion innerhalb der UNO), Abrüstungsmaßnahmen in Ost und West vorrangig auch zugunsten größerer Ausgaben in der internationalen Entwicklungshilfe wirksam werden zu lassen.

Gerade die sozialistischen Volkswirtschaften bieten mit ihren gesamtgesellschaftlichen Planungssystemen besonders günstige Voraussetzungen, um freier werdende finanzielle Mittel rasch in zivile Aufgaben der Wirtschaftsentwicklung umzuwidmen und den Zusammenhang von Abrüstung und Entwicklung materiell wirksam werden zu lassen. Die politischen Voraussetzungen für einen solchen Prozeß sind gegenwärtig, vor allem wegen der durch die USA angeheizten Konfrontations- und Hochrüstungspolitik, allerdings nicht gerade rosig.

Anmerkungen:

- 18) Vgl. J. Oltmann, Die Außenwirtschaftsbeziehungen..., a.a.O., S. 31 und 40
- 19) Vgl. H. Faulwetter/G. Liebscher, Zum unüberbrückbaren Gegensatz zwischen „Entwicklungshilfe“ und sozialistischer Hilfe für Entwicklungsländer, in: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin/DDR, Nr. 4/1981, S. 599
- 20) Ch. Luft, The economic relations..., a.a.O., S. 104
- 21) Vgl. J. Oltmann, Die Außenwirtschaftsbeziehungen..., a.a.O., S. 30
- 22) So H. Wegener in: Europa-Archiv, Folge 10/1977, S. 301
- 23) Vgl. epd-Entwicklungspolitik, Nr. 15-16/1985
- 24) Vgl. South, London, März 1985
- 25) Vgl. z.B.: D. Nayyar, Some Reflections on East-South Trade and the Division of Labour, in: epd-Entwicklungspolitik, Nr. 22/1984
- 26) Ch. Luft, The economic relations..., a.a.O., S. 103



4 DM

Das Themenheft der ami

Vom AKW zur Bombe?

analysiert u.a. Stationen bundesdeutscher Nuklearpolitik, die Atomexportinteressen der BRD, untersucht den Atomwaffensperrvertrag und die Nonproliferationspolitik und die Dritte Welt. Eine ausführliche Liste der Nuklearen Schwellenländer 1985, die deren Atomanlagen detailliert auflistet und eine genaue Darstellung der Wege zur Bombe runden das 60 Seiten starke Heft ab. Der Preis beträgt 4 DM (plus Porto)

Bezug: ami-Verlag
Deidesheimer Str.3/1
1000 Berlin 33

Dort gibt es auch kostenlose Probeexemplare der ami, des antimilitaristischen Informationsdienstes.

CUBA Winterreisen 1985

Veranstalter:
Freundschaftsgesellschaft
BRD-KUBA, Bonn

Studienreise Nr.: 8020

DAS KUBANISCHE BEISPIEL – MODELL FÜR DIE „DRITTE WELT“? Ist der sogenannte kubanische Weg für andere Länder der Region, Lateinamerikas oder Afrikas richtungsweisend?

Vom 21.12.85 bis 10.1.86
DM 2.955,- mit Halbpension

Studienreise Nr.: 8022

KUBA FÜR ANFÄNGER – eine Informationsreise für alle, die sich zum ersten Mal über Land und Leute vor Ort informieren wollen.

Vom 25. 12. 85 bis 11. 1. 86
Ab / an Luxemburg DM 2595,- mit Halbpension

Studienreise Nr.: 8023

SOZIALE EINRICHTUNGEN UND MASSENORGANISATIONEN IN KUBA – die Teilnehmer erhalten einen Einblick in die Planungs- und Entscheidungsstrukturen der Massenorganisationen und die Bedeutung entsprechender sozialer Einrichtungen.

Vom 25. 12. 85 bis 11. 1. 86
An / ab Luxemburg DM 2.595,- mit Halbpension

Studienreise Nr.: 8024

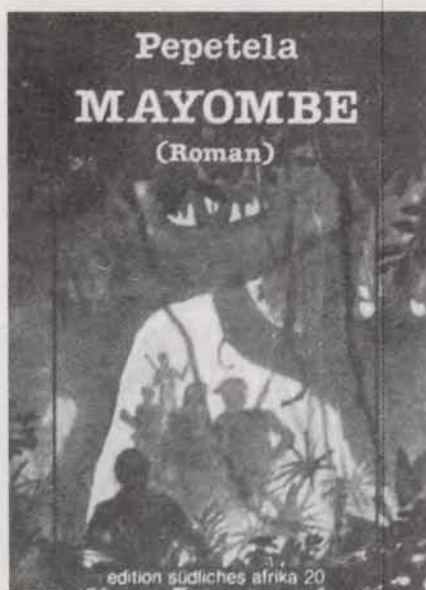
BILDUNGS- UND ERHOHLUNGSREISE FÜR ALLE AKTIVEN VETERANEN DER DEMOKRATISCHEN UND ARBEITERBEWEGUNG UNSERES LANDES

Vom 25. 12. 85 bis 11. 1. 86
An / ab Luxemburg 2.595,- DM mit Halbpension

Weitere Informationen und Buchungen
bei der Freundschaftsgesellschaft
BRD-Kuba, Kaiserplatz 3, 5300 Bonn 1,
0228 / 210648



Roman zu Angola „Mayombe“, die Mutter



Pepetela: Mayombe, edition südliches afrika 20, Informationsstelle Südliches Afrika, Bonn 1985, 17,80 DM.

Mayombe ist der Regenwald in der angolanischen Exklave Cabinda. Mayombe, so Pepetela in einem Interview, „ist die Mutter. Er schützt, aber ist zur gleichen Zeit Feind, wie die Gesellschaft, in der sich der Kampf abspielt, Mutter der kommenden Gesellschaft ist, aber bekämpft werden muß“.

Der Kampf um das neue Angola ist das Thema des Romans Pepetelas – geschrieben 1971 an der Cabinda-Front. Im Zentrum des Romans steht eine Einheit der später siegreichen Volksbewegung für die Befreiung Angolas (MPLA). Ihr gemeinsames Ziel ist die Befreiung Angolas vom Joch des Kolonialismus. Aber die Kämpfer kommen aus verschiedenen Klassen und Regionen.

Die Motivation der einzelnen Protagonisten, von denen wichtige Züge schon in den Namen wie Sem Medo (ohne Furcht), Teoria (Theorie), Mundo Novo (Neue Welt) oder Lutamos (wir kämpfen) signalisiert werden, sind unterschiedlichster, z.T. ausgesprochen persönlicher Natur. Sie sind noch – wie sollte es auch anders sein – zutiefst durch die koloniale Gesellschaft geprägt. So mißtraut der Bauer Milagre (Wunder) aus der Ethnie der Kimbunde dem Comandante, nur weil dieser ein Nkongo ist. Diese Konflikte müssen überwunden werden – im Befreiungskampf entsteht die angolansische Nation.

Es geht auch um das Verhältnis von politischer und militärischer Aktion. Für

Godehard Cernik ist „seit den Überlegungen Rosa Luxemburgs über die Verantwortbarkeit von Gewalt im revolutionären Prozeß diese Frage in der Literatur so differenziert nicht mehr dargestellt worden“ (Nachwort, S. 273).

So reflektiert der Guerillero Sem Medo: „Klar denkend verstehen sie (die Guerilleros), daß der Feind vor ihnen als einzeln genommen, ein Mensch ist wie sie, aber er verteidigt das Unrecht und muß vernichtet werden. (...) Der feindliche Soldat kann sogar im Widerspruch zu der Sache stehen, die zu verteidigen er gezwungen wird. Der revolutionäre Kämpfer weiß das; er kann sogar denken, daß jener Feind ein guter Bauer oder gesunder Arbeiter ist, nützlich und einsatzbereit unter anderen Umständen, aber daß er hier vergiftet von Vorurteilen

ist, von der herrschenden Klasse soweit gelenkt, daß er tötet. Der Revolutionär muß einen Kompromiß eingehen zwischen dem abstrakten Feindeshaß und der Sympathie, die das Einzelwesen Feind ihm einflößen kann.“ (S. 232f.)

Dies alles wirft auch die Frage nach der „neuen Gesellschaft“ auf. Auch hierüber diskutieren die Befreiungskämpfer in Pepetelas Roman. Überhaupt ist der Roman stark durch Dialoge und Monologe, in denen die Protagonisten ihre Ein- und Vorstellungen offenlegen, geprägt.

Pepetela, mit richtigem Namen Artur Carlos Mauricio Pestana dos Santos, der selbst vor und nach der Unabhängigkeit in der MPLA bzw. der Regierung wichtige Funktionen wahrnahm, wirft in diesem Buch Fragestellungen auf, die weit in das heutige Angola hineinreichen und auch für andere Befreiungskämpfe höchst lehrreich sind.

Ein enorm wichtiges Buch nicht nur für die Angolaner, sondern für alle, die Befreiungskämpfe unterstützen. J. Becker

Lesermeinungen ● Standpunkte

Tamilen differenzieren!

Ich möchte eine Anmerkung zum **Tamilen-Artikel** in AIB 8-9/1985 (S. 49ff.) machen. Die Autoren schreiben u.a.: „Obwohl sich diese Guerillaorganisationen vage zur Errichtung eines sozialistischen Staates Tamil Eelam bekennen, spielt die Frage, daß sich sowohl die singhalesische als auch die tamilische Bourgeoisie des Chauvinismus bedienen, um ihre Interessen zu wahren, in ihrer Politik keine Rolle. Wirtschaftliche und soziale Forderungen werden nicht erhoben, ein gemeinsamer Kampf mit nationalen Linksparteien findet nicht statt. Es wird einseitig ein bewaffneter Kampf geführt...“

Dem möchte ich Aussagen von zwei dieser Organisationen entgegenstellen. In einem Interview mit dem „Arbeiterkampf“ (11.2.1985) betont ein Vertreter der „Liberation Tigers of Tamil Eelam“, daß seine Organisation für einen sekulären sozialistischen Staat eintrete und daß bei den notwendigen tiefgreifenden sozialen und kulturellen Veränderungen die besondere Aufmerksamkeit der LTTE der Unterdrückung der Frauen gelte.

Die „People's Liberation Organization of Tamil Eelam“ (PLOT) betont in einem Interview mit der Zeitschrift „PFLP-Bulletin“ (6/9/1983): „Nationale Befreiung ist nicht das Objekt unserer Politik, es ist nur das Subjekt; das Objekt ist der Sozialismus. Deshalb verteilen wir auch unter den gegenwärtigen Bedingungen in den befreiten Gebieten Land und versuchen das Bewußtsein zu heben... Wegen des Plantagen-Proletariats und des großen Landproletariats in der tamilischen Nation und auch wegen der Existenz der armen Bauern ist es klar, daß der Kampf für nationale Befreiung auch ein Kampf dafür ist, daß die unterdrückten Klassen – die Arbeiterklasse und die Bauernschaft – die Macht in der tami-

lischen Nation übernehmen... Erstmals wird das Plantagen-Proletariat jetzt auf revolutionärer Grundlage organisiert.“

Bezüglich des gemeinsamen Kampfes mit den offenbar vor allem singhalesischen Linksparteien heißt es in diesem Interview: „Wir kämpfen für die Befreiung des Tamil sprechenden Volkes, weil es hier nationale Unterdrückung gibt, aber auch, weil das der einzige Weg ist, zumindest in einem Teil der Insel den Sozialismus zu erreichen. Wir lassen aber unsere Optionen offen: Wenn die singhalesischen Revolutionäre sich erheben sollten, sind wir bereit, uns ihnen für eine Revolution im ganzen Land anzuschließen.“

In dem Interview mit dem Vertreter der LTTE ist u.a. von dem „historischen Versäumnis der singhalesischen Linken die Rede, sich auch unter den arbeitenden Massen der Tamilen eine Basis aufzubauen“. Dieses fehlende Bewußtsein hat dazu geführt, daß heute keine der singhalesischen Linksparteien, einschließlich der marxistischen, unseren Befreiungskampf unterstützt. Wir berufen uns in der Auseinandersetzung mit der singhalesischen Linken auf Lenins Texte zur Nationalitätenfrage und dem Selbstbestimmungsrecht der Nationen... Ein befreites sozialistisches Tamil Eelam wäre dem singhalesischen Proletariat ein revolutionärer Verbündeter gegen die eigene Bourgeoisie.“

Die im AIB erschienene „Gemeinsame Erklärung der Linksparteien Sri Lankas“ deutet in der Tat darauf hin, daß diese Kritik begründet ist. Eine Parallele gibt es z.B. in der Entwicklung der Position der türkischen Linken zum Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes. Die Haltung der singhalesischen Linken zu den als „bewaffnete Jugendgruppen“ bezeichneten revolutionären tamilischen Organisationen ist wohl kaum eine gute Basis für einen gemeinsamen Kampf.

Dr. Lothar A. Heinrich, Bonn

Ausländer in der BRD

Das Oberverwaltungsgericht Lüneburg hat der Serie ausländerfeindlicher Urteile ein weiteres hinzugefügt: Die Möglichkeit, nach seiner Heimkehr in die Türkei wieder gefoltert zu werden, begründe – so das Gericht – für einen in der Bundesrepublik lebenden Kurden noch lange keinen Asylanspruch. Der betroffene Kurde, dem das Gericht ohne Revisionsmöglichkeit den Asylantrag verweigerte, war wegen seines Eintretens für die Rechte seiner Volksgruppe in der Türkei bereits mehrfach eingesperrt und gefoltert worden.

Um der wachsenden Ausländerfeindlichkeit in der Bundesrepublik zu begegnen, hat unterdessen die DGB-Jugend eine Kampagne gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit ins Leben gerufen. DGB-Bundesvorstandsmitglied Ilse Brusis erklärte zu Beginn der Kampagne „Mach meinen Kumpel nicht an!“. „Die Politik der derzeitigen Bundesregierung hat bisher wenig dazu beigetragen, Ausländerfeindlichkeit wirksam zu bekämpfen.“ Geplant sind u.a. Unterschriftensammlungen sowie Veranstaltungen und Konzerte mit bekannten Künstlern.

Türkei-Solidarität

Die von sechs türkischen und kurdischen Organisationen anlässlich des 5. Jahrestages des faschistischen Militärputsches in der Türkei durchgeführte bundesweite Aktionswoche vom 9.-14. September d.J. ist – nach Angaben der Veranstalter – erfolgreich verlaufen.

Die in mehr als 50 Städten der Bundesrepublik organisierten Aktionen stießen auf große Resonanz in der demokratischen Öffentlichkeit und wurden u.a. auch von den Gewerkschaften und der Friedensbewegung unterstützt. So konnten 20 Pressekonferenzen, 30 Info-Stände, 20 Mahnwachen, 21 Podiumsdiskussionen, 25 Demonstrationen und Kundgebungen und 15 Solidaritätsabende durchgeführt werden.

Südafrika-Demonstration

10.000 demonstrierten am 21. September d.J. in Bonn unter dem Motto „Freiheit für Südafrika und Namibia! Boykottiert Apartheid!“. Außerufen zu dieser bisher größten Anti-Apartheid-Demonstration hierzulande hatten 70 Organisationen aus der Dritten Welt und Friedensbewegung, christliche Gruppen, Parteien, Jugend- und Studentenverbände. Auf der Kundgebung sprachen neben Rednern aus der BRD eine Vertreterin des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC), der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO), Dr. Wela Boesak, Bruder des Präsidenten des Reformierten Weltbundes Allan Boesak und

ein Schüler aus Südafrika. Sie alle betonten die Bedeutung der Solidarität mit dem Volk von Südafrika und stellten die Forderung nach umfassenden Sanktionen gegen das rassistische Südafrika in den Vordergrund.

Der Rüstungsexport gegen Südafrika stand auch im Zentrum der Aktionstage (4./5.10.1985) gegen militärisch-nukleare Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Südafrika. In zahlreichen Städten organisierten Gruppen der Solidaritätsbewegung gemeinsam mit anderen demokratischen Organisationen Aktionen gegen Rüstungslieferanten wie Daimler Benz, Messerschmidt-Bölkow-Blohm u.a. und gegen die großen Banken als Finanziers der Apartheid.

Atomwaffensperrvertrag

19 Organisationen der Friedens-, Dritte Welt- und Anti-AKW-Bewegung, die Grünen im Bundestag, die Friedensliste und die SPD-Hessen Süd führten am 6.-8. September 1985 in Bonn eine Konferenz „Atombomben – made in Germany?“ anlässlich der in Genf stattfindenden 3. Überprüfungs-konferenz des Atomwaffensperrvertrags durch.

In zahlreichen Referaten wurde erarbeitet, daß sich die BRD den Zugriff zur Atombombe technisch und wissenschaftlich gesichert hat, daß sie mit ihrer Beteiligung am SDI-Aufrüstungsprogramm Ronald Reagans (siehe AIB-Sonderheft 4/1985) den Atomwaffensperrvertrag ebenso unterläuft wie mit der Stationierung atomarer Erstschlagwaffen (Pershing II, Cruise Missiles).

Interessant für die Solidaritätsbewegung ist vor allem die Einschätzung, daß die BRD diese Unterlaufungsstrategie im Hinblick auf Staaten wie Südafrika seit Jahren praktiziert, denn sie lieferte, obwohl Südafrika keine internationale Kontrolle seiner nuklearen Anlagen zuläßt, technisches Know-how und Nukleartechnologie an Südafrika, wodurch dieses die Atombombe produzieren kann. Hiermit verstößt die BRD eindeutig gegen den Nichtverbreitungsvertrag.

Angesichts der Bedeutung der Themen der Konferenz ist es bedauerlich, daß es unter Täuschung der meisten Organisationen des Trägerkreises einigen Organisationen gelungen war, den Generalsekretär der Südwestafrikanischen Nationalunion (SWANU) einzuschleusen. Er sollte über den völkerrechtswidrigen Uranabbau der bundesdeutschen Rössing-Gesellschaft in Namibia aussagen.

Als das Täuschungsmanöver bekannt wurde, lud der Trägerkreis zwar die SWANU als offizielle Gäste wieder aus, jedoch nahmen zahlreiche ihrer Mitglieder und Funktionäre an der Konferenz teil. Hierdurch sahen sich die anerkannten Befreiungsbewegungen Namibias und Südafrikas, SWAPO und ANC, gezwungen, ihre Teilnahme an der Konferenz abzusagen.

Namibia-Anhörung

Am 16./17.9.1985 veranstalteten die Grünen im Bundestag in Zusammenarbeit mit der Informationsstelle Südliches Afrika eine öffentliche Anhörung zu: „BRD und Namibia: Stand der Beziehungen und Perspektiven für die Unabhängigkeit“. An ihr nahmen eine Delegation der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) unter Führung ihres Präsidenten Sam Nujoma, der UN-Rat für Namibia und zahlreiche afrikanische Diplomaten teil. Hingegen blieben Beamte des Auswärtigen Amtes

und Vertreter von Industrie und Banken sowie der in Namibia tätigen Stiftungen trotz Einladung der Anhörung fern.

Die Weigerung des Auswärtigen Amtes, an der Anhörung teilzunehmen, und die Ablehnung Genschers, den SWAPO-Präsidenten Sam Nujoma zu empfangen, können als weiteres Indiz dafür gewertet werden, daß innerhalb der Rechtskoalition die Genscher-Position einer Unterstützung der UN-Resolution 435, die über Wahlen unter UN-Aufsicht zur Unabhängigkeit führen soll, immer stärker geschwächt ist. SWAPO-Präsident Nujoma und andere Sprecher der SWAPO sprachen sich unmißverständlich gegen „Entwicklungshilfe“ vor der Unabhängigkeit, die das Besatzungsregime und seine lokalen Marionetten stützt, aus.

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit unterstützte jedoch Projekte – vor allem politischer Stiftungen – in Namibia mit 30 Mio DM in den letzten Jahren, so Grünen-Fraktionsgeschäftsführer Michael Vesper. Auch die fortgesetzte, völkerrechtswidrige Ausbeutung und Ausfuhr namibischer Rohstoffe (vor allem Uran) durch bundesdeutsche Firmen wurde festgestellt. Gegen solche Verletzungen des UN-Dekrets Nr. 1 wird der UN-Rat für Namibia jetzt Musterprozesse führen.

In der Abschlusserklärung konstatierten die Veranstalter, umfassende Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika seien unerlässlich, und versprachen die Unterstützung des „Freiheitskampf(s) des namibischen Volkes unter Führung der SWAPO“.

Südafrika: Moloise hingerichtet



Malesela Benjamin Moloise (31 Jahre), Dichter und Mitglied des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC), wurde am Morgen des 18. Oktober d.J. im Zentralgefängnis von Pretoria hingerichtet. Auch Proteste aus aller Welt, darunter seitens des UN-Generalsekretärs de Cuellar und der EG, konnten die südafrikanische Regierung nicht daran hindern, das Todesurteil zu vollstrecken.

M.B. Moloise selbst hätte noch kurz vor seiner Hinrichtung durch seine Mutter sagen lassen, er ginge zum Galgen, „singend über die Freiheitskämpfer“. Seine Gedanken gälten dem kämpfenden Volk seines Landes. Der ANC gab noch in der Nacht zum 18. Oktober eine Erklärung ab, daß die Hinrichtung Moloises, falls sie nicht zu verhindern sei, zu einem Signal für noch größere Schläge gegen den Feind überall im Land werden müsse.



Mittelamerika

Am 12. September d.J. legten die Staaten der Contadora-Gruppe (Mexiko, Kolumbien, Venezuela und Panama) den zweiten Entwurf eines Friedensplans für die mittelamerikanischen Staaten vor, der bis zum 20.11.1985 unterzeichnet werden soll. Der erste Entwurf war am 8.9.1984 vorgelegt und auf Betreiben der USA von Kostarika, El Salvador und Honduras abgelehnt worden, nachdem Nikaragua seine Zustimmung bekundet hatte (siehe AIB 11-12/1984, S. 70ff.).

Obwohl Managua einige Passagen des neuen Entwurfes kritisierte – er sieht nicht mehr den sofortigen, sondern den schrittweisen Abzug aller Militärberater aus der Region vor – stimmte die nikaraguanische Regierung einer Unterzeichnung zu. Die USA haben unterdessen ihre Verbündeten in der Region erneut zu einer Torpedierung des Vertragsentwurfes aufgefordert.

In einem Geheimpapier der Reagan-Administration vom 4.9.1985 war erklärt worden, daß „ein Zusammenbruch (des Contadora-Friedensprozesses) besser als ein schlechtes Abkommen wäre“. Das vorgesehene Verbot von Manövern ausländischer Truppen, der Unterstützung oppositioneller Gruppierungen und der Abzug der Militärberater ist den USA vor allem ein Dorn im Auge. Um den Plan zum Scheitern zu bringen, versuchten El Salvador, Honduras und Kostarika vor allem eine Klausel zu verankern, die Nikaragua zu Verhandlungen mit den „Contras“ zwingen soll. Dies lehnt Managua kategorisch ab.

Chile

Am 2. Oktober d.J. hat der chilenische Diktator Pinochet die am 25.8.1985 von 11 Parteien, die von der linken Mitte bis zur Rechten reichen, vorgelegte „Nationale Übereinkunft zum Übergang zur vollständigen Demokratie“ als „annehmbar und interessant“ bezeichnet. Noch am 11. September d.J., dem 12. Jahrestag seines Putsches, hatte er den Demokratisierungsplan scharf verurteilt.

Der Plan war unter Ausschluß der in der Demokratischen Volksbewegung zusammengeschlossenen Linksparteien vereinbart worden. Diese kritisierten vor allem, daß weder der sofortige Rücktritt Pinochets noch die Aufhebung der faschistischen Verfassung gefordert wurden. Beim US-Außenministerium fand das Dokument hingegen Unterstützung. Der Sinneswandel Pinochets war offensichtlich auch auf die Unterstützung von Teilen der Armee für die Oppositionsforderungen zurückzuführen. Das ehemalige Juntamitglied Gustavo Leigh hatte die Nationale Übereinkunft mitunterschieden. Der Oberbefehlshaber der Luftwaffe und Juntamitglied, General Fernando Matthei, hatte sich am 1.10.1985 positiv dazu geäußert und erklärt, daß die Verfassung verändert werden könnte.

Unterdessen ging die Repression gegen Teilnehmer am Protesttag vom 4.9.1985 weiter. Auf Antrag des Innenministeriums waren 97 Strafverfahren gegen Oppositionspolitiker, Gewerkschafts- und Studentenführer eingeleitet worden. Die Führer des Nationalkommandos der Werktätigen (CNT), das den Protesttag organisiert hatte, Rodolfo Seguel und Manuel Bustos, wurden verhaftet.



Der Hafen von Noumea (Neukaledonien) wird zu einem französischen Flottenstützpunkt ausgebaut

Panama

Am 27. September d.J. ist in Panama unter dem Druck der Militärs der seit 11 Monaten amtierende Staatspräsident Nicolas Ardito Barletta zurückgetreten. Als sein Nachfolger wurde der bisherige Vizepräsident, Eric Arturo Delvalle, dessen Republikanische Partei lediglich über 2 Sitze im Parlament verfügt, vereidigt. Der am 4.10.1985 neugebildeten Regierung gehören wie bisher vor allem Mitglieder der Demokratischen Revolutionären Partei (PRD) an, die von dem ehemaligen Staats- und Armeechef Omar Torrijos gegründet worden war.

Anlaß für den erzwungenen Machtwechsel war die Absicht Barlettas, die Ermordung des ehemaligen Vizegesundheitsministers Hugo Spadafora zu untersuchen. Spadafora hatte 1978 auf Seiten der Sandinistas gekämpft und sich später in Kostarika den „Contras“ angeschlossen. Bei einem Besuch in Panama war er angeblich von Militärs festgenommen und am 14.9.1985 ermordet aufgefunden worden. Spadafora hatte den Oberbefehlshaber der Armee, General Noriega, u.a. der Korruption und des Drogenschmuggels bezichtigt. Hintergrund für die Absetzung Barlettas waren aber vor allem der Widerstand der Militärführung, der Gewerkschaften und seiner eigenen Partei, der PRD, gegen seine ultraliberale Wirtschaftspolitik im Sinne des Internationalen Währungsfonds (IMF) und seine enge Anlehnung an die USA.

Nichtpaktgebundene

Unter Teilnahme von Vertretern aus 95 der 101 Mitgliedsstaaten und -organisationen fand vom 4.-10. September d.J. die 8. Ordentliche Ministerkonferenz der Bewegung der nichtpaktgebundenen Staaten in der angolanischen Hauptstadt Luanda statt. Hauptthemen dieser Konferenz waren die politische Lage im Südlischen Afrika, die Verschuldung der Entwicklungsländer und das Wettrüsten.

In der Deklaration von Luanda sowie der gemeinsamen Abschlusserklärung verurteilten die Teilnehmer scharf die rassistische Apartheidpolitik Südafrikas, ohne deren Abschaffung es keine friedliche Entwicklung in der Region geben könne. Zudem wurde überwie-

gend die Auffassung vertreten, daß Südafrika aufgrund der Unterstützung durch die imperialistischen Mächte seine Destabilisierungs- und Aggressionspolitik unvermindert fortsetzen kann. Die Aggressionsakte Pretorias gegen die Völker Südafrikas und Namibias als auch gegen die Frontstaaten seien als Angriffe auf die gesamte Bewegung aufzufassen.

Desweiteren bezeichneten die Vertreter der Nichtpaktgebundenen die Schulden der Entwicklungsländer als unbezahlbar. Eine Schuldentrückzahlung dürfe einen festzusetzenden Prozentsatz des Exporteinerlöses nicht übersteigen und müsse den wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnissen der Entwicklungsländer Rechnung tragen.

Der von den USA forcierten Militarisierung des Weltraums erteilten die Nichtpaktgebundenen eine klare Absage und forderten eine Beendigung des Wettrüstens. Sie wollen ihre gemeinsamen Anstrengungen zur Friedenssicherung und Abrüstung weiter verstärken.

Nach einem weiteren Beschluß der Konferenz soll die 8. Gipfelkonferenz der Staats- und Regierungschefs der Bewegung 1986 in Harare (Zimbabwe) abgehalten werden. Zimbabwes Ministerpräsident Robert Mugabe wird dann für 3 Jahre den Vorsitz in der nichtpaktgebundenen Bewegung übernehmen.

Neukaledonien

Bei den Wahlen zu vier Regionalräten der französischen Pazifikkolonie Neukaledonien am 29.9.1985 erreichte die rechtsgerichtete Sammlungsbewegung für ein Kaledonien in der Republik (RPCR) 52,0% der Stimmen sowie 25 der 46 Sitze in dem aus den Regionalparlamenten zu bildenden Kongreß.

Die für die Unabhängigkeit kämpfende Kanakische und Sozialistische Nationale Befreiungsfront (FLNKS), errang jedoch die Mehrheit in drei der vier Regionalparlamente, die über eine weitgehende Autonomie verfügen. Sie erhielt 28,8% der Stimmen und insgesamt 16 Sitze.

Auf die faschistische Nationale Front entfielen drei Sitze (7,4%) und auf die Sozialistische Kanakische Befreiung (LKS), die für eine Unabhängigkeit in enger Assoziation mit Frankreich eintritt, ein Sitz (6,43%).

Die Wähler der einheimischen kanakischen Volksgruppe, die 43% der Bevölkerung aus-

macht (bei einem geringeren Anteil unter den Wahlberechtigten), haben sich damit fast zu 100% für Parteien entschieden, die die Unabhängigkeit fordern.

Diese werden jedoch schwerlich bei einem nach den französischen Wahlen 1986 anberaumten Referendum eine Mehrheit erzielen können, da die Bevölkerungsmehrheit der vorwiegend weißen Siedler weiterhin die Unabhängigkeit, selbst bei Beibehaltung enger Bindungen an Frankreich, ablehnt (siehe AIB 2/1985, S. 29ff. und 6/1985, S. 54).

Indien

Bei den am 25. September d.J. durchgeführten Regionalwahlen im krisenerschütterten indischen Bundesstaat Punjab konnte die „gemäßigte“ Sikh-Partei Akali Dal einen deutlichen Sieg über die Kongreß-Partei von Ministerpräsident Rajiv Gandhi erringen. Beide Parteien hatten im August d.J. ein Abkommen zur Beilegung des Konflikts geschlossen und Wahlen vereinbart (siehe AIB 10/1985, S. 59). Nach dem offiziellen Ergebnis gewann die Sikh-Partei 73 der 115 Sitze im Regionalparlament und kann damit die erste Landesregierung des Punjab, nach 2 Jahren Direktregierung durch die Zentralregierung in Delhi, bilden. Die Kongreß-Partei gewann 32 Mandate, gerade halb so viele wie 1980. Indiens Ministerpräsident Rajiv Gandhi bezeichnete die Wahl als einen Sieg der Demokratie und die – trotz der Terrorwelle und des Boykottaufzugs militanter Sikhs – hohe Wahlbeteiligung von 60% als einen Schlag gegen die separatistischen Terroristen.

Unterdessen wurde der 60jährige Präsident der Akali Dal, Surjit Singh Barnala, Amtsnachfolger des erst im August d.J. von militanten Sikhs ermordeten Harchand Singh Longowal, zum neuen Chefminister des Punjab vereidigt.

Philippinen

Ende September kam es aus Anlaß des 13. Jahrestages der Verhängung des Kriegsrechts (21.9.1973) zu Massendemonstrationen gegen die Herrschaft von Präsident Marcos. Landesweit beteiligten sich 100.000 Menschen. Auf der Insel Mindanao rief die Opposition zu einem zweitägigen Generalstreik auf.

Am 20. September d.J. waren bei ähnlichen Protesten auf der Insel Negros 20 Menschen durch Militärs erschossen worden. Bereits Anfang September d.J. war es zu Aktionen von Journalisten gekommen, die gegen sich häufende Morde an Kollegen – bislang 12 im laufenden Jahr – aufmerksam machten. Zehntausende protestierten außerdem gegen die offensichtlichen Bemühungen des Gerichts, im Prozeß um die Aufklärung des Mordes an dem im August 1983 heimgekehrten Oppositionspolitikers Benigno Aquino die wahren Hintermänner in der Armeeführung zu decken.

Trotz wachsender Isolierung des Regimes will Ferdinand Marcos bei den für 1987 regulär stattfindenden Wahlen wieder für eine sechsjährige Amtsperiode kandidieren.

Moçambique

Mit Unterstützung zimbabwischer Truppen nahm die Armee Moçambiques während einer Offensive im August und Anfang September d.J. mehrere Basen des Nationalen Moçambikanischen Widerstands (RNM), in dessen

Reihen inzwischen auch Söldner aus der BRD, den USA, Großbritannien, Israel und Portugal kämpfen, in Zentral-Moçambique ein. In der am 28. August eroberten RNM-Hauptbasis Gorongosa fanden die Truppen Moçambiques Dokumente, welche die fortgesetzte, vertragswidrige südafrikanische Unterstützung des RNM auch nach Abschluß des Nkomati-Vertrags am 16.3.1984 eindeutig beweisen.

Am 19.9.1985 bestätigte die südafrikanische Regierung die eigene Vertragsverletzung offiziell. Die Liste der zugegebenen Vertragsverletzungen umfaßt u.a.: regelmäßige südafrikanische Waffen- und Munitionslieferungen an den RNM, Unterstützung im Kommunikationsbereich, Bau von Landebahnen und anderen Einrichtungen in RNM-Basen, Lieferung von Medikamenten und Lebensmitteln. Der stellvertretende südafrikanische Außenminister Louis Nel war in den letzten 3 Monaten dreimal „heimlich“ bei der RNM-Basis in Gorongosa zu Besuch gewesen.

Eine Fortsetzung fand Moçambiques Politik der Westöffnung im Staatsbesuch Präsident Samora Machel in den USA vom 20.-24. September d.J. Dabei versprach US-Präsident Ronald Reagan, das Land wirtschaftlich zu unterstützen.

Sudan

Am 26. September d.J. scheiterte in der sudanesischen Hauptstadt Khartum ein Putschversuch gegen den seit April d.J. amtierenden Militärrat unter General Dhahab (siehe AIB 5/1985, S. 6ff.). Urheber der Aktion waren Soldaten der sudanesischen Armee, die aus dem Süden des Landes stammen und Anhänger der dort operierenden Volksbefreiungsarmee des Sudan (SPLA) sind.

Wenige Tage zuvor wurden bei schweren Unruhen 4 Menschen getötet und ca. 50 schwer verletzt, nachdem die reaktionären Moslembrüder eine verbotene Demonstration für eine militärische Niederschlagung des Aufstands im Süden durchgeführt hatten. Ziel dieser Provokation war es wohl in erster Linie, den sich anbahnenden Dialog zwischen der SPLA und der Zentralregierung zu hintertreiben.

Die SPLA, die für die Autonomie des nichtarabischen Südens und für Demokratie im Sudan kämpft, konnte seit dem Sturz Numeiris die befreiten Gebiete ausdehnen. Als Vorbedingung für Verhandlungen fordert die SPLA die

Ersetzung von Übergangsregierung und Militärrat durch ein demokratisches Gremium, die sofortige Abschaffung der 1983 eingeführten islamischen Rechtsprechung sowie die Annulierung der mit Lybien und Ägypten geschlossenen Verträge über militärische und wirtschaftliche Zusammenarbeit. Die friedliche Beilegung dieses „Nord-Süd-Konflikts“ wäre eine wichtige Voraussetzung, um das brennendste Problem des Landes, die Hungersnot, angehen zu können.

Israel-Palästina

Am 1.10.1985 griffen acht israelische Kampfflugzeuge vom Typ F-16 das Hauptquartier der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) in Tunis an und zerstörten es nahezu vollständig. 70 Palästinenser und Tunesier wurden getötet, über 100 verletzt. Israel rechtfertigte sein Vorgehen als „Vergeltungsschlag“ für die Ermordung von drei israelischen Staatsbürgern im zypriotischen Larnaka durch „PLO-Terroristen“. Die PLO allerdings hatte dieses Attentat verurteilt und erklärt, sie habe nichts damit zu tun.

Der israelische Luftangriff wurde in der ganzen arabischen Welt wie auch vom Weltsicherheitsrat als flagrante Verletzung der UNO-Charta und des Völkerrechts verurteilt. Die tunesische Regierung sprach von einem Akt des Staatsterrorismus.

Auch die Außenminister der EG und die Bundesregierung bezeichneten den israelischen Angriff als „eindeutig völkerrechtswidrig“. Einzige die Regierung Reagan unterstützte die Aktion vorbehaltlos und nannte sie eine „legitime Repressalie“ und einen „Ausdruck von Selbstverteidigung“. In Kairo und anderen arabischen Hauptstädten sprach man sogar von einer direkten Mitverantwortung der USA für den Überfall. Ohne die Hilfe der im Mittelmeer kreuzenden US-Flotte, die vermutlich Navigationshilfe gegeben habe, sei der Flug der israelischen Bomber nicht möglich gewesen, heißt es. Die israelische Tageszeitung Al-Ittihad sah in dem Vorgehen Israels gegen die PLO den Versuch amerikanisch-israelischer Bemühungen, echte umfassende Friedensverhandlungen zu verhindern. Der Angriff habe die PLO schwächen sollen, um die geplante Neuaufgabe des Camp-David-Prozesses möglichst ohne PLO und unter Ausschaltung der palästinensischen Interessen zu bewerkstelligen.

Zeitschriftenschau

ila-info, Nr. 89/September 1985

Schwerpunktthema: **Multinationale Konzerne am Amazonas – Die Ausbeutung Amazoniens und ihre ökologischen Folgen** ● Verschuldung: Widerstand der hochverschuldeten Länder Lateinamerikas gegen die Politik der Banken und des IMF ● „Deutscher Mexiko-Tourismus“ ● Autonomie-Debatte an Nicaraguas Atlantikküste ● „No future in El Salvador?“: Lesermeinungen
 Einzelpreis 3 DM; Abo 25, 30 bzw. 35 DM
 Bezug: ila, Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

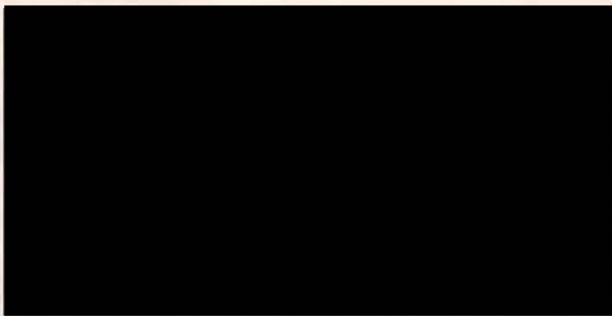
FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nr. 95/September 1985

Schwerpunktthema: **Küstungsexport und militärisch-nukleare Zusammenarbeit BRD-Südafrika** ● Nationalstaat und kulturelle Identität in den Ländern der Dritten Welt ● Pharma-Kampagne: Die Firma Hoechst ● Kaffee-Kampagne ● Südafrika ● Gentechnologie im Agrarsektor
 Einzelpreis 3 DM; Abo 36 bzw. 50 DM
 Bezug: FEA-Verlag, Ruhrstr. 14, 4040 Neuss 21

Blätter des iz3w, Nr. 128, September 1985

Schwerpunktthema: **Medien in der Dritten Welt** ● Medien und Entwicklung ● Bundesdeutsche Medienhilfe ● Deutscher Programmexport ● Medien im frankophonen Südafrika, im afghanischen Widerstand, in Südafrika, Brasilien und Indonesien ● Berichte zu: Iran-Irak: bundesdeutsche Gespräche ● Honduras: Salvadorianische Flüchtlinge ● Famsama: Bilanz
 Einzelpreis 5 DM; Abo 40 bzw. 30 DM
 Bezug: Aktion Dritte Welt e.V., Postfach 5328, 7800 Freiburg

D 7426 E
Postvertriebsstück
 Zeitungsgebühr bezahlt
 AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg



DAS GEBURTSTAGSGESCHENK



Nunmehr **15 Jahre** ist es her, seit im Juni 1970 die erste Ausgabe des AIB erschien. Seitdem ist aus dem AIB die **auflagenstärkste** deutschsprachige Monatszeitschrift zur Dritten Welt mit Abonnenten in fast 60 Staaten geworden.

Uns ist das **nicht genug**. Zuwenige wissen Bescheid über Reagans Krieg gegen Nikaragua, über die Volksaufstände in Südafrika, über den libanesischen Widerstand, über den US-Aufmarsch im Pazifik, über die bundesdeutsche Verwicklung im Nahen und Mittleren Osten, über die Ursachen der Hungerkata-

strophien und der Verschuldungskrise. Und zuwenige sind aktiv gegen die imperialistische Politik in der Dritten Welt.

Deshalb brauchen wir mehr Leser – und deshalb bekommt **jeder** der uns einen **neuen Abonnenten nennt** ein aktuelles Dritte-Welt-Buch **geschenkt**.

Das Ganze ist denkbar einfach: **Abokarte** in der Heftmitte ausfüllen, eines der unten abgebildeten Bücher angeben (oder die vollständige Liste anfordern) und abschicken. Das Buch wird sofort ausgeliefert (bei Erteilung einer **Abbuchungsvollmacht**) oder nach Bezahlung des Abopreises von **25 DM**.



Fidel Castro
 ... wenn wir überleben wollen
 Weltkreis Verlag
 296 Seiten, 16,80 DM



D. Engels / J. Scheffran / E. Sieker
Die Front im All
 Pahl-Rugenstein Verlag
 256 Seiten, 10,- DM



James Matthews
Schattentage
 Roman aus Südafrika
 Weltkreis Verlag
 144 Seiten, 9,80 DM



K. P. Wolf
Tage, die wie Wunden brennen
 Roman aus Nikaragua
 Weltkreis Verlag
 240 Seiten, 14,80 DM



R. Falk
Die heimliche Kolonialmacht
 Bundesrepublik und Dritte Welt
 Pahl-Rugenstein Verlag
 220 Seiten, 14,80 DM